

ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

1939 und wir

Als der deutsche Faschismus am 1. September 1939 den Zweiten Weltkrieg begann, war das auch deswegen möglich, weil die Westmächte alle Bemühungen der Sowjetunion, in Europa ein kollektives Sicherheitssystem gegen den Nazistaat zu schaffen, vereitelt hatten. Gegen die deut-

vor 80 Jahren stimmten Vertreter von zehn Ländern, darunter die Sowjetunion, dem Dokument zu: Endlich, fast zu spät, war die Antihitlerkoalition entstanden. Auf die Prinzipien der „Atlantik-Charta“ berief sich die „Deklaration der Vereinten Nationen“ von 26 Staaten am 1. Januar 1942. Die UN-Charta von 1945 nennt darauf aufbauend als Ziel, „künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren“ und „zu diesem Zweck wirk-

same Kollektivmaßnahmen zu ergreifen, um Bedrohungen des Friedens vorzubeugen und zu beseitigen“. Anton Latzo schrieb dazu am 20. März 2020 in der UZ: „Das bedeutet, das neue Völkerrecht, dessen allgemeindemokratischer Charakter die UNO-Charta charakterisiert, wirkt antiimperialistisch, da es die dem Imperialismus innewohnende Kriegstreiberei eindämmt.“

Die UN waren ein Hindernis für die

westliche Politik des kalten Krieges. Die Nachkriegsgeschichte ist voll von Vorschlägen der Sowjetunion und der sozialistischen Länder Europas für Sicherheitssysteme, um dem zu begegnen: Vom Rapacki-Plan für eine atomwaffenfreie Zone in Polen, der DDR und der BRD 1957 bis zu den Verträgen der BRD mit der UdSSR und Polen 1970. Es mündete 1975 in die KSZE-Schlußakte und die von 34 Staaten am 21. November 1990 unterzeichnete „Charta von Paris“, die den kalten Krieg offiziell beendete und eine neue Friedensordnung für Europa ankündigte. Dieses Dokument ist im Westen vergessen.

Der Grund: Die USA erklärten sich zur einzigen Weltmacht und fühlten sich nicht mehr an Dokumente dieser Art gebunden. Das Resultat ist die heutige katastrophale Situation in der Welt, die der in den 30er Jahren ähnelt: Rußland und China sehen sich Einkreisung und Angriffsdrohungen des Westens gegenüber. Wie groß die Gefahr ist, zeigten die Gipfel von G7, NATO und EU im Juni 2021:

Das Völkerrecht soll offen ausgehebelt und durch „Werte“ sowie eine „regelbasierte internationale Ordnung“ ersetzt werden. Joseph Biden und Boris Johnson verkündeten in diesem Sinn am 10. Juni eine neue „Atlantik-Charta“. Sie ist das Gegenteil derjenigen von 1941, proklamiert nicht kollektive Sicherheit gegen einen Aggressor, sondern ist die unverhüllte Aggressionserklärung eines imperialistischen Bündnisses mit Weltherrschaftsanspruch.

Der Westen verstärkt seine Kriegsvorbereitung – auch mit reaktionärem Staatsumbau. Ein Beispiel hierzulande war der rechtswidrige, vom Bundesverfassungsgericht vereitelte Versuch des Bundeswahlleiters, die DKP von den Bundestagswahlen auszuschließen und ihr den Parteienstatus zu entziehen. Die Partei, die mit der Losung „Frieden mit Rußland und China“ in den Wahlkampf zieht, sollte mundtot gemacht werden – vorerst mit bürokratischen Attacken und Schikanen.

Eine Atlantik-Charta, die jene von 1941 wirklich weiterführt, eine neue „Antihitlerkoalition“, ist im übertragenen Sinn heute nötig. Sozialisten, Kommunisten und Friedensaktivisten sollten am 26. September denen ihre Stimme geben, die gegen den drohenden „echten“ Krieg (Biden am 28. Juli), für die Stärkung des Völkerrechts und für ein kollektives Sicherheitssystem auftreten. Diese deutschen Wahlen entscheiden wieder einmal über Krieg und Frieden.

Arnold Schölzel



14. August 1941 vor Neufundland: Roosevelt und Churchill schaffen mit der Atlantik-Charta die Grundlage für die Antihitlerkoalition

sche Wiederaufrüstung unternahmen sie nichts, förderten das Eingreifen Italiens und Deutschlands in den Spanischen Krieg und warfen den Faschisten im September 1938 mit dem Münchner Abkommen die Tschechoslowakei in den Rachen. Hitler hatte freie Bahn für den Krieg gegen die UdSSR – die Sowjetführung wußte das, bemühte sich aber weiterhin um ein Bündnis gegen ihn, zumal ihr ein Zweifrontenkrieg zu drohen schien: Japan testete im Osten der UdSSR in großen Grenzschlachten deren Verteidigungsfähigkeit. Der Nichtangriffsvertrag, den Molotow und Ribbentrop am 23. August 1939 in Moskau unterzeichneten, verschaffte eine Atempause.

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion verabschiedeten US-Präsident Franklin Roosevelt und der britische Premier Winston Churchill im August 1941 die „Atlantik-Charta“, in der sie die „Schaffung eines umfassenden und dauerhaften Systems allgemeiner Sicherheit“ forderten. Am 24. September

Aus dem Inhalt



Europa atomwaffenfrei	2
Erklärung Nationalversammlung Kuba	2
Britische Kanonenbootpolitik	5
Zum Tod von Otelo	6
60 Jahre FSLN	8
Konterrevolution in der DDR	10
Ein Staat – zwei Rechtspraktiken	12
Widerstand in Österreich	14
Koloniales Erbe	16
Saigon ist frei!	17
Lawrow zu Recht und Regeln	18
WWA	24
Unsere Stärke	26
100. Geburtstag Otto Prokop	28
Arbeitsvertragsrecht in der BRD	29
Leserbriefe	33

Europa atomwaffenfrei

Die Kampagne „Atomwaffenfreies Europa“ ruft auf, den September in ganz Europa zu einem Aktionsmonat gegen Kernwaffen zu machen.

Die Kampagne wurde von acht internationalen Friedensorganisationen ins Leben gerufen und wird heute von zahlreichen nationalen Bewegungen unterstützt. Zu den Initiatoren gehören die Bertrand Russel Friedensstiftung, „Kirche und Frieden“, die internationale Gewerkschaftsföderation ITUC, die europäische Sektion von „Ärzte gegen den Atomkrieg“ (IPPNW) und „Pax Christi International“.

Der Aktionsmonat unterstützt den Wunsch vieler Europäer, frei von der Bedrohung durch Atomwaffen zu leben. Sind hier keine Atomwaffen vorhanden, gibt es keinen Grund, daß andere Staaten ihre Atomwaffen auf europäische Staaten richten. Einen solchen Grund bietet derzeit die Stationierung

von US-Atomwaffen in einzelnen Staaten. Die Bürger drängen darauf, daß ihre Regierungen den Atomwaffenverbotsvertrag ratifizieren. Laut aktuellen Online-Umfragen in sechs Ländern wollen das zwischen 77 und 89 Prozent der Menschen.

Ein atomwaffenfreies Europa wäre der wichtigste Schritt zur kollektiven Sicherheit in einem entwaffneten Europa.

Die Kampagne ruft alle auf, gemeinsam für ein friedliches Europa vom Atlantik bis zum Ural zu kämpfen. Da die Risiken einer nuklearen Konfrontation in Europa durch Konflikte im Nahen Osten, Indien/Pakistan, den Pazifik und auf der koreanischen Halbinsel wachsen, muß Europa Stellung beziehen.

Die Kampagne „Atomwaffenfreies Europa“ bittet Gesundheits- und Sozialorganisationen, Gewerkschaften, Umwelt-, Jugend- und Frauenbewegungen, Nord-Süd- und politische

Organisationen, Menschen aller Glaubensrichtungen und Überzeugungen, sich dem Aufruf für eine atomwaffenfreie Zone in Europa anzuschließen, ihn zu befürworten, zu fördern und zu unterstützen.

Sie ruft die europäischen Regierungen auf, die Modernisierung von Atomwaffen sowie die nukleare Teilhabe zu beenden und den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

Initiativen werden gebeten, sich auf der Internetseite www.nukefreeeurope.eu über die Aktivitäten zu informieren und das Periodikum der Kampagne zu beziehen. Dort kann auch der Appell für ein atomwaffenfreies Europa unterzeichnet werden. Die Initiativen haben die Möglichkeit, ihre Aktionen anzukündigen.

Dr. Frank Wecker
Leegebruch

Erklärung der Kommission für internationale Beziehungen der Nationalversammlung der Volksmacht von Kuba

Wir wenden uns an die Parlamente, die Parlamentarischen Freundschaftsgruppen und die Abgeordneten, um unsere Wahrheit zu verbreiten angesichts der immensen und brutalen politisch-medialen Operation gegen Kuba, die von den Vereinigten Staaten aus gesteuert und finanziert wird, die über die sozialen Netzwerke eingesetzt wird, mit automatisierten Aussendungen mit Hunderttausenden von Tweets und einer ähnlichen Anzahl von Followern, mit dem intensiven Einsatz von Robotern, Algorithmen und Konten, die kürzlich für diesen Anlaß geschaffen wurden; all das mit der Unterstützung der internationalen Medien und transnationalen Informationsunternehmen.

Sie haben zu Gewalt, Verbrechen, Unordnung und sozialer Disziplinlosigkeit angestiftet, während sie unsere Realität gegenüber der Welt völlig und skandalös verzerrt haben, als Teil der unkonventionellen Kriegsführung, die von den Vereinigten Staaten gegen unser Land ausgerichtet und finanziert wird, um einen Wechsel des Systems zu erreichen, das frei und souverän von unserem Volk gewählt wurde, wie es von der Verfassung bestätigt wird, die am 10. April 2019 von 86,85 % der Wähler in einer demokratischen Wahl mit breiter Beteiligung des Volkes angenommen wurde.

Mit absoluter Schamlosigkeit haben sie in der ganzen Welt manipulierte Bilder von Ereignissen verbreitet, die sich in anderen Ländern ereignet haben, um, wie in ihren Handbüchern vorgesehen, zu bekräftigen, daß es in Kuba keine Regierbarkeit gibt, daß es ein nationales Chaos gibt, während sie gleichzeitig Meldungen über eine interne Repression verbreiten, die nicht existiert.

Inmitten einer Pandemie, welche die Menschheit außerordentlich betrifft und die in Kuba, wie die Statistiken zeigen, ständige

und gebührende Aufmerksamkeit erhält – nicht zufrieden damit, die kriminelle und völkermörderische Blockade und die finanzielle Drangsalierung verschärft und 243 unmenschliche Maßnahmen in den letzten vier Jahren angewandt zu haben mit dem Ziel, unser Volk zu ersticken –, versucht die US-Regierung jetzt, den Boden für eine militärische Aggression, unter dem Vorwand der bekannten „humanitären Intervention“ vorzubereiten, die eine Verletzung unserer Gesetze, des internationalen Rechts und der UN-Charta darstellt.

Wie in den ausgestrahlten Bildern zu sehen war, kam es zu Unruhen, und verschiedene Gruppen haben in einigen Ortschaften Vandalenakte begangen, Sachschäden verursacht, Todesdrohungen ausgesprochen und schwere Aggressionen ausgeführt und mit Handlungen, die eklatante Verbrechen darstellen, die Sicherheit, die unser Land kennzeichnet, verändert.

In Kuba hat es nicht den sozialen Umbruch gegeben, den die US-Regierung propagiert und herbeisehnt.

Als Ergebnis von mehr als sechs Jahrzehnten Blockade haben wir Probleme angehäuft, die durch die Pandemie und die enormen Kosten, die sie mit sich bringt, sowie durch die Wirtschaftskrise, die sie verursacht, noch verschärft werden.

Es liegt am kubanischen Volk, vereint, entschlossen und tatkräftig nach Lösungen zu suchen und, wie es das immer getan hat, die wirtschaftlichen und sozialen Strategien zu ergänzen und zu erfüllen, mit Kreativität voranzuschreiten und das Notwendige zu korrigieren, während es gleichzeitig intelligent und mutig dem Wirtschaftskrieg entgegentritt, der ihm aufgezwungen wird und der das Haupthindernis für die Entwicklung

und die volle Ausübung der Menschenrechte darstellt.

Lassen Sie sich nicht täuschen, das kubanische Volk wird mit seiner Partei und seiner Regierung unter der Führung von Präsident Miguel Díaz-Canel Bermúdez, mit der Nationalversammlung der Volksmacht und ihrem Staatsrat, die es repräsentieren, und mit seinen Institutionen und Organisationen der Zivilgesellschaft voranschreiten.

Unser Volk hat tief verwurzelte Werte der Einheit, des Friedens, der Harmonie, des Respekts, der Solidarität, der Liebe und des Patriotismus, um seine Unabhängigkeit und Souveränität mit Mut und Tapferkeit zu verteidigen, koste es, was es wolle.

Wir rufen die Gesetzgeber auf der ganzen Welt auf, ihre Stimme zu erheben und ein Ende der völkermörderischen Blockade und der Anwendung von Titel III des Helms-Burton-Gesetzes zu fordern; Kuba von der fadenscheinigen und illegalen Liste der Länder zu streichen, die den Terrorismus sponsern; der Einmischung, den Versuchen eines sanften Staatsstreichs, dieser riesigen Lügenkampagne zur Rechtfertigung ihrer Verbrechen, die in diesem Fall zur Verbreitung der Epidemie beitragen, ein Ende zu setzen; daß das Selbstbestimmungsrecht und die Souveränität des kubanischen Volkes respektiert wird; daß die Vereinigten Staaten auf die internationale Gemeinschaft hören, die sich wiederholt in den Vereinten Nationen geäußert hat, auf die Millionen von Menschen in der Welt und auf das kubanische Volk, die alle die Aufhebung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen unser Land fordern.

17. Juli 2021, „Jahr 63 der Revolution“

**Kommission für internationale Beziehungen
Nationalversammlung der Volksmacht**

Weiterer gescheiterter Plan der USA gegen Kuba

Wie aus freigegebenen Dokumenten hervorgeht, sind die Anstrengungen der USA darauf ausgerichtet, „die psychologisch, wirtschaftlich, militärisch und politisch verwundbaren Stellen des gegnerischen Landes auszuschlachten“. Um dieses Ziel zu erreichen, erachten sie es als wesentlich, durch Propagandakampagnen unter Anwendung der Informatik- und Kommunikationstechnologie eine öffentliche Meinung hervorzurufen, die ihrem Ziel entgegenkommt, die Regierung des „Feindes“ zu diskreditieren und Mißtrauen in die staatlichen Einrichtungen zu säen.

Wenn das Land, das Gegenstand der Aggression ist, nicht über die notwendige Technologie verfügt, dann, so steht es in den Anweisungen des Operationszentrums für Sondereinsätze der CIA, muß die Task-Force-Politik dabei „helfen“, über private Gesellschaften und „unabhängige“ NGOs diese Infrastruktur zu schaffen.

In den Plänen der USA gegen Kuba war der Aufbau von Zugangsnetzen zum Internet erforderlich, die außerhalb der Kontrolle des Staates waren.

Aus diesem Grund wies die CIA (...) ihre Mitarbeiter in Havanna an, eine Untersuchung über die sogenannten Antennen für Satelliten TV durchzuführen und forderte u. a. folgende Informationen an:

- Gibt es Organisationen oder Einzelpersonen, die unabhängig von der Regierung arbeiten, um das Internet für die Bürger zu öffnen? Wenn dem so ist, wer wäre in der Lage, ein Satellitenterminal aufzustellen und den Internetzugang weiterzuverkaufen?



„Internettaskforce für Subversion in Kuba“ – „Computerbefehl: Abbrechen“ (Aus: Granma)

- Wie kann man am besten kleine Laptops, Wifi- und Satellitengeräte unbemerkt ins Land bringen und wie sehen die bestehenden Einschränkungen aus?
- Wie weit ist die Regierung in der Lage, die Nutzung illegaler Satellitenterminals, wifi-Netzen und andere zu suchen und ausfindig zu machen? Welche Maßnahmen werden vor Ort ergriffen, um die Antennen zu verstecken?
- Was wäre der beste Weg, um elektronische Satellitenteile, kleine Netzknoten und kleine Laptops zu erwerben und in wessen Händen könnte man sicher sein, sie in Betrieb zu nehmen, ohne von der Regierung entdeckt zu werden?
- Wie hoch ist das Niveau der technischen Unterstützung, um heimlich Satellitenantennen, drahtlose Netze und Laptopdienste anzubieten?

Dieser Plan der US-Regierung zur Subversion gegen Kuba ist, wie so viele, dank der koordinierten Arbeit des Innenministeriums, des Kommunikationsministeriums und vor allem durch die Aktion des Volkes und dessen Engagement für die Revolution gescheitert.

Raúl Antonio Capote

Quelle: Granma, 9. Juni 2021

Glauben Sie ihnen kein Wort!

Das spanische Nachrichtenportal *cubainformacion.tv* klärt in einer aufschlußreichen Video-dokumentation auf, welche Lügen hinter den Fake News gegen Kuba stecken.

Hier der Wortlaut:

Die US-Wirtschaftsblockade hat zusammen mit der Pandemie und der Krise im Tourismus das kubanische Volk in Not und Mangel geführt.

Und eine gigantische Social-Media-Operation, die von den USA aus organisiert wurde, hat es geschafft, einen Teil der kubanischen Bevölkerung dazu zu bringen, gegen ihre Regierung zu protestieren, in einigen Fällen sehr gewalttätig. Es ist die gleiche hybride Kriegsführung, die bereits in Ländern wie Venezuela und Bolivien angewandt wurde.

So werden zum Beispiel gezeigt:

- das Bild eines Kindes, das angeblich von der kubanischen Polizei getötet wurde, ist ein Opfer der Brandanschläge von Gangs in Venezuela;
- Fotos angeblicher Großdemonstrationen gegen die kubanische Regierung, die aber aus Ägypten, Argentinien oder Spanien stammen;
- die angeblich neu aufgestellte kubanische Armee, deren Parade aber vor vier Jahren stattfand;

- Bilder von obdachlosen Kubanern, die nicht in Kuba, sondern in den USA leben;
- oder direkt Lügen wie die angebliche Flucht von Raúl Castro (Anmerkung: angeblich sei er nach Venezuela geflohen. Das Foto stammt jedoch von seinem Staatsbesuch in Costa Rica aus dem Jahr 2015).

Die New York Times ordnete dem Protest ein Bild zu, das Gerardo Hernández Nordelo, Koordinator der Komitees zur Verteidigung der Revolution, zeigt. (Er ist einer der 5 Helden „Los Cinco“ Kubas).

Auf CNN wurde die Schlagzeile „Libertad, Emilio Estefan's song dedicated to Cuba“ mit einem Foto von Arbeitern in Havanna, welche die Regierung unterstützen, illustriert. Dieselben Medien berichteten in einer anderen Meldung, daß in „San Antonio de los Baños Hunderte von Menschen einer starken Polizeipräsenz trotzen“. Aber diejenigen, die erschienen, trugen Bilder des revolutionären Gewerkschaftsführers Lázaro Peña.

Dasselbe veröffentlichte die Televisión Española auf ihrer Website unter der Überschrift „Tausende von Menschen gehen in Kuba bei historischen Protesten gegen das Regime auf die Straße“. Der öffentlich-rechtliche Sender sprach in einer anderen Nachricht unter einem weiteren Foto des revolutionären Volkes von einer „beispiellosen Protestwelle gegen

das Regime“. So wie die BBC, die zur Illustration von „Massenprotesten“ in Kuba ein Foto von Aktivisten der Komitees zur Verteidigung der Revolution veröffentlichte.

Die ausdrucksstarke Schlagzeile der mexikanischen Tageszeitung *Por Esto!* auf der Titelseite war eine Botschaft gegen die kubanische Regierung: „Unerhört“. Diese Form der journalistischen Manipulation ist ungeheuerlich, denn das Foto, das abgedruckt wird, zeigt Anhänger der Revolution an der Máximo-Gómez-Statue in Havanna, darunter die Fahne des 26. Juli.

In der Zwischenzeit präsentieren uns dieselben Medien angebliche friedliche kleine Engel, die jedoch echte städtische Terroristen sind, und geben legitime Polizeieinsätze als angebliche staatliche „Repression“ aus, die genauso schlimm seien wie die in Kolumbien, Chile, Frankreich oder Spanien.

Gleichzeitig zensieren diese Medien Demonstrationen von Tausenden von Menschen, die überall auf der Insel zur Verteidigung der Revolution und gegen die US-Blockade stattfinden.

Also glauben Sie ihnen kein Wort!

Quelle: Cuba Sí

AG in der Partei Die Linke, Berlin

Rückgriff auf traditionelle koloniale Strategie

Mit dem *Afrikanischen Löwen* fand im Juni die größte Militärübung auf dem afrikanischen Kontinent, geplant und geleitet von der US-Armee, statt. Sie umfaßte Land-, Luft- und Marinemanöver in Marokko, Tunesien, Senegal und den angrenzenden Meeren – von Nordafrika bis Westafrika, vom Mittelmeer bis zum Atlantik. 8000 Soldaten nahmen daran teil, die Hälfte von ihnen kam aus den USA, mit etwa 200 Panzern, Selbstfahrgeschützen, Flugzeugen und Kriegsschiffen. *African Lion 21* kostete mehr als 24 Millionen Dollar. Beschlossen in Washington wurde die afrikanische Übung zum ersten Mal in der Westsahara durchgeführt, d. h. in diesem Jahr auf dem Territorium der Saharaischen Republik, die von über 80 UN-Staaten anerkannt wird und deren Existenz Marokko mit allen Mitteln leugnet und bekämpft. *Rabat* erklärte, daß „Washington auf diese Weise die marokkanische Souveränität über die Westsahara anerkennt“ und Algerien und Spanien auffordert, „ihre Feindseligkeit gegenüber der territorialen Integrität Marokkos aufzugeben“. Spanien, das von Marokko beschuldigt wurde, die *Polisario* (Westsahara-Befreiungsfront) zu unterstützen, nahm in diesem Jahr nicht am *Afrikanischen Löwen* teil. Washington bekräftigte seine volle Unterstützung für Marokko und bezeichnete es als „wichtigen Nicht-NATO-Verbündeten und Partner der Vereinigten Staaten“. Die Afrika-Übung stand zum ersten Mal unter einer neuen US-Kommandostruktur. Im vergangenen November wurden die US-Armee Europa und die US-Armee Afrika zu

einem einheitlichen Kommando zusammengefaßt: der US-Armee Europa und Afrika (USAREUR-AF). General *Chris Cavoli*, der es leitet, erklärte den Grund für diese Entscheidung: „Die regionalen Sicherheitsprobleme in Europa und Afrika sind untrennbar miteinander verbunden und können sich schnell von einem Gebiet zum anderen ausbreiten, wenn sie nicht kontrolliert werden.“ Daher die Entscheidung der US-Armee, das Europäische Kommando und das Afrikanische Kommando zusammenzulegen, um „Kräfte dynamisch von einem Schauplatz zum anderen, von einem Kontinent zum anderen zu verlagern“.

In diesem Zusammenhang wurde *African Lion 21* mit *Defender-Europe 21* zusammengelegt, an dem 28 000 Soldaten und über 2000 Schwerstfahrzeuge beteiligt waren. Es handelte sich im Grunde genommen um eine einzige Serie von koordinierten Militärmänavern, die von Nordeuropa bis Westafrika stattfinden und von der US-Armee Europa und Afrika (USAREUR-AF) geplant und befohlen werden. Der offizielle Zweck ist es, einer nicht näher spezifizierten „böartigen Aktivität in Nordafrika und Südeuropa entgegenzuwirken und den Schauplatz vor gegnerischer militärischer Aggression zu verteidigen“, mit klarem Bezug auf Rußland und China.

Italien nahm sowohl an *African Lion 21* als auch an *Defender-Europe 21* nicht nur mit eigenen Kräften teil, sondern diente auch als strategischer Stützpunkt. Die Übung in Afrika wurde von Vicenza aus von der *Southern Europe Task Force* der US-Armee geleitet,

und die teilnehmenden Kräfte wurden über den Hafen von Livorno mit Kriegsmaterial versorgt, das aus Camp Darby, der benachbarten Logistikbasis der US-Armee, kam. Die Mission in Niger wird symbolisch, formal „als Teil einer gemeinsamen europäischen und US-amerikanischen Anstrengung zur Stabilisierung der Region und zur Bekämpfung des illegalen Handels und der Bedrohung der Sicherheit“ ausgegeben, in Wirklichkeit steht sie für die Kontrolle eines der reichsten Gebiete an strategischen Rohstoffen (Öl, Uran, Coltan und andere), die von US-amerikanischen und europäischen multinationalen Unternehmen ausgebeutet werden, deren Oligopol durch die chinesische Wirtschaftspräsenz und andere Faktoren gefährdet ist.

Daher der Rückgriff auf die traditionelle koloniale Strategie: die Absicherung der eigenen Interessen mit militärischen Mitteln, auch mit der Unterstützung lokaler Eliten, die ihre Macht auf ihre Streitkräfte stützen, die sich hinter dem Deckmantel der gegnerischen dschihadistischen Milizen verbergen. Tatsächlich aber verschlimmern militärische Interventionen die Lebensbedingungen der Bevölkerungen und verstärken die Mechanismen der Ausbeutung und Unterwerfung, mit dem Ergebnis, daß erzwungene Migrationen und daraus resultierende menschliche Tragödien zunehmen.

Manlio Dinucci, Italien

Gestützt auf il manifesto vom 8.6.2021 und Zeit-Fragen, Nr. 14, 15. Juni 2021

Die Ideale von Zapata, Sandino, Marti, Castro und Chávez leben!

Am 24. Juli des Jahres trafen sich die Außenminister des latein- und mittelamerikanischen Staatenverbundes CELAC in Nicaragua. Anlaß war die Wiederkehr des Geburtstages von Simon Bolivar, dessen Vision nach der Beendigung des Kolonialismus ein geeintes Lateinamerika war.

Die Vertreter der Länder tauschten Erfahrungen im Kampf um ihre Rechte auf freie Selbstbestimmung und auf ein würdiges Leben für die Bevölkerung aus, informierte der Botschafter Nicaraguas, Luis Alvarado.

Noch lastet das koloniale Erbe und die ungerechte Arbeitsteilung auf den Ländern des CELAC-Verbundes. Seit den 60er Jahren ist das wichtigste Geschäftsmodell der westlichen Industrieländer mit Lateinamerika die Staatsverschuldung. Der Internationale Währungsfonds (IWF) wurde als Verhandlungsführer vom Pariser-Bankenklub eingesetzt. Seine Verhandlungsführung läßt kaum Spielräume für eine schnellere Industrialisierung zu. Die extreme Armut hat erst ein Teil der Länder der CELAC mit neuen Wegen der Verantwortung der Staatskonzerne und der Verteilung der

Ergebnisse ihrer Wertbildungsprozesse gemäß links verorteter Politiken überwunden. Noch wird ihr wirtschaftlicher und juristischer Bewegungsspielraum von Sanktionen und Boykotten eingeschränkt. Nationale private Unternehmen bilden Stützpfiler für die transnationalen westlichen Konzerne. Die von den USA 1947 gegründete Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ist ein konservativer Zusammenschluß gegen den sozialen Fortschritt in Lateinamerika. Die internationalen Investitionsabkommen, die Vereinbarungen für die Rohstofflieferungen und für Beratungsleistungen mit den Entwicklungsländern orientieren parallel mit weiteren infamen Mechanismen, wie den Umgang mit Technologiegebühren, auf den Gewinnzuwachs der Industrieländer. Große Medienkonzerne tragen zur Destabilisierung der CELAC bei.

Im Fokus der Gespräche in Nicaragua stand der Protest gegen die USA-Politik zu Kuba. Das Land braucht dringend normale Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit dem mächtigen Nachbar und mit seinen verbündeten Ländern der Europäischen Union. Das Knie von Trumps

Sanktionen drückt dem kleinen Land die Luft ab. Präsident Biden lenkt seine Kuba-Politik noch keinen Zentimeter in Richtung Humanität. Auch nicht die Regierungen der EU.

Sicherlich im Bewußtsein, daß seine Stimme als großer Südnachbar der USA Gewicht hat, wandte sich der mexikanische Präsident Andres Manuel Lopez Obrador am 26. Juli gegen die verschärften Sanktionen der USA gegen Kuba. Er kündigte gleichzeitig die Entsendung von zwei Schiffen mit medizinischen Hilfsgütern nach Kuba zur Bekämpfung der Corona-Epidemie an.

Ohne die aktive, solidarische staatliche Hilfe Chinas und Rußlands sowie vieler ziviler Hilfsorganisationen aus Deutschland, der Schweiz, Österreich, Italien, Griechenland, Spanien u. a. hätte Kuba kaum Chancen zum Überleben gehabt. Das Netzwerk Cuba, Cuba-si, junge Welt, UZ sowie viele andere sind Leuchttürme humanitärer Beziehungen zu Kuba.

Für die Kubaner selbst aber gilt die alte Losung aus der Kolonialzeit: „Patria o Muerte“.

Günter Buhlke
Berlin

Britishische Kanonenbootpolitik – am Rande eines militärischen Konflikts?

Die Welt lacht über „liegengelassene“ geheime Unterlagen, die ein Mitarbeiter des britischen Verteidigungsministeriums in einer Bushaltestelle vergaß. Es handelte sich um knapp 50 durchweichte Seiten. Darunter befanden sich E-Mails und Präsentationen. Diskutiert werde in den Unterlagen die Frage, welche Reaktion Moskaus auf das Eindringen des Zerstörers „HMS Defender“ in russische Hoheitsgewässer vor der Halbinsel Krim zeigen könnte. Die Dokumente beweisen, daß London den Zwischenfall mit dem Zerstörer am 23. Juni 2021 von Anfang an geplant hatte. Die Entscheidung für diese militärische Provokation soll der britische Premierminister Boris Johnson persönlich getroffen haben. „Ein Reporter des britischen Senders BBC berichtete, er sei zu dem Zeitpunkt des Vorfalls an Bord der HMS Defender gewesen – und es habe sich um eine dramatische Lage gehandelt. Mehr als 20 Flugzeuge und zwei russische Schiffe seien teils nur 100 Meter entfernt von dem britischen Schiff gewesen, und es habe Vorbereitungen auf eine mögliche Konfrontation gegeben,“ zitierte Der Standard am 24. Juni. Nach Warnschüssen und Bombenabwürfen in Richtung des Fahrweges verließ das britische Kriegsschiff russische Hoheitsgewässer vor der Krim. Das russische Militär setzte jedoch nur ein Schiff der Küstenwache und ein Kampfflugzeug zum Schutz seiner Seegrenze ein. Präsident Putin wies darauf hin, daß hinter dieser komplexen Provokation nicht nur London, sondern auch Washington gestanden hätte.

Warum diese Provokation gestartet wurde, ist kaum verständlich. Es ist doch allgemein bekannt, daß der Westen die demokratische Entscheidung der Bewohner der Krim, sich Rußland anzuschließen, nicht akzeptieren will.

Vermutlich versuchte die konservative Tory-Regierung innerpolitische Spannungen durch äußere Aggressivität abzubauen. Dabei geht es insbesondere darum, den schottischen Abspaltungsbefürwortern, die durch ein Referendum aus dem Vereinigten Königreich ausscheiden wollen, den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Durch den Austritt aus der Europäischen Union am 31. Januar 2020 ist Großbritannien in gewissem Maße in eine Isolation bezüglich seiner Rolle in Europa gerutscht. Gleichzeitig sind viele Fragen der Beziehungen zwischen London und Brüssel nicht abschließend geklärt.

Die EU macht Politik bzw. Wirtschaftspolitik gegen London, die die Beziehungen zwischen beiden Seiten erschweren. Sie ist durch zunehmende Bürokratie und Handelsbarrieren charakterisiert. Dazu zählen beispielsweise Zollregelungen und das Aufenthaltsrecht für EU-Bürger im Vereinigten Königreich. Nordirland ist in diesem Zusammenhang ein besonderes Problem, da die Grenze zur Republik Irland (EU-Raum) faktisch offen bleibt. Die EU-Außengrenzen stellen zweifellos eine

Barriere für den „freien“ Verkehr von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Menschen aus Drittstaaten dar, zu den nun Großbritannien zählt.

Als noch schmerzlicher empfindet London die Ausgrenzung aus der EU-Außenpolitik. Sie steht im Gegensatz zum Selbstverständnis der Briten als Großmacht. Wahrscheinlich ist Boris Johnson der Wunsch von Präsident



Am 23. Juni 2021 schickte London den Zerstörer „Defender“ in russische Gewässer vor der Krim

Macron und der Kanzlerin Merkel, mit dem Präsidenten Rußlands zu sprechen, ein Dorn im Auge. Auch das kann ein Grund für die militärische Aktion im Schwarzen Meer sein. Der „Kampf für die Freiheit der Meere und für freien Handel“ waren und sind typische Dogmen imperialistischer britischer Politik. Gestützt auf die Marine, hat das Vereinigte Königreich das „British Empire“ im 17. und 18. Jahrhundert aufgebaut. Nach 1945 begann es zu zerfallen und brach in den 50er und 60er Jahren endgültig zusammen. Provokationen mit Schiffen sind für die Briten aber auch für die USA eine Form der Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. So lösten die USA 1964 mit dem erfundenen Tonkin-Zwischenfall den Vietnamkrieg aus. Er endete mit der Niederlage der USA 1975.

Der Korfu-Kanal-Zwischenfall

Zwischen der griechischen Insel Korfu und Albanien befindet sich die Straße von Korfu. Am 15. Mai 1946 durchfuhr ein Schiffskonvoi der Royal Navy, bestehend aus zwei Schiffen (HMS Orion und HMS Superb), den Kanal und brach vorsätzlich die internationalen Regeln für Territorialgewässer. Albanische Küstenverteidigungsanlagen gaben Warnschüsse ab, zumal keine Hoheitszeichen (Flaggen) zu erkennen waren. Die Briten drangen tief in die Territorialgewässer Albaniens ein.

Der zweite, schwerwiegendste Zwischenfall ereignete sich am 22. Oktober 1946. Die Briten schickten einen Flottenverband, bestehend aus vier Kriegsschiffen nach Norden durch die Straße von Korfu. Dieser hatte den ausdrücklichen Befehl, albanische Reaktionen auszutesten. Das geschah unter dem Deckmantel des Rechts auf „freie Schifffahrt“. Die Schiffe drangen wiederum in die Territorialgewässer Albaniens ein. Die HMS

Saumarez lief auf eine Mine, die es mittschiffs schwer beschädigte. Die HMS Volage lief ebenfalls auf eine Mine auf und verlor den Bug, so daß sie mit dem Heck vorwärts fahren mußte. Durch den Bruch der Regeln für Seeschifffahrt und des Völkerrechts sowie die Arroganz britischer Seeoffiziere verloren 44 Seemänner „für“ das Königreich ihr Leben und 42 weitere wurden verletzt.

Der dritte Zwischenfall war die „Operation Retail“ (12./13. November 1946). Die britische Marine drang erneut mit einem Schiffsverband unter dem Schutz eines Flugzeugträgers und eines Kreuzers in die albanischen Hoheitsgewässer ein und nahm eine Minenräumung vor. Sie bargen dort 22 Seeminen deutscher Produktion aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Briten untersuchten die Minen auf Malta und meinten, daß Albanien diese verlegt habe. Die Albaner hatten jedoch damals nicht die technischen Möglichkeiten, solches zu bewerkstelligen. Später wurde vermutet, daß Jugoslawien mit Wissen Albaniens die Minen zum Schutz der albanischen Küste verlegt habe. Wie dem auch sei: Die Briten haben Völkerrecht gebrochen und sind dreimal widerrechtlich in Hoheitsgewässer eines anderen Staates eingedrungen. Vor der UNO beschuldigten sie die Albaner, für den Tod britischer Kriegsschiffe verantwortlich zu sein. Sie verklagten diese vor dem Internationalen Gerichtshof im Mai 1947. Die Albaner wurden 1949 zu einer Entschädigung in Höhe von 843 947 £ verurteilt.

Im Jahre 2009 fand man den Bug des Kriegsschiffes Volage etwa 1200 Meter vor der Küste Albaniens in rund 50 Metern Tiefe, fernab des internationalen Schifffahrtsweges in der Bucht von Saranda. Somit wurde nach vielen Jahren bestätigt, daß die britische Regierung falsche Angaben zum Kurs und den Aufgaben der Kriegsschiffe vor der UNO gemacht hatte. Sie belog die Weltöffentlichkeit und die UNO. Der wahre Hintergrund des Korfu-Kanal-Zwischenfalls war nicht nur eine reine Provokation, sondern eine reale Bedrohung. Die Briten wollten den freien Zugang zur Küste Südalbaniens für eine eventuelle Invasion im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg im Nachbarland Griechenland (1946 bis 1949) sichern. Diesen Bürgerkrieg gegen linke und kommunistische Kräfte hatten die Briten durch Besetzung Griechenlands (13. Oktober 1944) und politische/militärische Einmischung in innere Angelegenheiten der Griechen ausgelöst.

Fazit: Die Briten haben den Zwischenfall an der Krim-Küste versucht herunterzuspielen: Es habe einen solchen im Schwarzen Meer nicht gegeben! Leicht hätte ein militärisches Abenteuer in einen militärischen Konflikt münden können. Nur durch Zufall wurden das britische „Empire“ wieder einmal beim Lügen ertappt. Diesmal brauchte es keine 63 Jahre wie beim Korfu-Kanal-Zwischenfall. Die Entlarvung der Lüge kam prompt.

Dr. Ulrich Sommerfeld

Unbequeme Erinnerung

Mit Otelo Saraiva de Carvalho hat Portugal eine prägende Figur der Nelkenrevolution verloren.

Er war das Gesicht des radikal-linken Flügels der Bewegung der Streitkräfte (MFA) im revolutionären Prozeß nach dem Sturz des Faschismus in Portugal am 25. April 1974. Otelo Saraiva de Carvalho stand an der Spitze von Soldaten, die beflügelt vom Zeitgeist jener Jahre versuchten, eine wirkliche Volksmacht in dem kleinen iberischen Land zu verwirklichen. Sie halfen bei der Besetzung von Fabriken, Medienhäusern und von Ländereien der Latifundistas. Mit dem Tod von Otelo, wie ihn die Portugiesen kurz nennen, am 25. Juli in einem Lissabonner Militärkrankenhaus haben sich die Reihen der prominenten 1974er Revolutionäre weiter gelichtet. Der Umgang mit dem Todesfall von offizieller Seite wirft zugleich ein Licht auf Bestrebungen, Teile der Geschichte auszublenden oder umzuschreiben. Für den Helden Otelo, Schlüsselfigur des Aufstands gegen das alte Regime, gab es, anders als üblich, keine Staatstrauer. Dafür einen lauen Nachruf des Staatspräsidenten, in dem dieser politische Irrwege des Militärs gewissermaßen gegen seine Verdienste aufwog. Für die Geschichte sei es „noch zu früh“, ließ Marcelo Rebelo de Sousa verlautbaren, Otelo „mit dem gebührenden Abstand zu würdigen“. Der Sohn eines Kolonialgouverneurs und Ministers während der Diktatur flüchtete sich in Ausgewogenheit: „Jedoch scheint der große Beitrag, den er am 25. April hatte, unbestreitbar, das Symbol, welches er für die politisch-militärische Linie während der Revolution darstellte, die in der Erinnerung vieler Portugiesen mit widersprüchlichen Bestrebungen zu Beginn unserer Demokratie verbunden ist und sowohl Leidenschaften als auch Ablehnung hervorrief.“

Über Differenzen hinweg parierte das António Ramalho Eanes, Präsident der Jahre 1976 bis 1986: Otelo habe „Anspruch auf einen Platz in der Geschichte“, das Land verdanke ihm Freiheit und Demokratie. Was man Otelo schulde, dem könne sich „nichts und niemand entziehen“. Eanes hatte 1975 großen Anteil daran, den revolutionären Prozeß abzuwürgen und Otelo aus dem Spiel zu nehmen. Zugleich stellte er sich damals gegen rechte Bestrebungen nach Revanche und Abrechnung.

Es ist nicht allein die schwierige Vita des Mannes, die viele Portugiesen über Otelo entzweit. Die Geschichtsrevisionisten, die im bürgerlichen Lager an Gewicht gewonnen und die mit der rechtsextremen Partei Chega von André Ventura mittlerweile auch ein parlamentarisches Sprachrohr haben, verzeihen ihm den 25. April nicht. Schließlich war Otelo – unter dem Decknamen Oscar – der Strategie und operative Leiter der nahezu unblutigen Militäraktion, die in Lissabon die diktatorische Regierung von Marcelo Caetano stürzte und damit auch das Ende des portugiesischen Kolonialreiches besiegelte.

Eine umstrittene Figur ist Otelo allerdings auch auf der Linken. Da waren zum einen die taktischen und die grundsätzlichen Differenzen zu Otelos Linie, die ins Ultralinke driftete.

In den 80er Jahren wurde ihm dieses Milieu zum Verhängnis. Otelo theoretisierte für die Gruppierung FP-25, die sich als Stadtguerilla sah, sich mit Banküberfällen finanzierte und blutige Anschläge verübte, um die Gesellschaft zu destabilisieren und ihren utopischen Zielen näher zu kommen. Eine Mitgliedschaft oder Führungsrolle in der FP-25 hat Otelo stets abgestritten, die Ermittlungen gegen ihn brachten wenig zutage. FP-25 war nur eine von mehreren Splittergruppen von links und rechts, die im nachrevolutionären Portugal Gewalttaten verübten. Eröffnet worden war



Otelo Saraiva de Carvalho

dieser Krieg bereits im „heißen Sommer“ 1975, als faschistische Organisationen in Nordportugal und auf den Inseln eine Terrorwelle gegen linke Strukturen entfacht hatten.

1984 verhaftet, saß Otelo fünf Jahre lang in Untersuchungshaft und wurde zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Dahinter vermutete er ausgerechnet einen Racheakt der Kommunisten. Auf das juristische Tauziehen mit Haftverschonung und einem neuen Verfahren folgte 1996 endgültig die Freiheit auf dem Wege einer Amnestie. Dafür eingesetzt hatte sich der damalige Staatspräsident Mário Soares von der Sozialistischen Partei (PS). Am Ende seiner zweiten Amtszeit und nachdem er die sozialistischen April-Träume erfolgreich begraben hatte, setzte Soares auf die Befriedung der Gesellschaft. In der Versammlung der Republik stimmten neben der PS auch die Abgeordneten der Kommunisten (PCP) und der Grünen (PEV) für die FP-25-Amnestie.

Von einem Massenanhang konnte bei Otelo bereits zu diesem Zeitpunkt nicht mehr die Rede sein. Dennoch hat sich der charismatische Militär tief in das Gedächtnis seiner Zeitgenossen eingebrannt, ist ein Symbol für den MFA geblieben. Bei den ersten Präsidentschaftswahlen nach der Wiederherstellung der Demokratie hatten 1976 für den linken Außenseiter immerhin 800 000 Portugiesinnen und Portugiesen gestimmt.

Der Mann, der beim Schlußakt des 1933 installierten Estado Novo eine Hauptrolle spielte, hatte ursprünglich Schauspieler werden wollen. Geboren wurde er am 31. August 1936 in Lourenço Marques, wie die Hauptstadt von Mosambik, Maputo, damals noch hieß. Seinen Vornamen hatte er nach der Shakespeare-Gestalt des Othello erhalten. 1961 wurde er von

der portugiesischen Armee rekrutiert und diente zunächst in Angola, später in Guinea-Bissau. Dort schloß sich der Hauptmann der Artillerie der Bewegung der Hauptleute an, die sich gegen den blutigen, das Mutterland ruinierenden Kolonialkrieg gegen die Befreiungsbewegungen in Afrika wandte, und aus der der MFA hervorging.

1974 stand Portugal militärisch und wirtschaftlich am Abgrund. Die nach 1945 in den westlichen Block eingebundene Diktatur von António de Oliveira Salazar hatte auf vielen Gebieten den Rückschritt im Land konserviert, die Opposition wurde brutal unterdrückt. Sein Nachfolger Marcelo Caetano hatte seit 1968 mit halbherzigen Reformen versucht, das überholte System am Leben zu erhalten. Der Zusammenbruch des Kartenhauses wurzelte nicht zuletzt im Wirken der illegalen KP in den Streitkräften. Eine vom Kampf gegen den Kolonialkrieg in Afrika ausgehende Strategie zum Sturz des Regimes hatte PCP-Generalsekretär Álvaro Cunhal 1964 in seiner Schrift „Kurs auf den Sieg“ dargelegt. Auch die Arbeit der Kommunisten in den illegalen Gewerkschaften trug in der durch den 25. April ausgelösten revolutionären Bewegung in den industriellen Zentren und im ländlichen Proletariat Früchte. In Afrika war Otelo ins Blickfeld des Militärgouverneurs von Portugiesisch-Guinea, António de Spínola, geraten. Der erzkonservative General wurde nach der Nelkenrevolution als „neutraler“ Übergangspräsident eingesetzt. Von der ersten Minute an konspirierte Spínola gegen eine Linksentwicklung im Land. Das Kolonialreich wollte er in reformierter Form retten. Otelo übertrug er im Juni 1974 den Oberbefehl über die Militärregion Lissabon und das Operative Kommando zur Kontinents (Copcon), eine Eingreiftruppe zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Inneren. Vom Major stieg Otelo zum Brigadegeneral auf.

Begeistert zeigte sich Otelo allerdings mehr von der neuen Ordnung und der direkten Arbeiterdemokratie. Copcon wurde zu einem Sammelpunkt linker Militärs. Die Truppe beteiligte sich an Kampagnen zur kulturellen Dynamisierung, schlug zwei Putschversuche des Spínola-Lagers mit zurück. Den Richtungskampf innerhalb des MFA konnte die radikale Linke allerdings nicht für sich entscheiden. Am 25. November 1975 wurden das Copcon und Otelo entmachtet, fand der revolutionäre Prozeß sein Ende. Unter Mitnahme demokratischer und sozialer Errungenschaften schwenkte das NATO-Land Portugal auf die kapitalistische Normalität im Westen Europas ein.

Als sich Portugal während der Eurokrise dem Spar- und Reformdiktat der EU-Troika unterwarf, wünschte sich Otelo einen „neuen 25. April“. Die etablierte Politik möchte die Utopien, die sich mit diesem Tag verbanden, allerdings nicht wiederbelebt sehen. Auch deshalb tut sie sich schwer mit dem unbequemen Toten. Für den Präsidenten der „Vereinigung 25. April“, Oberstleutnant Vasco Lourenço, war Otelo ein „Mann von ungeheurem Mut“, der „stets seinen Idealen folgte“.

Peter Steiniger

Antikommunistische Hysterie wird hier seit 30 Jahren kultiviert

Gespräch des Prawda-Korrespondenten Andrej Dultsev mit Vojtěch Filip, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSČM) und Vizepräsident der Abgeordnetenversammlung der Tschechischen Republik

Genosse Filip, wie steht es um die Arbeiterbewegung der Tschechischen Republik heute? Die gegenwärtige Arbeiterbewegung setzt sich u. a. für die Rechte der Werktätigen in Industrie, Landwirtschaft, Handel und Dienstleistungen sowie besonders für Gerechtigkeit in der digitalen Arbeitswelt und dem Gesundheitswesen ein. Die Interessen derjenigen, die ihren Lebensunterhalt durch körperliche und geistige Arbeit verdienen, sind die Interessen der Mehrheit der Gesellschaft an einer friedlichen und nachhaltigen Entwicklung. Es geht dabei nicht darum, einer Minderheit zu mehr Gehör zu verhelfen, sondern darum, die Interessen der Mehrheit unserer Gesellschaft umzusetzen.

Worin sehen Sie die Stärke und den Erfolg der KSČM begründet? Wie hat sie es geschafft, sich unter den kommunistischen Parteien Mittel- und Osteuropas am besten zu halten? Die Stärke der KSČM liegt erstens in der großen Zahl ihrer Mitglieder. Denn trotz des bisher eher geringen Zustroms neuer Mitglieder in den letzten Jahren ist sie die größte Partei der Tschechischen Republik. Zweitens liegt ihre Stärke in der politischen Kompetenz unserer Partei begründet. Sie war es, die es ermöglichte, ein Parteiprogramm auszuarbeiten, das oft von unseren politischen Rivalen kopiert wird. Vor allem aber liegt unsere Stärke darin, daß wir immer in der Lage waren und sind einen Weg zu finden, um das Programm auf der Ebene der Gemeinden, Städte oder Regionen umzusetzen und seit 2018 auch auf Landesebene Einfluß auszuüben, als wir unerwartet eine Vereinbarung zur Tolerierung einer Regierung unter der Führung der ANO-Partei (Aktion unzufriedener Bürger) von Andrej Babiš zur Durchsetzung sozialer Mindeststandards und der Überwindung der Verfassungskrise schlossen.

Wie sieht die Taktik des parlamentarischen Kampfes der KSČM und ihrer Fraktion von 15 Abgeordneten aus?

Trotz der geringen Zahl von Abgeordneten wollen wir so viele Ziele durchsetzen wie möglich. So bestanden wir bei der Tolerierung der ANO-Minderheitsregierung und den vorausgegangenen Verhandlungen mit anderen Parlamentsfraktionen auf Prioritäten wie der Anhebung des Mindestlohns, der Sicherung der Renten, auf Umweltschutz, der Erhöhung des Anteils des öffentlichen Sektors in vielen Bereichen, der Bekämpfung der Korruption und vielem mehr.

Wie hoch ist der Anteil von Arbeitern in der Partei? Hat die Partei Zellen in den Betrieben? Wie ist die Interaktion mit den Gewerkschaften?

Unsere Partei hat leider keine Zellen in Unternehmen, aber innerhalb der Partei gibt es Berufsverbände: Verkehr, Bildung, Gesundheitswesen, Landwirtschaft etc.



Vojtech Filip

Wie sehr hat die tschechische Wirtschaft unter den Folgen der Konterrevolution gelitten? Die Wirtschaftsleistung ist durch die Privatisierung stark zurückgegangen, mehr als 40 Prozent der Industrie- und Agrarunternehmen sind seit Anfang der 90er Jahre zusammengebrochen und verschwunden. Wissenschaftliche Einrichtungen und auf dem Weltmarkt bekannte Exportunternehmen wurden aufgelöst. Die Rückkehr der Wirtschaft auf das Niveau von 1989 dauerte mehr als 20 Jahre.

Ihre Partei hat durch die Unterstützung von Ministerpräsident Andrej Babiš zum ersten Mal seit 1989 eine Regierung unterstützt. Was waren die von der KSČM in die Regierungsarbeit eingebrachten Ziele und was wurde konkret erreicht?

Wir haben unserem Programm folgend sieben Prioritäten definiert und deren Umsetzung in organisatorischer und finanzieller Hinsicht durch die Regierung begleitet. So haben wir die Regierung bei ihrer Bildung unterstützt und sie anschließend toleriert, aber gleichzeitig Druck ausgeübt, um eine stufenweise Umsetzung unserer Prioritäten sicherzustellen. Wir haben so die Verabschiedung des Staatshaushalts beeinflusst, es dabei jedoch nicht geschafft, den Anteil des öffentlichen Sektors in der Wirtschaft weiter zu stärken. Dieser Umstand führte

schließlich zur Beendigung der Unterstützung der Minderheitsregierung nach drei Jahren Zusammenarbeit.

Der stellvertretende Vorsitzende der KSČM-Fraktion im tschechischen Parlament, Leo Luzar, betonte im Zusammenhang mit den jüngsten Entwicklungen der Beziehungen zu Rußland, daß die Kommunisten die einzige politische Kraft im Land sind, die keinen Haß gegen Rußland schüren. Was halten Sie von dieser Einschätzung?

Nicht nur Leo Luzar, sondern auch ich und unsere gesamte Fraktion haben sich gegen unbegründete Anschuldigungen an die Adresse der Russischen Föderation ausgesprochen. Wir sind im Allgemeinen gegen die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Rußland und der Tschechischen Republik. Die Konfrontation in der Tschechischen Republik wird von politischen Parteien angeheizt, die den Positionen und Interessen der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union folgen. Sie versuchen, ohne Fakten und Beweise im Vorfeld der Wahlen Aufmerksamkeit zu erregen.

Wie groß ist die antikommunistische Hysterie in der Tschechischen Republik heute? Spiegelt sie die Stimmung in der Gesellschaft wider oder ist sie das Ergebnis der Aktivitäten der herrschenden Klasse?

Antikommunistische Hysterie wird hier seit 30 Jahren kultiviert und nimmt stetig zu, ebenso wie die Bemühungen antirussische Gefühle zu schüren. Dazu gehören die Neuschreibung der Geschichte und Lügen über die Befreiung unserer Heimat 1945. Ebenso wird verweigert, die Errenschaften der tschechisch-russischen Zusammenarbeit wahrzunehmen. Das alles steht uns die ganze Zeit gegenüber, aber wir geben nicht auf.

Die Wahlen zum tschechischen Parlament finden im Oktober dieses Jahres statt. Was sind die Punkte Ihres Programms und welches Ergebnis erwarten Sie?

In vielerlei Hinsicht wird dies nicht nur davon abhängen, wie der Präsident der Republik handeln wird, sondern auch davon, wie wir, die wir die Wahrheit und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der slawischen Völker verteidigen, in der Lage sein werden, die Sympathie der Mehrheit der Bürger unseres Landes zu gewinnen, damit anti-russische und proamerikanische politische Kräfte bei den Wahlen im Oktober dieses Jahres keinen Erfolg haben werden.

Der Artikel erschien in der Prawda vom 30. April 2021.

Übersetzung und redaktionelle Bearbeitung: Silvio Rossi

Vor 60 Jahren wurde die FSLN gegründet

Mitte des Jahres 1961, die siegreiche kubanische Revolution war noch keine zwei Jahre alt, erreichte die Wirtschaftskrise in Nicaragua einen neuen Höhepunkt. Das Land litt unter der grausamen Somoza-Diktatur. In dieser Situation trafen sich im Juli 1961 revolutionäre Kämpfer in Patuca, einem Ort im Süden von Honduras, in der Nähe der Grenze zu Nicaragua. Sie gründeten die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN). Beinflusst vom Beispiel der kubanischen Revolution wollten sie eine Guerillaorganisation schaffen, um im bewaffneten Kampf die Somoza-Diktatur zu stürzen, die politische Macht zu ergreifen und das Land neu aufzubauen. Die Gründer wählten Carlos Fonseca zum Oberkommandierenden.

Die ersten Aktionen der FSLN endeten mit Niederlagen. Sie änderte ihre Strategie und Taktik und begann mit der politischen Arbeit unter der Bevölkerung. Auf dem Lande und in den Städten, in Fabriken und auf den Märkten entstanden Zellen der FSLN. 1969 veröffentlichte die FSLN ihr Historisches Programm. Darin definierte sie sich als „eine politisch-militärische Organisation, deren Ziel die Ergreifung der politischen Macht durch Zerstörung des militärischen und bürokratischen Apparates der Diktatur sowie die Errichtung einer revolutionären Regierung auf der Grundlage des Bündnisses von Arbeitern und Bauern und der Unterstützung aller patriotischen antiimperialistischen und antioligarchischen Kräfte des Landes ist“.

Die FSLN verlagerte ihre Aktionen aus den Bergregionen in die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Zentren des Landes. Sie organisierte die politische Arbeit unter der Bevölkerung und ging Bündnisse mit der „Gruppe der Zwölf“ und der Nationalen Patriotischen Front (FPN) ein. Diktator Somoza begegnete dieser Entwicklung mit Terror. Am 8. November 1976 fiel Carlos Fonseca im Kampf. Im Mai 1979 eröffnete die FSLN die Endoffensive. Am 19. Juli 1979 übernahm sie die Kontrolle über die Hauptstadt. Die Revolution hatte gesiegt.

Nach dem Triumph nahm die Junta der Nationalen Erneuerung die Arbeit auf. In ihr waren die FSLN, ihre Verbündeten und die nicaraguanische Oligarchie vertreten. Die Junta verabschiedete das Grundstatut der Republik Nicaragua, konfiszierte das Somoza-Eigentum, startete ein Reformprogramm, verstaatlichte die Banken, gründete die Sandinistische Volksarmee und die Sandinistische Polizei, organisierte die nationale Alphabetisierungskampagne, führte den freien Zugang zur medizinischen Versorgung und den kostenlosen Unterricht in den Schulen und Universitäten ein.

Das Reformprogramm widersprach jedoch den Interessen der nationalen Oligarchie. Im Frühjahr 1980 verließen ihre Vertreter den Regierungsrat. Die Oligarchie begann ihren Feldzug gegen die FSLN. Sie rief die Regierung der USA um Hilfe. Ex-Gardisten Somozas in Miami witterten Morgenluft, der Contra-Krieg begann. Die Brigadisten der

Alphabetisierung, Ärzte und Gesundheitshelfer waren die ersten Opfer.

Die FSLN änderte ihre Grundthese. Sie erklärte den politischen Pluralismus, die gemischte Wirtschaft und die Nichtpaktgebundenheit zu den Hauptsäulen ihres Gesellschaftsmodells. Sie erklärte die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten zu ihren strategischen Verbündeten. Zu Kuba entstand ein enges, brüderliches Verhältnis.

1984 fanden nationale Wahlen statt. Neben der FSLN traten vier weitere Parteien an. Die FSLN gewann die Wahlen. Comandante Daniel Ortega wurde Präsident. 1985 verhängte



Reagan das Wirtschaftsembargo gegen Nicaragua. In dieser komplizierten Situation organisierte die FSLN den Verfassungsprozeß. Am 9. Januar 1987 setzte Präsident Daniel Ortega auf dem Platz der Revolution mit seiner Unterschrift die Charta Magna in Kraft. Im August 1987 unterschrieben die zentralamerikanischen Regierungschefs auf dem II. Gipfeltreffen in Esquipulas einen Friedensplan für Mittelamerika. Die sowjetische Führung unter Gorbatschow hatte Nicaragua und die FSLN im Stich gelassen. Die FSLN mußte mit den Contras verhandeln. Die sandinistische Regierung bot eine weitgehende Amnestie und vorgezogene Wahlen an. Die FSLN verlor 1990 die Wahlen gegen eine Allianz aus 18 Parteien. Violeta Chamorro wurde die neue Präsidentin Nicaraguas. Sie kündigte ein neues Zeitalter an. Es wurde ein neoliberales. Bei der Übergabe der Regierungsgeschäfte an Violeta Chamorro rief Daniel Ortega in die versammelte Menge: „Wir werden jetzt von unten regieren.“

Nach der Wahlniederlage der FSLN im Jahr 1990 sagte der Finka-Besitzer und Ex-Oberkommandierende der Contras Isreal Galeano (Franklin) zu Ortega: „Die Oligarchie warf mit Hilfe von euch Sandinisten Somoza über Bord, und sie warf euch Sandinisten mit unserer Hilfe über Bord. Es gewannen weder ihr Sandinisten, noch wir Contras – es gewann immer die Oligarchie“.

Die FSLN stand vor neuen Aufgaben. Die liberalen Parteien diffamierten die FSLN auf jede Weise. Mitglieder, Kämpfer und Funktionäre verließen die FSLN. In dieser Situation fand im Juli 1991 der I. Ordentliche Kongreß der FSLN statt, auf dem sich die FSLN als Partei konstituierte. Zwei strategische Linien standen zur Debatte. Der revolutionäre Flügel unter Daniel Ortega wollte „der neoliberalen Hegemonie eine revolutionäre Antwort geben“. Der traditionelle Flügel unter Sergio Ramirez vertrat den Weg von

Reformen. Die Ortega-Linie setzte sich durch. Es kam zu Machtkämpfen innerhalb der neuen FSLN. In der Partei und in der Nationalleitung hatte der Ortega-Flügel das Sagen. In der FSLN-Fraktion der Nationalversammlung folgte die Mehrheit Sergio Ramirez. Das offene Zerwürfnis war die Folge. 1995 gründete Ramirez die Sandinistische Erneuerungsbewegung (MRS). In der Folgezeit opponierte der MRS-Flügel gegen den revolutionären Flügel der FSLN.

Der II. Außerordentliche Kongreß der FSLN 1996 stellte die MRS-Vertreter nicht mehr als Kandidaten für die nationalen Wahlen auf.

Daniel Ortega wurde Präsidentschaftskandidat der FSLN. Bei den Wahlen 1996 führte die FSLN zunächst klar vor Alemáns PLC. Über Nacht gab der Oberste Wahlrat den Wahlsieg Alemáns bekannt. Selbst in bürgerlichen Kreisen und unter ausländischen Beobachtern kreiste das Gerücht vom Wahlbetrug. Um im Januar 1997 die Präsidentschaft antreten zu können, bot Alemán Ortega einen Deal an. Wenn die FSLN das Wahlergebnis anerkenne, werde sie

die von den Sandinistischen Erneuerern verschenkten Posten im Obersten Wahlrat zurückerbekommen. Ortega ging darauf ein, das Abkommen war umstritten.

2001 bestätigte die FSLN erneut Ortega als Präsidentschaftskandidaten. Obwohl die FSLN in den Meinungsumfragen bis September 2001 vorn lag, verlor er zum dritten Mal. Enrique Bolaños von der Nicaraguanschen Liberalen Allianz (ALN) wurde neuer Präsident. Er hatte drei starke Wahlhelfer: Die Drohkampagne Washingtons nach dem 11. September, das State Department und die Katholische Bischofskonferenz.

Der III. Ordentliche Kongreß der FSLN 2002 beschloß ein neues Programm. Darin strebt die FSLN „den Sozialismus als Mehrheitskomposition“ an. Das neue Programm schloß den bewaffneten Kampf als Mittel der Machtergreifung aus. Im November 2004 gewann die FSLN die Kommunalwahlen. Im März 2006 fand eine weitere Sitzung des III. Ordentlichen Kongresses der FSLN statt. Die MRS hatte alle Versöhnungsversuche der FSLN mißachtet und verkündet, mit Herty Lewites einen Gegenkandidaten zu Daniel Ortega aufzustellen. Die Sitzung bekannte sich mit großer Mehrheit zu Daniel Ortega als Präsidentschaftskandidat.

Das „Neue Zeitalter“ sollte zu Ende gehen, es war Nicaragua nicht gut bekommen. 83 Prozent der Bevölkerung lebten in Armut. Nur jeder Dritte hatte Arbeit. Jeder Zweite war wieder Analphabet. Von 1 000 lebend geborenen Kindern starben 90.

Am 5. November 2006 gewann das von der FSLN angeführte Bündnis „Unida Nicaragua triunfa“ die Wahlen. Zum zweiten Mal in ihrer Geschichte kam die FSLN an die Macht. Am 10. Januar 2007 wurde Daniel Ortega als neuer Präsident Nicaraguas vereidigt. Die FSLN nahm das revolutionäre Projekt wieder auf. Ihre Regierung verabschiedete weitreichende soziale Programme wie „Null

Hunger“, „Null Wucher“, „Plan Techo (Dach)“ und „Wohnungen für das Volk“, stabilisierte die Energieversorgung und startete eine neue Alphabetisierungskampagne. Sie trat der Boliviarischen Allianz für die Völker Amerikas – Handelsvertrag der Völker (ALBA-TPC) – bei und normalisierte die Beziehungen zu Kuba und Venezuela.

„Null Wucher“ zielte darauf ab, die kleine landwirtschaftliche Familienproduktion zu fördern. Heute stehen Zehntausende Familien auf eigenen Füßen, produzieren für

40 Kriegsschiffe der Seestreitkräfte der USA. Die Sandinisten blieben ruhig und wachsam. Im Februar 2011 registrierten die FSLN und die sandinistischen Organisationen über eine Million Mitglieder. Der IV. Außerordentliche Kongreß der FSLN beschloß, daß zukünftig in alle Instanzen der FSLN mindestens 50 Prozent Frauen und mindestens 50 Prozent Jugendliche zu wählen sind. Im November 2011 gewannen die FSLN und Daniel Ortega die Wahlen mit fast 63 Prozent der Stimmen. Die FSLN eroberte die absolute

Im April 2018 erschütterte ein Putsch das Land. Zunächst nutzten die Gegner der sandinistischen Regierung den Plan, die Sozialversicherung zu reformieren, um Demonstrationen zu organisieren. Den Demonstrationen folgten die Aufmärsche marodierender Banden. Sie störten die Wirtschaft und errichteten Barrikaden, verfolgten Sandinisten, verschleppten, folterten und ermordeten sie. Die sandinistische Regierung bekam die Lage in den Griff. Die außerparlamentarische Opposition forderte den Nationalen Dialog. Die Regierung trat in den Dialog ein, verließ ihn aber, als sie aufgefordert wurde, zurückzutreten.

Das Land hatte sich gerade von den Folgen des Putsches erholt, da verwüsteten Ende 2019 die aufeinander folgenden Hurrikans Eta und Jota weite Teile der nördlichen Karibikregion. Nach den Naturkatastrophen griff 2020 die Corona-Pandemie auch auf Nicaragua zu. Dank der Gesundheitspolitik der FSLN, vor allem durch den Aufbau von Krankenhäusern und Kliniken, konnte Nicaragua der Pandemie bisher trotzen.

Die erfolgreiche Entwicklung Nicaraguas unter Führung der FSLN ist nicht nach dem Geschmack der einheimischen Oligarchie und der USA. Nach der Weltordnung Washingtons gehört das Land zusammen mit Kuba und Venezuela zur „Troika des Bösen“, die eine Gefahr für die nationalen Interessen der USA bildet. Der USA-Kongreß setzte 2018 das antisandinistische Gesetz Nica Act in Kraft. Im Frühjahr des Wahljahres 2021 wurde es durch das Gesetz Renacer verschärft. Mit allen Mitteln wird versucht, einen weiteren Wahlsieg der FSLN und Ortegas zu verhindern. Washington, die Organisation Amerikanischer Staaten und die nicaraguanische Oligarchie wollen erneut das vom USA-Strategen Gene Sharp entworfene Konzept des „weichen Putsches“ anwenden. In Venezuela scheiterte der Plan, in Nicaragua 2018 ebenso. In Bolivien zeigte er nach den Wahlen 2019 Wirkung, erlitt jedoch 2020 ein Fiasko. Die FSLN hat reagiert und bleibt wachsam. Ihre Bilanz und ihre Umfragewerte sind gut.

In 60 Jahren wurde aus der Guerillaorganisation eine erfolgreiche antiimperialistische revolutionäre Partei in Lateinamerika. Die FSLN erbrachte den Beweis dafür, daß verschiedene Kampfformen unter Berücksichtigung der jeweiligen historischen Situation zum Sieg führen können.

Sie orientierte in der ersten Etappe nicht auf den Sozialismus. Im neuen Programm von 2002 tut sie das. Ihr Sozialismusbild ist solidarisch und christlich. Die FSLN läßt sich vom Sandinismus leiten. Er ist ein Konglomerat aus humanistischen, christlichen und marxistischen Ideen. Frieden, Wohlstand, Freiheit, Gleichheit, Selbstbestimmtheit, Brüderlichkeit und Gerechtigkeit sind seine Werte. Wie ihre revolutionären Vorbilder kämpft die FSLN gegen die ausländischen und eigenen Unterdrücker. Sie siegte und verlor, auch Kämpfer und Führungskräfte. Die FSLN gab jedoch nie auf, tauschte nie ihre Vision aus. Sie blieb ihrem Volk und sich selbst bis heute treu.

Wolfgang Herrmann
Dreesch



Skulpturen der Begründer der FSLN Tomas Borge und Carlos Fonseca in Matagalpa

sich und den Markt. Auf Initiative der FSLN verabschiedete die Regierung ein neues Genossenschaftsgesetz. Die auf Monokultur orientierte Landwirtschaft mußte umgestaltet werden. Neben der Exportproduktion sollte die Versorgung Nicaraguas aus der eigenen Landwirtschaft schrittweise garantiert werden. Heute versorgt sich Nicaragua mit Grundkörnern, Fleisch, Milch und Eiern aus eigener Produktion selbst.

Die Gegner der FSLN, zu denen auch die MRS gehört, erkannten die Erfolge nicht an und versuchten, das Land zu destabilisieren. Sie blockierten in der Nationalversammlung, in der die FSLN nicht die Mehrheit besaß, die Verabschiedung des Haushaltes und anderer Gesetze. Die FSLN forderte daraufhin ihren Präsidenten auf, per Dekret zu regieren. Sie rief die Räte und Kabinetts der Bürgermacht ins Leben, die sie als Vollstrecker einer direkten Demokratie betrachtete.

Mitte 2010 suchte die Opposition nach neuen Möglichkeiten, den Sandinisten zu schaden. Sie holten von den USA und der EU finanzierte Nichtregierungsorganisationen ins Land, um den sandinistischen Prozeß und die Vorbereitung der nationalen Wahlen im November 2011 zu stören. Die Gesetzgeber Costa Ricas beschlossen die Militarisierung des Landes und erlaubten die Präsenz von 10 000 Marines der USA, die Nutzung der territorialen Gewässer und Häfen für über

Mehrheit in der Nationalversammlung. Die FSLN hatte den Kurs des Ausverkaufs des Landes durch die neoliberalen Regierungen umgekehrt. Sie erreichte bemerkenswerte wirtschaftliche Fortschritte, ihre produktiven und sozialen Programme zum Wohl der unteren Schichten der Bevölkerung wirkten sich positiv auf die Entwicklung des Landes aus. Unter Führung der FSLN setzte sich Nicaragua international gut in Szene. Das Land wurde eine hörbare Stimme in der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), in der Rio-Gruppe, im Forum von Sao Paulo, in der Zentralamerikanischen Integration (SICA) und in der 2011 gegründeten Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC).

2014 verkündete die sandinistische Regierung, den Großen Interozeanischen Kanal zu bauen. Er sollte dem Volk Wohlstand bringen und die Mittel, um den Folgen des Klimawandels zu trotzen. Die Machbarkeitsstudien, Luftaufnahmen, geologischen und archäologischen Untersuchungen waren abgeschlossen und fünf Milliarden US-Dollar bereits ausgegeben. Im Sommer 2018 sollte mit dem Ausbau des vorläufigen Hafens von Brito begonnen werden. Das Vorhaben besitzt geostrategische Bedeutung. Deshalb rief es Washington und die einheimische Oligarchie auf den Plan. Der Kampf gegen das Projekt begann, es liegt seitdem auf Eis.

Die Konterrevolution

„Immer schreibt der Sieger die Geschichte der Besiegten.
Dem Erschlagenen entstellt der Schläger die Züge“ (Bertolt Brecht)

Aus der Welt geht der Schwächere und zurück bleibt die Lüge“ (Bertolt Brecht, Das Verhör des Lukullus, 1939). Für die Bild-Zeitung war die Geschichte der DDR stets eine „Chronik des Schreckens“ (13.8.2011), der *Spiegel* titelte in seinem mehrseitigen „Stimmungsbericht“ vom 17.12.89, die SED gleiche einer „Kriminellen Organisation“ oder war zumindest die „treibende Kraft für einen DDR-Unrechtsstaat“, wie die brandenburgische Justizministerin Katy Hoffmeister (CDU) am 15.7.2021 meinte. Bürgerliche Parteien, ihre Boulevard-Presse und Intelligenzblätter –

Gefühl, generell nicht wahrgenommen und nicht wertgeschätzt zu werden. Tief sitzen die Zweifel, ob die Wende tatsächlich mehr Freiheit, mehr Mitsprache, mehr Schutz vor staatlicher Willkür gebracht hat. Und nicht einmal die Hälfte der Ostdeutschen hat den Eindruck, daß die Demokratie in Deutschland alles in allem gut funktioniert ... Die Repressalien, die Stasi, die Mauer – alles vergessen? Die 1990 versprochenen „blühenden Landschaften“, wo sind sie? Eine Antwort geben die alle vier Jahre erhobenen Umfragen unter der Bevölkerung des „Beitrittsgebietes“,

moralisch daher kommt, aber die Antwort auf die zentrale Frage „Wer bestimmt über die Produktionsmittel?“ geflissentlich zu umgehen sucht. Da habe es „Reibungsverluste“ gegeben, „unschöne Einzelercheinungen“, da seien „Chancen verpaßt“ worden, für deren „Korrektur“ drei Jahrzehnte bislang nicht ausreichten, aber die „nach und nach“ durch die politische Agenda zu lösen seien. Und auch der Verfassungsschutz hat längst entdeckt, daß sich das Wort von der Konterrevolution hervorragend eignet, um der unermüdlich vorgetragenen These von der DDR als „stalinistischer Episode“ den Garaus zu machen. Auf den Symposien des niedersächsischen Verfassungsschutzes ist der „Extremismus-Forscher“ Udo Baron gern gesehener Gast. In seinem Papier „Die DDR im Spiegel des Linksextremismus“ geht es ihm um die Abwehr des linken „Geschichtsrevisionismus“. Letzterer lege „es darauf an, ein positives DDR-Bild zu zeichnen“, was offensichtlich schon als solches verwerflich ist. Printmedien, wie die junge Welt, der „RotFuchs“, die Parteipresse der DKP und Parteigruppierungen der Partei Die Linke, wie die Kommunistische Plattform (KPF) und das „Marxistische Forum“ oder Verlage wie „edition ost“ würden versuchen, die Deutungshoheit über die Sicht auf die DDR zu erlangen. Nicht ganz unbedarft gelangt Baron zu seiner Hauptthese: Die Rechtfertigung des „SED-Regimes“ diene dazu, „einen zweiten Anlauf zum Sozialismus legitimieren zu können“. Getrost kann man ihm da recht geben. An der Haltung zur DDR scheiden sich tatsächlich die Geister. Wer sich als fortschrittlicher Mensch mit der These von der 1989/1990 stattgehabten Konterrevolution, also der radikalen Umkehrung der Eigentums- und Machtverhältnisse in der DDR, beschäftigt, kommt nicht umhin, sich die Frage vorzulegen, sich die Frage nach den konkreten Ursachen der epochalen Niederlage des Sozialismus in der DDR und europaweit vorzulegen. Äußere Faktoren hierfür aufzuzählen, fällt nicht schwer – auch wenn sie mannigfaltig sind. Sie alle hängen im Kern damit zusammen, daß in der DDR und anderen sozialistischen Staaten das politische System und die Wirtschaftsordnung sich nicht „ungestört“ und frei entwickeln konnten, sondern der Kapitalismus, ob 1989, 1953, 1949 oder 1917 stets auf dem Sprung war, den Sozialismus zu beseitigen. Bei der BRD kam das Spezifikum hinzu, daß sie aufgrund der bis 1949 gemeinsamen Geschichte und der Sprache, die DDR als angestammtes Usurpationsgebiet betrachtete. Daß die westdeutsche Bundesregierung nach dem 9. November 1989 die nationale Karte spielen würde, Kohl seinen „10-Punkte-Plan“ Ende November 1989 vorstellte und ganz schnell die Währungsunion aus der Taufe gehoben wurde, konnte niemand überraschen. Auch daß die sozialistischen Staaten ihre im internationalen Maßstab geringere Arbeitsproduktivität seit Beginn der 80er Jahre dem



Der Schrecken im Westen: DDR-Kindergarten (Max-Beer-Straße in Berlin 1990)

sie sind sich einig, assistiert von jenen, die sich durch markige Worte zum ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden einen Platz an den Futtertrögen parlamentarischer Macht erhoffen. „Natürlich war die DDR ein Unrechtsstaat“, so die Grünen-Abgeordnete der Bremer Bürgerschaft, Henrike Müller (2.10.20). Ins gleiche Horn stößt Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (PDL): „Wir reden über staatlich organisiertes Unrecht“, und leider ist er mit dieser Auffassung in seiner Partei nicht allein.

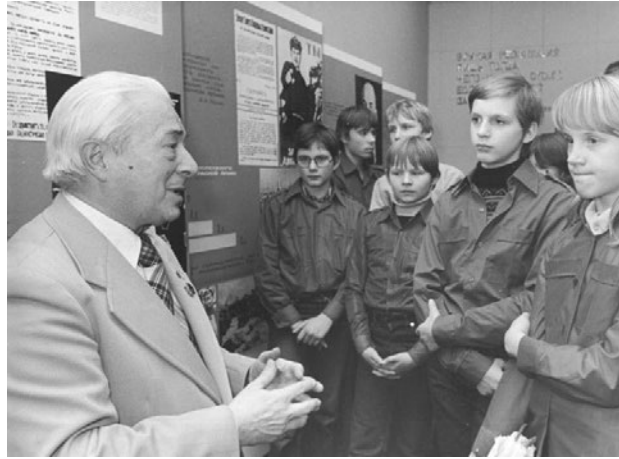
Gleichwohl haben 32 Jahre regierungsamtliches und journalistisches Flächenbombardement es nicht vermocht, die Vorstellungen von einem sozialen, friedliebenden und gerechten Staat DDR aus den Köpfen der Bürger zu löschen. In der ZEIT-Ausgabe zum 30. Jahrestag der DDR-Annektion macht sich Unverständnis über die „Ostdeutschen“ breit, die sich weigern, die Segnungen des Kapitalismus wertzuschätzen: „Alles in allem ist die Stimmung mies, ausgerechnet zum Fest der deutschen Einheit. Etwas läuft gründlich schief. 30 Jahre nach dem Fall der Mauer herrschen im Osten des Landes Ernüchterung und Enttäuschung, teils Verbitterung. Weit verbreitet ist hier das

hier die Zahlen aus 2015: Kinderbetreuung nach 1990 schlechter (55 %), Bildungssystem schlechter (58 %), soziale Gerechtigkeit fehlt (56 %), sozialer Zusammenhalt schlechter (70 %). Die Erinnerung der Befragten trügt nicht, hat doch die Annexion der DDR im Stile des Spätkolonialismus dazu geführt, daß sämtliche sozialen Systeme und das gesamte Volkseigentum abgeräumt wurden, und die von der Treuhand verschleuderten Industrien und Ländereien vor allem westdeutschen Konzerne zu Billigpreisen zugeschanzt wurden. Vor diesem Hintergrund mutet der gerne vom Westen für die Freisetzung seines kapitalistischen Raubzuges kolportierte Begriff der „friedlichen Revolution“ mehr als grotesk an.

Eher lesen sich die Vorgänge der Jahre 1989/1990 wie eine Illustration dessen, was das Kleine politische Wörterbuch (Berlin, DDR, 1967) nüchtern wie folgt beschreibt: Konterrevolution: „... historisch überlebte Klassen (versuchen), die gesetzmäßige gesellschaftliche Entwicklung gewaltsam aufzuhalten.“ Oder die Zeit zurückzudrehen. Konterrevolution – ein garstig klarer Begriff, an dem auch all jenes abprallt, was ganz

Niveau kapitalistischer Staaten nicht mehr anpassen konnten, war hinsichtlich seiner ökonomischen Folgen evident. Das Intrigenspiel Gorbatschows dagegen, das geschickt die über Jahrzehnte bestehende Bindung der DDR an die Sowjetunion instrumentalisierte, um – wie Egon Krenz es in seinem Vortrag „Der Marxismus im 21. Jahrhundert“ (Peking 2016) beschrieb – „die DDR als Pfand (zu nutzen), mit dem er wucherte, um das Vertrauen der USA und der alten Bundesrepublik zu bekommen“, blühte derweil im Verborgenen – war aber deshalb nicht weniger gefährlich für die DDR. Bestand für Politbüro und Zentralkomitee der SED im November/Dezember 1989 noch die Möglichkeit, das „Ruder herumzureißen“? Diese Frage berührt die innere Verfaßtheit und die Bestimmung der politischen Linie durch die Partei. Der scheidende Generalsekretär der SED, Egon Krenz, zog in seinem Grundsatzreferat „Die nächsten Aufgaben der Partei“ auf der 10. Tagung des ZK der SED am 8. November 1989 schonungslos Bilanz über die organisatorischen Unzulänglichkeiten, die Herausbildung bürokratischer Strukturen in Partei und Staat, den Mangel von gleichberechtigten Diskussionen auf allen Ebenen, angefangen vom Betrieb und Kollektiv, fortgesetzt in mittlere bis höchste Leitungsebenen. Dem Streit in der Sache, der Diskussion um Verbesserung und Innovation des betrieblichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens sei die Luft durch administrative Hürden genommen worden. Bedingt durch die, gemessen am internationalen Level, zurückfallende Produktivität und den hohen Anteil manueller Arbeit, sei die Wirtschaft der DDR mehr und mehr ins Hintertreffen geraten. Das Stocken der Produktion wegen fehlender Teile, Güter und Leistungen habe schließlich zu großem Unmut in der Arbeiterschaft geführt. Große Teile der Arbeiterklasse und der Bauernschaft hätten sich in Folge von der Partei abgewandt. Allesamt Tatbestände, die über Jahre, z.T. über Jahrzehnte, ignoriert worden seien – mit dem Ergebnis, daß 1989 konterrevolutionäre Kräfte Morgenluft witterten. Es sei nun an jeder Genossin und jedem Genossen, in ihren Kollektiven das Vertrauen in die Partei und ihre führende Rolle wiederzuerringen. Als Orientierungshilfe für diese – angesichts der sich überschlagenden Ereignisse – Aufgabe von herkulischem Ausmaß, verabschiedete das ZK am 10. November 1989 in großer Eile ein Aktionsprogramm „Schritte der Erneuerung“, das am Folgetag als Aufmacher des Neuen Deutschland erschien. In seinen Forderungen blieb es nebulös. Es erweckte den Eindruck, die Verfasser möchten sich nicht konkret festlegen. In seiner Gesamtheit wirkt es beliebig. Wie die „Konzeption des modernen Sozialismus“ aussehen soll, wird einer zu bildenden Arbeitsgruppe des ZK überlassen (zu der es nicht mehr kam). Für die DDR tradierte Selbstverständlichkeiten, wie das „unzerstörbare Bündnis mit der Sowjetunion“ und die Gesetzmäßigkeitsaufsicht durch die Staatsanwaltschaft stehen neben Forderungen, von denen Marxisten eigentlich wissen, daß sie

wegen des Klassencharakters der Gesellschaft unerfüllt bleiben müssen, wie die „strikte Wahrung der Unabhängigkeit des Richters“. Welche Struktur eine „an Marktbedingungen orientierte sozialistische Planwirtschaft“ für die Zukunft haben könnte, blieb offen, zumal gleichzeitig drei Sätze weiter die Erfüllung des Plans für 1989 angemahnt wird. Der unver-



Jugendstunde im sowjetischen Armeemuseum Berlin-Karlshorst 1981

mittelt in den Text eingefügte Satz „Wir sind für eine demokratische Koalitionsregierung“ läßt fragen, ob die SED ab jetzt „eine Partei unter anderen“ sein wollte. Dann aber hätte die Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei aus Art. 1 der DDR-Verfassung von 1974 gestrichen werden müssen. Es ist davon auszugehen, daß das Aktionsprogramm, wenn es überhaupt bis zur Parteibasis durchgedrungen ist, eher den Verlust letzter Gewißheiten befördert hat, als dem Sozialismus in der DDR „neue Dynamik zu verleihen“, wie es im Entree des Programms hieß. Zu einer nennenswerten Diskussion des Papiers kam es ohnehin nicht mehr. Als das ZK am 3.12.1989 zu seiner letzten Sitzung zusammentrat, war das Schicksal der DDR und der SED bereits besiegelt. Die Volkskammer hatte zwei Tage zuvor beschlossen, den in der Verfassung verankerten Führungsanspruch der SED zu streichen. Seit Sommer 1989 hatten der Partei bereits 320 000 Mitglieder den Rücken gekehrt. Auf den Straßen Leipzigs skandierten Demonstranten am 20.11.1989 erstmals „Wir sind ein Volk“, anstatt wie zuvor „Wir sind das Volk“. Helmut Kohl hatte seinen 10-Punkte-Plan auf den Weg gebracht. Am Vorabend des 3. Dezember besiegelten Michail Gorbatschow und George Bush auf Malta das Ende des kalten Krieges und den „Beginn einer neuen Epoche“. Für den Friedensstaat DDR war in dieser Epoche kein Platz mehr. Die Pläne für die NATO-Erweiterung nach Osten lagen schon in den Schubläden und nur 10 Jahre sollten vergehen, bis das Deutschland der „neuen Epoche“ sich wieder an einem Krieg beteiligte. Zurück zur Sitzung des ZK am Nachmittag des 3.12.1989. Sie verlief chaotisch. Schon zu Beginn. Hans Modrow teilte mit, Alexander Schalck-Golodkowski, der Leiter der Kommerziellen Koordinierung (Außenhandel), habe sich überraschend in den Westen abgesetzt, die anwesenden ZK-Mitglieder waren

aufgebracht. Das inzwischen zurückgetretene Politbüro empfahl dem ZK die Beschlußfassung über ZK- und Parteiausschluß von u.a. Erich Honecker, Erich Mielke, Horst Sidermann, Willi Stoph und Harry Tisch. Außerdem möge das ZK seinen eigenen Rücktritt erklären. Nur mit Mühe konnte sich Egon Krenz in der turbulenten Sitzung Gehör verschaffen, immer wieder unterbrochen spontane Wortmeldungen den Ablauf, entweder, weil sich die Redner von der Politik der letzten Jahre distanzieren oder sich im Gegenteil rechtfertigen wollten. Die Frage des ZK-Mitglieds Manfred Ewald: „... Wie geht es mit der Partei weiter? ...“ blieb ohne Antwort. Es ging nicht weiter, sondern ganz schnell zu Ende: Politbüro und Zentralkomitee gab es am Abend des 3. Dezember 1989 faktisch nicht mehr; der noch kurz vor Toresschluß angesetzte außerordentliche Parteitag (am 8., 16. und 17.12.1989) wurde von einem buchstäblich zwischen Tür und Angel bestimmten Arbeitsausschuß (unter Vorsitz von Herbert Kroker) binnen weniger Tage vorbereitet. Vom Aktionsprogramm war keine Rede mehr. Rückblickend spricht einiges dafür, daß die Leitungsgremien der SED

seit Mitte der 80er Jahre alarmierende Signale aus Wirtschaft und Gesellschaft nicht wahrgenommen, ignoriert oder jedenfalls zu spät erkannt haben. Die strukturellen und organisatorischen Hintergründe dieses Fehlers harren auch heute immer noch der Aufarbeitung. Zum außerordentlichen Parteitag in der Berliner Dynamo-Sporthalle trafen sich über 2700 Delegierte. Und dann wurde abgerechnet. Die Rede von Michael Schumann „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!“ markierte den Anfang der Delegitimierung der DDR, er war die Initialzündung für die folgenden Konstrukte vom „Unrechtsstaat“, einer „zweiten deutschen Diktatur“ und der „stalinistischen DDR“. Sie war ein Rundumschlag gegen jede administrative Struktur des DDR-Staates und zugleich eine bewußt ahistorische Verzerrung der über 40 Jahre erreichten sozialen und politischen Standards. Selbst die Klassenfrage degenerierte auf einmal zum Inbegriff „stalinistischen“ Gedankenguts, anders ließe sich der vom neuen Vorsitzenden Gregor Gysi propagierte „dritte Weg jenseits von stalinistischem Sozialismus und Herrschaft transnationaler Monopole“ nicht erklären. Einer vorwärtsweisenden Diskussion innerhalb der linken Kräfte der Bundesrepublik über die Lehren aus konkreten Fehlern war mit der „Stalin-Keule“ weitgehend der Weg verstellt. Wird diese Diskussion nicht endlich geführt, bleibt auch die Programmatik eines sozialistischen Gegenentwurfs zur kapitalistischen Herrschaft weiter auf der Strecke.

Die DDR ist untergegangen, der Kapitalismus hat ihr das Licht ausgeblasen. So wie sie war, wird sie nicht zurückkehren. Als Entwurf einer fortschrittlichen Gesellschaft aber überlebt sie in den Köpfen. Und wir sollten uns bemühen zu wissen, was beim nächsten Mal besser laufen muß.

Dr. Ralf Hohmann

Ein Staat – zwei Rechtspraktiken

Noch immer werden früheren DDR-Bürgern ihre Rechtsansprüche vielfach streitig gemacht. Das findet u. a. seinen Ausdruck in den selbst nach 30 Jahren bestehenden unterschiedlichen Löhnen und Gehältern gegenüber denen in den alten Bundesländern. Die sich daraus ableitenden geminderten Renten reichen bei der Mehrheit der Betroffenen nicht einmal zum Bestreiten elementarster Lebensansprüche. Besonders markant treffen solche Regelungen aber ehemals leitende Angestellte staatlicher Institutionen der DDR, Angehörige der bewaffneten Organe, der Zollverwaltung der DDR und die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Dieser Umstand läßt darauf schließen, daß vor allem politische Aspekte die entscheidende Rolle spielen.

Prof. Dr. Dr. Merten, der zuvor u. a. Gutachter einer Verfassungsbeschwerde für Angehörige der bewaffneten Organe der DDR, spezifisch des MfS, war, hat sich diesem Thema nun in einem Rechtsgutachten erneut gewidmet. Darin weist er nach, welche Vorgehensweisen der Gerichte mit bestehenden Rechtsgrundsätzen und -prinzipien unvereinbar sind und letztlich zu rechtswidrigen Entscheidungen geführt haben.

Ein wesentlicher Gegenstand war das von der letzten Volkskammer der DDR verabschiedete „Gesetz über die Aufhebung der Versorgungsordnung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit / Amtes für Nationale Sicherheit“ vom 29. Juni 1990. Es sah vor, daß die Alters- und Invalidenrenten der früheren Mitarbeiter des MfS „... die Höhe von 990 M ...“ (Mark der DDR) nicht übersteigen dürfen.

Bereits in den ersten Jahren nach dieser Entscheidung hatte sich Prof. Merten mit einem sehr substantiellen Artikel an die juristische Fachwelt sowie an die Öffentlichkeit gewandt und auf die Bedeutung der vorliegenden Problematik hingewiesen. Das geschah in einer so nachdrücklichen Weise, daß weder objektiv urteilende Juristen dem widersprachen, noch die Öffentlichkeit sich einem weitgehenden Verständnis entziehen konnte. Dieser in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ erschienene Artikel hätte wegen seiner sachlichen Ausgewogenheit als entscheidende Grundlage für alle diesbezüglich ergangenen gerichtlichen Urteile dienen können. Statt dessen haben in dem als Leitentscheidung geltenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. April 1999 politische Erwägungen in einem Maße dominiert, daß Rechtsgrundsätze und Rechtsprinzipien weithin unbeachtet blieben. Es hinterläßt den Eindruck, daß diese Grundsätze durch eine pauschale „Opfer-Täter-Dramatik“ ersetzt und das Rentenrecht zu einer Art „Kollektivsühne“ umfunktioniert werden soll. Prof. Merten betont nachdrücklich: „Jede Strafe ... setzt individuelle Schuld voraus. Schuld bedingt individuelle Verantwortung für rechtswidriges Verhalten und individuelle Vorwerfbarkeit. Der Rechtsstaat verpönt jede Form der Kollektiv- oder Gruppenschuld, jede Art von Gesinnungsstrafrecht und Schuldvermutung“. (FAZ v. 2.12.1993)

Genau das wurde in den genannten Verfahren völlig außer Betracht gelassen.

In seinem jetzt vorgelegten Rechtsgutachten „Das DDR-Aufhebungsgesetz als Rechtfertigung für gleichheitswidrige Versorgungsüberleitung?“ kommt er zu dem Schluß, daß die vom Bundesverfassungsgericht getrof-



BND-Präsident Klaus Kinkel 1981 in Pullach beim Besuch von Bundespräsident Karl Carstens (ehemals NSDAP)

fene Leitentscheidung und alle gerichtlichen Entscheidungen der BRD, die sich auf das genannte „Aufhebungsgesetz“ stützen, rechtswidrig sind! Daraus folgt, daß 2012 die Verweigerung der Annahme einer von Klägern vorgelegten Verfassungsbeschwerde durch das Bundesverfassungsgericht unrechtmäßig war, womit auch dem Rechtsweg zu Unrecht ein Ende gesetzt wurde.

Die Bedeutung des jetzt von Prof. Merten vorgelegten Rechtsgutachtens besteht aber nicht nur in der Herausarbeitung der rechtlichen Normen der Entscheidung, sondern darin, daß die gesellschaftlich relevanten Hintergründe und ihre schädigenden Wirkungen enttarnt wurden. Er wirft den ehemaligen Mitgliedern der DDR-Volkskammer vor, es unterlassen zu haben, den Wahrheitsgehalt der herangezogenen Entscheidungsgrundlagen zu prüfen. So kommt er zu dem Schluß, daß der „Ahndungszweck ohne Beachtung des Rechtsstaatsprinzips“ bei der Mehrheit der Abgeordneten der Volkskammer im Vordergrund stand. Die Absicht, unbedingt bestrafen zu wollen, war so ausgeprägt, daß dafür selbst die Verletzung bestehender Rechtsstaatsprinzipien billigend in Kauf genommen wurde. So bleibt, daß durch diese Entscheidung elementare Rechtsgrundsätze verletzt wurden wie der Gleichheitssatz, das Eigentumsrecht, das Rückwirkungsverbot, das Rechtsprinzip der Einzeltatschuld und, wie gesagt, das Verbot, „Kollektivschuld“ zugrunde zu legen. Prof. Merten wandte sich in diesem Rahmen besonders dem Problem des Gleichheitssatzes zu. Der Gleichheitssatz ist prinzipiell in etwa so zu verstehen, daß wesentlich Gleiches nicht ungleich und wesentlich Ungleiches nicht gleichbehandelt werden darf. Dabei begründete er, daß das MfS, entgegen der in breiten Kreisen der

Bevölkerung inszenierten Meinung, weder ein „Staat im Staate“ noch ein „Stasi-Staat“ war. Das MfS allein wäre niemals dazu in der Lage gewesen, den Bestand der DDR zu garantieren. Dazu hätte es eines ganzen Systems gebraucht. Das Aufhebungsgesetz besonders auf das MfS zu konzentrieren, sei in dieser Hinsicht „nicht sachgerecht“, weil auch alle anderen staatlichen Einrichtungen in gleicher Weise der Aufrechterhaltung des Staatssystems dienten. Verfolgt man den bisher negativen Verlauf des Rechtsstreites, wird deutlich, daß ein solcher höchst zweifelhafter Prozeßverlauf nur möglich war, wenn er von einer „übergeordneten“ Instanz des Staates gesteuert und eingefordert wird. An sich gilt in jedem Rechtsstaat das Prinzip der Gewaltenteilung, bei der die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt auf der Basis einer gegenseitigen Kontrolle und eines rechtsstaatlichen Wirkens erst möglich werden.

Da den Initiatoren für die gewollte Entwicklung keine geeigneten Rechtsnormen zur Verfügung standen, mußte erst ein spezieller „Rechtsersatz“ inszeniert werden. Offizieller Erfinder einer solchen „juristischen Ersatzlösung“ war der damalige Justizminister Klaus Kinkel, der auf dem 15. Deutschen Richtertag am 23. September 1991 gefordert hatte: „... Es muß gelingen, das SED-System zu delegitimieren.“ Eine Aufforderung, die sich nicht nur gegen ehemalige Angehörige des MfS oder anderer staatlicher Institutionen, sondern gegen alle ehemaligen Bürger der DDR richtete.

Es zeigt sich, daß die so geschaffene „rechtliche Ersatzlösung“ ein dubioses Konstrukt einer rechts-politischen Inszenierung darstellt. Die anmaßende Forderung, die DDR „delegitimieren“ zu wollen, ist darauf gerichtet, die völkerrechtlich anerkannte und als Mitglied der UN fungierende DDR „rückwirkend“ als „Unrechtsstaat“ zu diskreditieren. Dazu mußten Argumente entwickelt werden, denen alles untergeordnet werden konnte.

Zu dieser Strategie der damaligen BRD-Führung gehörte einerseits, der DDR-Bevölkerung eigene Leistungsschwäche einzureden und andererseits ein „blühendes“ Leben unter BRD-Bedingungen in Aussicht zu stellen. Im Zuge des Systemwechsels wurde in gesellschaftlicher und ökonomischer Hinsicht ein extremer Umbruch vollzogen, den die Masse der Bevölkerung mehrheitlich hingenommen hat. So wurden etwa 8000 volkseigene Betriebe, 25 Milliarden Quadratmeter Immobilien, riesige Forsten, 40 000 Geschäfte und Gaststätten, 615 Polikliniken, 340 Betriebsambulatorien, Hotels, Ferienheime und ein in Milliardenhöhe gehendes Auslandsvermögen in private Hände der BRD gelegt. Dahinter verbirgt sich eine enorme Summe an Werten, welche die ganze BRD mehrfach vor einer Pleite hätte retten können.

Aus dieser Transaktion entstanden jedoch Folgen und Konsequenzen, die sich kaum ein DDR-Bürger je so vorgestellt hat.

Dr. sc. jur. Heinz Günther
Berlin

Ihre „Werte“ sind nicht die meinen

Eigentlich will ich mich schon lange nicht mehr über die dummen, beleidigenden und die wirklichen Probleme verschleiern den „Analysen“ der ostdeutschen Volksseele a la Baring, Schönbohm und Legionen aufregen. Sich 30 Jahre lang Blödsinn anzuhören, macht auch irgendwie müde. Aber als der „Ostbeauftragte“ Marco Wanderwitz kürzlich meinte, wieder einmal den Ossi, das unbekannte Wesen, durchschaut zu haben, wurde ich doch hellwach. Wir sind also so sehr diktatursozialisiert vom Gift der DDR, daß es uns noch immer nicht gelingen will, im Paradies westlicher Werte anzukommen. Mal abgesehen davon, daß diese Einschätzung ein bezeichnendes Licht auf die Durchschlagsschwäche westlicher Agitation wirft, mit der wir seit 1990 in medialer Dauerschleife berieselt werden, ist sie auch entlarvend für das klägliche Versagen der mit Millionen aufgepöppelten „Aufarbeitungsindustrie“ der BRD. Wenn unentwegt geschwafelt wird, „ankommen“ zu sollen, drängt es mich einfach, einmal kurz für mich zu umreißen, wo ich auf gar keinen Fall ankommen will.

Seit 1990 lebe ich in einem Land, dessen Wirtschaftssystem auf grenzenlosen Egoismus einiger weniger aufbaut, die schamlos Reichtum auf Kosten vieler anhäufen. Gewissenlosigkeit,

Gier, kriminelle Energie und Überlegenheitsdünkel, die dem System des Kapitalismus entspringen, zerstören, für alle immer klarer erkennbar, die Zukunft unseres Planeten. Es ist der permanente Raubbau am Leben als parasitäre Staatsform, der die Zukunft kommender Generationen verdunkeln wird. In diesem Wertesystem will ich nicht ankommen!

Seit 1990 lebe ich in einem Staat, in dem die Herrenmenschenideologie des Faschismus nie wirklich auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen wurde. Mit unglaublicher Unverfrorenheit wird erneut Haß gegen andere Völker geschürt, sei es gegen die „faulen“ Griechen, die Russen oder die Chinesen. Ich verachte diese Kaste kriegstreiberischer Politiker, die mir wie eine Reinkarnation derer erscheinen, die einst in Nürnberg vor Gericht saßen. In deren Wertesystem will ich nicht ankommen! Seit über 30 Jahren bin ich Bürger eines Staates, der völkerrechtswidrige Kriege führt oder an ihnen beteiligt ist und der für einen neuen Weltenbrand rüstet. Mich entsetzt das kaltblütige Handeln des Massenmörders Georg Klein in Afghanistan, und es sagt mir viel über die „Moral“ eines gesellschaftlichen Systems, das solche Kräfte duldet und fördert. Zwischen dem Wertesystem eines Georg Klein und mir liegen Welten. Dort, wo solche Leute

wie er ihren Platz haben, will ich nicht ankommen!

Ich lebe in einem Staat, der in maßloser Heuchelei Worte umdeutet, die an sich Gutes zum Ausdruck bringen. Begriffe wie Freiheit, Menschenrechte, Humanität, Frieden und Würde werden ihres Sinns entleert und demagogisch für ihre Verdummungsabsichten „umfunktioni-ert“. Ohne jegliche Scham und Hemmung wurde sogar schon Auschwitz zur Legitimation eines neuen Krieges mißbraucht.

Unfähig, keins der von ihm selbst erzeugten fundamentalen Übel zu lösen, kann dieses System nur noch zerstören und die eigene Verderbtheit mit einem Mantel heuchlerischer Phrasen zudecken.

Seit 31 Jahren habe ich kein Heimatland mehr. Das ist unendlich schmerzlich. Was 1990 über mich gestülpt wurde und die Erfahrungen, die in Form von „Rückgabe vor Entschädigung“, „blühenden Landschaften“, der Treuhand und der unaussprechlichen Arroganz aus westlicher Richtung auf mich einwirkten, haben Spuren hinterlassen.

Im Schoß dieser alleinseeligmachenden Wertegemeinschaft will und werde ich niemals ankommen.

Ulrich Guhl
Strausberg

Folgen der DDR-Annexion

Beginnen wir mit den Arbeitslosen, die es urplötzlich nach 1990 gab. Laut Angaben der „Bundesanstalt für Arbeit“ von 1992 verloren ab Oktober 1990 von den 9,8 Millionen ehemals in der DDR Beschäftigten mehr als zwei Millionen ihre über vierzig Jahre gesicherten Arbeitsplätze. Sie wurden mit Arbeitslosengeld und später Hartz-IV-Almosen abgespeist und ins gesellschaftliche Abseits gestellt.

Hochqualifizierte Facharbeiter, Wissenschaftler, Pädagogen, Verwaltungs- und Kommunalangestellte, Juristen, Kultur- und Kunstschaffende hat man in der Regel in ausbildungsfreie Tätigkeiten degradiert. Es entstand ein Heer von Taxifahrern, Recycling- Dienstleistern, Brief- und Paketboten, Mini-Jobbern mit entwerteten Hoch- und Fachschulabschlüssen.

Versicherungskonzerne der BRD und westeuropäischer Länder kaperten sich in Existenznot geratene frühere Angehörige der bewaffneten Organe, wie auch mittlere leitende Kader „abgewickelter“ Betriebe und Institutionen und nutzen sie mit ihren Fähigkeiten und Erfahrungen als „Rattenfänger“ für fragwürdige Versicherungsverträge.

Nicht wenige versuchten sich in verschiedenen Branchen und mit geringen finanziellen Sicherheiten als Kleinunternehmer. Nur Ausnahmen hatten dabei Erfolg, zumeist aber auch nur kurzzeitig. Die sogenannte Ich-AG (Einzelunternehmen) wurde zum „Ich-UG“ (Einzeluntergang). Ein Arbeitslosenstrom gegen alte Bundesländer setzte ein und entvölkerte

Städte, ländliche Regionen und bisherige DDR-Industriestandorte. Laut einer Studie des Statistischen Bundesamtes verließen von 1990 bis 1995 ca. 2 737 000 Menschen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren ihre Wohn- und Arbeitsorte. Für die Altersgruppe 30 bis 50 Jahre wird eine Zahl von knapp 1 Million „Auswanderer aus den neuen Bundesländern“ gezählt. Beide Altersgruppen waren von der Arbeitslosigkeit am stärksten betroffen. Besonders auffällig dabei ist die Anzahl der Frauen, die für den Zeitraum 1990 bis 1995 und in den beiden genannten Altersgruppen mit ca. 365 000 angegeben wird. Bisher sichere und lukrative Frauenarbeitsplätze fielen der „Abwicklung“ zum Opfer.

Und es gab unzählige Menschen, die keinen Ausweg aus dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Niedergang der DDR für sich persönlich sahen. Sie wählten den Suizid aus Angst vor dem enormen Druck sozialer Sorgen, vor dem Haß und den Rachegelüsten der Gewinner des Kalten Krieges.

Die Suizidrate in den okkupierten neuen Bundesländern 1990/1991 lag nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums ca. zehn Prozent höher als in den alten Bundesländern. Der Senatsverwaltung Berlin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz zufolge töteten sich z. B. 1990/91 in den Ostbezirken von Berlin 4294 Personen, ca. 25 Prozent mehr als in den Jahren 1949 bis 1989 insgesamt.

Millionen Bürger, die in der DDR mit ihren Familien in sicheren Wohnverhältnissen leben

konnten, waren nun einem Mietwucher durch „Rückübertragung“ von Wohngrundstücken an sogenannte Alteigentümer, private Wohnungsbaugesellschaften und Immobilienhaie ausgesetzt, der sie in zahllosen Fällen zur Aufgabe ihrer Wohnungen und zur Verschlechterung ihrer Wohnverhältnisse zwang. Andere versuchten sich aus dieser Situation mit einem Eigenheimbau auf der schwammigen Grundlage eines Bankkredits zu retten, was zwar einem Teil gelang, aber unter dem bleibenden Druck von hohen Schulden und bürokratischem Streß.

Eine besonders tragische Folge dieser Situation ist die enorme Obdachlosigkeit – eine gesellschaftliche Erscheinung, die in der DDR seit Jahrzehnten überwunden war. Bahnhofshallen, überdachte Vorbereiche öffentlicher Einrichtungen, Hauseingänge, Parkbänke, Brücken etc. mutierten zu Schlafstätten und Lagerflächen für Menschen, denen eine menschenwürdige Wohnmöglichkeit aus kapitalistischer Profitsucht entzogen wurde und wird.

Es kann nicht unerwähnt bleiben, daß nach der DDR-Annexion politische, wirtschaftliche und staatliche Verantwortungsträger sowie Angehörige der bewaffneten Organe und des MfS grundlos vor den bundesdeutschen „Kadi“ gezerrt worden sind, ohne daß ihnen individuelle Straftaten nachgewiesen werden konnten. Die Liste der Opfer der DDR-Annexion durch die BRD ließe sich beliebig fortsetzen.

Manfred Wild
Berlin

Der Justizapparat als Instrument imperialistischer Machtausübung

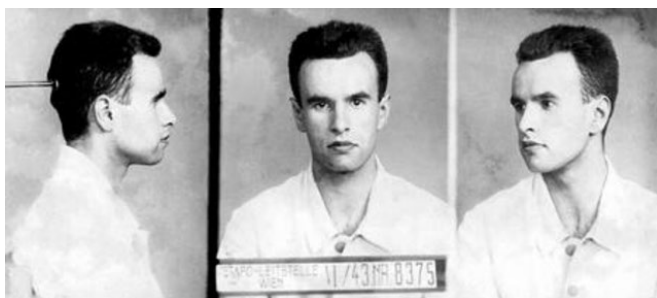
Österreichische Gegner des Deutschen Krieges gegen die sowjetischen Völker wurden vom Justizapparat zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Der am 29. Juni 1919 im IX. Bezirk von Wien geborene Alfred Rabofsky hat als Jugendlicher nie an einer legalen Arbeiterversammlung teilnehmen können. Er war noch Schüler, als solche 1933 vom österreichischen Rechtsregime verboten worden sind. Im Umfeld seines älteren Buders Eduard Rabofsky, der Maschinenschlosser war, lernte Alfred Rabofsky als Schriftsetzerlehrling die Idee kennen, sich mit allen Konsequenzen und in allen Dimensionen an die Seite der Unterdrückten und Opfer des deutschen Imperialismus zu stellen. Nach seiner am 20. Mai 1940 erfolgten Einberufung zur deutschen Wehrmacht wollte er, der zuletzt Sanitätsunteroffizier war, über die barbarische Lüge vom Deutschen Heldenkampf gegen die Sowjetvölker informieren und zum Kampf für die befreiende Wahrheit aufmuntern. Er war Kommunist und nahm bewußt das Märtyrertum in Kauf. Um und mit Alfred Rabofsky bildete sich ein aus dem illegalen Kommunistischen Jugendverband systematisch aufgebautes kleines Kollektiv, das von der Geheimen Staatspolizei als „Gruppe Soldatenrat“ nach dem Titel einer von diesem 1941 hergestellten Flugschrift benannt wurde.

1941 und 1942 war diese österreichische „Gruppe Soldatenrat“ die bedeutendste Widerstandsorganisation innerhalb der deutschen Wehrmacht. Sie hatte eine dem Absolventen der Wiener Juristenfakultät und Wehrmachts-offizier Rudolf Kirchschläger (1915–2000) diametral entgegengesetzte Auffassung von Pflichterfüllung. Dieser hat noch im März 1945 als Hauptmann der deutschen Wehrmacht junge Offiziersanwärter aus Wiener Neustadt gegen die zur Befreiung Österreichs angestrebten Sowjettruppen befehligt. Die „Gruppe Soldatenrat“, von der Staatspolizei von Anfang an unter Beobachtung, stand in der ersten Reihe, welche die Verhältnisse nicht nur ändern wollte, sondern wußte, daß diese umgekehrt werden müssen.

„Im Namen des deutschen Volkes in der Strafsache gegen

- den Schlosser Friedrich Muzyka aus Wien, geboren am 7. Juli 1921 in Wien,
- den Schriftsetzer Alfred Rabofsky aus Wien, geboren am 29. Juni 1919 in Wien,
- die Tabelliererin Ernestine Diwisch aus Wien, dort geboren am 23. März 1921,
- die Angestellte der Auslandsbriefprüfstelle Anna Wala aus Wien, dort geboren am 21. März 1891,
- die Postinspektor-Anwärterin Sophie Vitek aus Zwettl, geboren am 11. Januar 1919 in Wien,
- die Hilfsarbeiterin Ernestine Soucek geb. Glaser aus Wien, geboren am 2. Oktober 1892 in Wien



Der Schriftsetzer Alfred Rabofsky

Wegen Vorbereitung zum Hochverrat hat der 5. Senat des Volksgerichtshofs in der Sitzung vom 8. Februar 1944, an welcher teilgenommen haben als Richter:

Senatspräsident Dr. [Kurt] Albrecht [(1885–1962)], Vorsitzender,
Landgerichtsrat Dr. [Alfred] Zmuck [(1899–1971)],
SA-Gruppenführer [Karl] Haas [(1878–1949)],
NSKK-Obergruppenführer [Joseph] Seydel [(1887–1945)],
Admiral a. D. [Willy] von Nordeck [(1888–1956)],
als Vertreter des Oberreichsanwalts:
Landgerichtsdirektor Dr. [Gerd] Lenhardt [(1898–1986)]

für Recht erkannt:

Sämtliche Angeklagten bis auf die Angeklagte Soucek haben teilweise bis Herbst 1941, teilweise auch bis Frühjahr 1942 durch Mitarbeit bei einer Zersetzungsaktion durch Flugschriftenverbreitung seitens des kommunistischen Jugendverbandes in Wien den Hochverrat organisatorisch und agitatorisch vorbereitet und, da dies während des jetzigen Krieges geschah, dadurch zugleich unternommen, den Feinden unseres Reiches Vorschub zu leisten und unserer Kriegsmacht einen Nachteil zuzufügen.

Die Angeklagte Soucek hat mehrmals ihre Wohnung zur Fertigmachung der Flugschriften-Sendung für den Postversand zur Verfügung gestellt und dadurch den übrigen Mitangeklagten durch die Tat Hilfe geleistet.

Es werden daher verurteilt:

- die Angeklagten Muzyka, Rabofsky, Diwisch, Wala und Vitek zum Tode und zum Ehrenrechtsverlust auf Lebensdauer,
- die angeklagte Soucek zu acht Jahren Zuchthaus und zum Ehrenrechtsverlust auf die gleiche Zeitdauer. Auf diese Strafe werden sieben Monate der von der Angeklagten Soucek erlittenen Schutzhaft als verbüßt angerechnet.

Als Verurteilte haben sämtliche Angeklagten auch die Kosten des Verfahrens zu tragen. Gründe. (...)

Die Angeklagten Muzyka, Rabofsky, Diwisch, Wala und Vitak waren gemäß § 91 b StGB. zu

bestrafen. Wohl ist es richtig, daß der Tatbeitrag der einzelnen Angeklagten verschieden groß ist, doch kann dies keinesfalls etwa zur Anwendung des zweiten Absatzes des § 91 b Anlaß geben. Denn zur bestrafenden Beurteilung der Gefährlichkeit und der möglichen Folgen der Tat dieser Angeklagten darf nicht einzeln betrachtet werden, was dieser oder jener von ihnen getan hat. Es muß vielmehr das Verhalten der Angeklagten als Gesamtheit zur

Grundlage genommen werden. Es zeigt sich dabei, daß die Tat des einen oder die Tat des anderen nicht denkbar ist, daß alle auf ein gemeinsames Ziel hinstrebten und zu dessen Erreichung bewußt zusammenwirkten. Daher haften alle diese Angeklagten als Mittäter für das festgestellte Tatgeschehen und dessen erstrebten und möglichen Erfolg in gleicher Weise (§ 47 StGB.). Demnach wurden die Angeklagten Muzyka, Rabofsky, Diwisch, Wala und Vitek zum Tode verurteilt. Bei der Schwere der Tat kam nur diese höchste Strafe bei den genannten Angeklagten in Frage.

[...]

Gez. Dr. Albrecht Dr. Zweck“

(...) Diwisch, Muzyka, Rabofsky und Wala wurden am 8. Februar 1944 hingerichtet, Vitek überlebte die Todeszelle.

Resümee:

(...)

Offen und aggressiv wird heute von der weltweit als Interventionsallianz operierenden NATO gegen Minsk und Moskau der Krieg angekündigt. Die Einkreisungspolitik Richtung Weißrußland und Rußland ist abgeschlossen. Obschon unmittelbar wieder das Leben der Völker des europäischen Ostens bedroht wird, schweigt der imperialistische Justizapparat, der Leben schützen sollte. Von Deutschland aus werden wieder völkerrechtswidrige Aggressionskriege geführt und Kriege global durch riesige Waffenexporte vorbereitet. Und wie selbstverständlich wird auf EU-Ebene über die Entwicklung eines neuen Kampfflugzeugs mit einem Budget von weit über 100 Milliarden Euro geredet. Das Österreich der Gegenwart schaut nicht nur zu, sondern beteiligt sich schamlos daran, materiell und symbolisch wie zuletzt durch das Hissen der Israelfahne auf dem Bundeskanzleramt. Sich mit den Opfern des KJV. zu befassen, darf nicht in Betroffenheit enden, sondern ihre Ideale müssen Auftrag bleiben, sich mit Solidarität, Kampfegeist und Kreativität auf nationaler und internationaler Ebene für die Befreiung der Menschen aus der Unterdrückung der Herrschenden einzusetzen.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Redaktionell gekürzt aus ZdA, 8. Juni 2021

Wisconsin ehrt Mildred Fish Harnack

Hessen besinnt sich auf Widerstandskämpferin

Der 16. September ist in den Schulen des US-Staates Wisconsin ein besonderer Tag: Es wird der einzigen US-amerikanischen Widerstandskämpferin gedacht, die in Nazi-Deutschland hingerichtet worden war: Mildred-Fish-Harnack. Seit 1986 wird in Wisconsin jeweils an ihrem Geburtstag offiziell der Mildred-Fish-Harnack-Tag begangen.

An jenem romantischen Ort, wo sich Mildred Fish mit dem deutschen Rockefellerstipendiaten Arvid Harnack verlobte, befindet sich die Skulptur „Mildred“. An seine Mutter schrieb Arvid Harnack über jenen Ort: „Wie gingen am Sonnabend zum Teufelssee. Es ist ein kristallklares Gewässer zwischen zwei Felsen. Wir ließen uns am höchsten Punkt nieder und genossen den weiten Ausblick in das Land. Die Felsen sind hier eine Ausnahme, der Rest von Wisconsin ist flach und eben. Ich las mit Mildred den Faust ...“

Ein Pendant zu dieser Stele befindet sich an der Justus-Liebig-Universität in Gießen, wo Mildred Fish Harnack promoviert hatte. Sie wurde auf Initiative des Dozenten Dr. Nick Schweitzer von der Law School der University of Wisconsin-Madison errichtet und soll nach der Corona-Pandemie offiziell von der Hessischen Landesregierung eingeweiht werden.

1930 begab sich Mildred Harnack an der Seite ihres Mannes nach Deutschland. An der heutigen Humboldt-Universität lehrte sie drei Semester lang amerikanische Literatur. Dabei unterlief ihr aber der „Fehler“, den Studenten zu empfehlen, „Marx als eine praktische Lösung für die Übel der Gegenwart zu studieren“. Sie wurde entlassen, fand aber ein

Auskommen am Heilschen Abendgymnasium, wo sie später weitere Widerstandskämpfer gewann.

In den bewegten Jahren um 1968 forderten Schüler, die Lehranstalt in Mildred-Harnack-Kolleg umzubenennen. Daraus wurde aber 2015 letztlich das Friedrich-Ebert-Gymnasium.

Die Harnacks pflegten sowohl Kontakte zur US-amerikanischen als auch zur sowjetischen Botschaft. Ihre Informationen aus der Finanzverwaltung Nazideutschlands gelangten zum US-amerikanischen Finanzminister Henry Morgenthau, aber auch über den direkten Weg des sowjetischen NKGB Aufklärers Arvid Harnack an die sowjetische Regierung. Seine Nachrichten erreichten den obersten sowjetischen Geheimdienstchef Lawrenti Berija, der am 21. Juni 1941 darauf mit folgender Bemerkung an den damaligen Generalsekretär der KPdSU Josef Stalin reagierte: „... Ich bestehe darauf, unseren Botschafter in Berlin, Dekanossow, abzuverufen und zu bestrafen. Er bombardiert mich ständig mit ‚Informationen‘ über einen angeblich von Hitler vorbereiteten Überfall auf die UdSSR. Jetzt teilt er mir mit, daß der Überfall morgen beginnt ... Jedoch, Josef Wissarionowitsch: Meine Leute und ich glauben fest an Ihre weise Voraussage, daß Hitler uns 1941 nicht überfallen wird.“

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion mußte die Widerstandsgruppe um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack neue Informationswege aufbauen. Dazu wurde sie mit Funkgeräten ausgerüstet. Es kam aber nur zu einer einzigen Testverbindung „1000 Grüße allen Freunden“. Der in Brüssel unter dem

Decknamen „Kent“ arbeitende Offizier des Nachrichtendienstes der Sowjetarmee (GPU) Anatoli Gurewitsch erhielt per Funk die Anweisung, die Ehepaare Kuckhoff und Schulze-Boysen aufzusuchen, um den Nachrichtenfluß wiederherzustellen. Praktischerweise wurden ihm die Adressen gleich mitübermittelt. Das ermöglichte es der Sonderkommission „Rote Kapelle“ der Gestapo fast die gesamte Berliner Widerstandsgruppe aufzurollen. Mildred Fish Harnack wurde mit ihrem Mann am 7.9. 1942 in Preil an der Kurischen Nehrung verhaftet. Sie wurden im Hauptprozeß vor dem Reichskriegsgericht angeklagt. Mildred Fish Harnack wurde lediglich Beihilfe zum Hochverrat und zur Spionage vorgeworfen. Sie wurde zu sechs Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Hitler persönlich hat dieses Urteil aufgehoben und eine erneute Verhandlung vor einem anderen Senat des Reichskriegsgerichtes gefordert. Dieses neue Gericht fällte das Todesurteil, das am 16. Februar 1943 in Plötzensee vollstreckt worden war.

19 Frauen wurden im Zusammenhang mit der Berliner Gruppe der „Roten Kapelle“ zum Tode verurteilt. Dieser Widerstandsgruppe gehörten auffällig viele Frauen an: 40 Prozent verzeichnet die Nazistatistik. Einige Frauen waren gewarnt und hatten die Chance, im sicheren Ausland zu verbleiben. Mildred Harnack sah jedoch ihre Pflicht im Widerstand: „Well it's not a question of how dangerous it is, I've got work to do, I'm not going.“ (Mein Handeln ist nicht eine Frage, wie gefährlich es ist, sondern was meine Pflicht ist. Ich bleibe.)

Frank Wecker
Leegebruch

Zur Hetze gegen die DKP und ihre Stadtverordnete

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen zwischen Grünen, SPD und Gießener Linke wird die DKP und ihre Stadtverordnete Martina Lennartz immer wieder als „verfassungsfeindlich, linksextrem und antisemitisch“ beschimpft. Vor allem FDP, CDU, Junge Union, Vertreter der Koalitionspartner Grüne und einzelne Journalisten benutzen diese Vorwürfe als Grund, die neue Koalition zu verteufeln. Keine dieser Verleumdungen trifft zu.

Zur angeblichen Verfassungsfeindlichkeit:

Das Grundgesetz schreibt kein bestimmtes Wirtschaftssystem vor, der Kapitalismus ist nicht gesetzlich geschützt. Artikel 15 läßt die Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln ausdrücklich zu. Einige Landesverfassungen, z.B. die Hessische, schreiben bestimmte Vergesellschaftungen sogar vor. Verfassungsfeindlich verhalten sich diejenigen, die Artikel 14 Abs. 2 tagtäglich verletzen. Dieser bestimmt,

daß Eigentum immer auch zum Wohle der Allgemeinheit verwendet werden soll – was von der DKP und anderen sozialistischen Kräften vergeblich eingefordert wird. Bei Verabschiedung des Grundgesetzes erklärte der damalige KPD-Vorsitzende Max Reimann, die Kommunisten würden dieses Gesetz gegen alle verteidigen, die es abschaffen oder verwässern wollten. Diese Prophezeiung hat sich oft bestätigt.

Zum Linksextremismus:

Die DKP ist radikal gegen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse, gegen Mietwucher, gegen Abbau demokratischer Rechte, gegen Bildungsnotstand, gegen Privatisierung von Kliniken, gegen Aufrüstung, Kriege und vieles andere. Sie verfolgt ihre Ziele aber ausschließlich mit legalen Mitteln – Zeitungen, Flugblätter, Infoständen, Demonstrationen, Teilnahme an Wahlen usw. Deswegen ist Sie radikal, aber nicht extremistisch.

Journalisten sollte diese Unterscheidung bekannt sein.

Zum Antisemitismus:

Dieser Vorwurf ist der absurdeste. Niemand kämpft so entschlossen wie die Kommunisten gegen alte und neue Nazis, gegen die gewalttätigsten Antisemiten. Viele, auch von bürgerlichen Kreisen geehrte, jüdische Antifaschisten waren oder sind Mitglieder und Funktionäre der DKP, genannt seien hier Emil Carlebach, Peter Gingold und die gerade verstorbene Esther Bejarano. Niemals hat die DKP das Existenzrecht Israels in Frage gestellt, sie unterhält freundschaftliche Beziehungen zu mehreren israelischen Organisationen. Wir solidarisieren uns aber auch, im Einklang mit vielen Resolutionen deUN, mit den unterdrückten Palästinensern. Wer diese Solidarität als Antisemitismus bezeichnet, verharmlost die realen Antisemiten und deren Anschläge auf in Deutschland lebenden Juden.

Kreisvorstand DKP Gießen

Aus „Gießener Echo“, Zeitung der DKP Gießen, August 2021

Der Umgang mit dem kolonialen Erbe in BRD und DDR

Außenminister Maas erklärte zum Abschluß der Verhandlungen mit Namibia in einer Pressemitteilung am 28. Mai: „Unser Ziel war und ist es, einen gemeinsamen Weg zu echter Versöhnung im Angedenken der Opfer zu finden.“ Ihm fiel es zu, der Weltöffentlichkeit gegenüber nach über 110 Jahren den Völkermord deutscher Kolonialtruppen an 65 000 Hereros und mindestens 10 000 Namas im über 10 000 km entfernten Afrika einzugestehen. „Wir werden die Ereignisse der deutschen Kolonialzeit im heutigen Namibia und insbesondere die Gräueltaten in der Zeit 1904 bis 1908 ohne Schonung und Beschönigung ... jetzt auch offiziell als Völkermord bezeichnen“, gab er zu Protokoll. Die Massaker offiziell als Völkermord anzuerkennen und das namibische Volk um Verzeihung zu bitten sowie den Nachkommen der Opfer mit einem auf 30 Jahre gestreckten Wiederaufbauprogramm in Höhe von 1,1 Mrd. Euro zu unterstützen, ist sicher nicht nichts, aber eigentlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Und es ist zu bezweifeln, daß diesem Schritt weitere folgen werden, da die Herrschenden wenig Interesse haben, die Büchse der Pandora zu öffnen. Der Genozid an den Hereros und Namas ist kein Einzelfall; er ist eingebettet in den deutschen Kolonialismus und seiner Kriege in der Zeit von Mitte der 1880er Jahre bis zum 1. Weltkrieg. Auch dessen Blutsprache gegen Chinesen im Boxerkrieg 1900, die Niederschlagung des Maji-Maji-Aufstandes mit 75 000 bis 300 000 Toten im Süden Deutsch-Ostafrikas 1905 bis 1907 ist kein Phänomen außerhalb ökonomischer Interessen und Ziele. Im „Kapital“ hat Karl Marx die Versklavung und Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung, die „Verwandlung von Afrika in ein Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute“ als die „Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära“ bezeichnet. Beim Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium setzte sich die koloniale Eroberungspolitik fort. Deutschland erlebte nach dem Sieg über Frankreich 1871 einen wirtschaftlichen Boom, für den die alten Absatzmärkte nicht genügten. Neue Chancen erblickten Lobbygruppen des Industrie- und Bankkapitals in der Kolonisierung Afrikas. 1884 wurde der Erwerb von Kolonien staatsoffiziell, dem sich zumindest rhetorisch die SPD widersetzte, weil sie damals – auf dem Boden des Marxismus stehend – noch wußte, daß die „moderne Staatsgewalt nur ein Ausschuß ist, der die gemeinschaftlichen Interessen der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet“, wie es in der Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus heißt. Deshalb fragte der SPD-Abgeordnete August Bebel 1889 im Reichstag: „Nun, wer ist denn diese Ostafrikanische Gesellschaft? Ein kleiner Kreis von Großkapitalisten, Bankiers, Kaufleuten und Fabrikanten, d. h. ein kleiner Kreis von sehr reichen Leuten, deren Interessen mit denen des deutschen Volkes gar nichts zu tun haben ... Wo immer wir die Geschichte der Kolonialpolitik in den letzten dreihundert Jahren aufschlagen, überall begegnen

wir Gewalttätigkeiten und Unterdrückung der betreffenden Völkerschaften ..., die nicht selten mit deren vollständigen Ausrottung endet.“

Derartige Zusammenhänge publik zu machen, sollte auch heute noch Aufgabe der Sozialdemokratie sein. Es dürfte auch nicht allzu weit von der Wahrheit entfernt sein, wenn es der BRD mit dem Eingeständnis des Genozids vor allem um ihr internationales Prestige ging.

Das staatsoffizielle Eingeständnis des Völkermordes an den Hereros und Namas ist mir Anlaß zu fragen, wie sich die beiden deutschen Staaten BRD und DDR zu den Unabhängigkeitsbestrebungen afrikanischer Staaten und zum Antikolonialismus verhalten haben. Bekanntlich erlangte Namibia nach dem Ende des deutschen Kolonialismus nicht die Unabhängigkeit, sondern kam unter das Joch des Apartheid-Staates Südafrika. Das Land erkämpfte sich seine Unabhängigkeit erst am 21. März 1990, wenige Tage nach der Volkskammerwahl der DDR, die das Ende des sozialistischen deutschen Staates beutete.

Zu dessen Staatsprinzip gehörte von Anfang an ein Beitrag zu leisten zur Überwindung des Kolonialismus, des Rassismus und jeder Form von Apartheid. Die Unterstützung der Völker Simbawes, Namibias und Südafrikas in ihrem Kampf um nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt war fester

Grundsatz der Politik der DDR. Vertreter afrikanischer Befreiungsbewegungen und der Staaten, die ihr Kolonialjoch abgeschüttelt hatten, wußten nur allzu gut, welcher der beiden deutschen Staaten ihnen zur Seite stand und welcher nicht.

Die Alt-BRD hätte angesichts der Verbrechen des deutschen Kolonialismus an der einheimischen afrikanischen Bevölkerung allen Grund gehabt, seit 1965 die SWAPO zu unterstützen. Das Gegenteil war der Fall. Ihre Hilfe wurde den Gegnern der Unabhängigkeit, des Antikolonialismus und Antirassismus zuteil. Der sozialistische deutsche Staat hatte dagegen sich zur Solidarität bekannt und finanzielle, militärische und humanitäre Mittel bereitgestellt und damit Namibias Weg in die Unabhängigkeit begleitet. Namibischen Kinder, die in Flüchtlingslagern lebten und deren Mütter, Väter und Geschwister ihr Leben bei mörderischen Militäraktionen, die das südafrikanische Apartheidregime gegen die SWAPO führte, verloren haben, sind noch heute dankbar dafür, daß sie in der DDR medizinisch versorgt wurden und eine Schul- und Berufsausbildung erhielten. Zur Wahrheit gehört, daß im Gegensatz dazu die BRD bis zum allerletzten Augenblick Apartheid, Rassismus, koloniale Unterdrückung Namibias billigend in Kauf nahm und zum Teil sogar aktiv unterstützte.

Dr. Hans-Jürgen Joseph
Berlin

WER ÄNDERUNG MÖCHTE, IST KEIN DEMOKRAT

Gutes und Böses verändern die Welt,
Die Bösen sogar den Garten Eden.
Gekämpft wird um Bodenschätze und Geld.
Auf Teufel komm raus wird schamlos verprellt,
Wer wagt, darüber ein Wörtchen zu reden.

Getäuschte Köpfe, verwirrte Leute,
Wie vorgestern, gestern, so leider auch heute.
Das Übel hat Ursach, der Grund heißt System.
Warum sie es mögen? Es lebt sich bequem
Auf Kosten der Schwachen in arm bitterer Welt:
Andre schufteten für sie und verlieren ihr Feld.

American Way, American Duty!
Der Traum von Reichtum und sorglosem Leben.
Catch as Catch Can und American Beauty,
Möglichst so schön wie einst Ornella Muti.
Nehmen ist Pflicht, erst zuletzt: bißchen geben.

Noch immer spielt Washington Weltpolizist,
Europa und NATO helfen streng akkurat,
In Sorge, damit alles bleibt wie es ist.
Amerika liebt zwar geschäftlichen Zwist,
Doch wer Änderung möchte, ist kein Demokrat.

Lutz Jahoda



Saigon ist frei!

Niemals vergessen werde ich den 1. Mai 1975. Mit meiner Frau und den Leitern von etwa zehn ausländischen Studentengruppen saß ich in der Berliner Karl-Marx-Allee bei der traditionellen Mai-Demonstration rechts neben der Haupttribüne. Doch an diesem Tag war alles anders. Denn am Vortag hatten die vietnamesischen Streitkräfte nach einem langen und opferreichen Krieg die US-Streitkräfte endgültig besiegt.

Ein Lied des Oktoberklubs, das in der Nacht zuvor entstand, erklang immer wieder über die Lautsprecher:

Mit dem Stein und mit der Schleuder
schlug einst David Goliath.
Heute schlägt er mit Raketen,
weil er Klassenbrüder hat.

Unsere Siegesfahnen wehen
auf der Straße, vom Balkon,
in Berlin, Hanoi und Moskau,
und von jetzt ab in Saigon!

Wenn es nach der Siegesfeier
wieder an die Arbeit geht,
brauchen Vietnams Genossen
unsere Solidarität!

Besonders eingeebnet hat sich der Kehrreim:

Alle auf die Straße,
Rot ist der Mai.
Alle auf die Straße,
Saigon ist frei!

Ich gebe zu, daß mir die Tränen kamen, denn zwei Jahre zuvor, wenige Tage, nachdem die USA bei den Pariser Verhandlungen verlauten ließen, sie würden nun ihre verheerenden Bombardements gegen Nordvietnam einstellen, wurde ich dorthin geschickt. Ich habe in der Parteihochschule in Hanoi vor allen Studenten gesprochen. Sie waren erst wenige Tage zuvor als Militäreinheiten aus dem Dschungel nach Hanoi zurückgekehrt. Die vietnamesischen Freunde besuchten mit mir das weit westlich gelegene Schlachtfeld von Dien Bien Phu, auf dem sie 1954 den französischen Kolonialisten und ihren zumeist deutschen Fremdenlegionären eine vernichtende Niederlage zugefügt hatten. Wir fuhren auch an die ehemalige Grenze zu Südvietnam und von Hanoi nordwärts bis zur Halong-Bucht unweit der chinesischen Grenze. Ich habe damals mit eigenen Augen gesehen, daß das Land von der US-Luftwaffe faktisch in eine Wüste verwandelt worden war. Kaum ein Haus in den Dörfern stand noch. Die Wälder waren mit giftigen Substanzen entlaubt. Vergiftet waren auch die Felder. Die langfristigen Folgen für große Teile der Bevölkerung waren absehbar. Die Bauern hausten notgedrungen in Erdbunkern. Waren sie auf ihren Äckern, so blickten

sie ständig zum Himmel, um sofort wieder untertauchen zu können, wenn erneut die US-Bomber kämen.

In Hanoi geleitete man mich zur früheren Wohnstätte Ho Chi Minhs, der 1969 – noch während des Krieges – verstorben war. Das war eigentlich kein Haus. Es war ein von Holzpfeilern getragenes Dach. Es gab keine Seitenwände, sondern lediglich Rollläden, die man je nach Wetterlage herunterlassen oder hochziehen konnte. Man sah dort einen Tisch mit einigen Stühlen, an dem Ho sich mit seinen engsten Mitstreitern zu Sitzungen traf. Ho saß an der Stirnseite. Links neben ihm auf einem kleinen Holzpodest stand ein Telefon und daneben lag – was mich überraschte – ein Stahlhelm der DDR-Streitkräfte. Ich begriff, daß diese Form des Helms ja der üblichen vietnamesischen kegelförmigen Hutform am ähnlichsten war. Gleich daneben sah man einen engen Einstieg in einen Keller. Ho Chi Minh schlief also ebenso wie die Bauern in einem Bunker.

Ich kaufte mir in einem Buchladen im Stadtzentrum ein englischsprachiges Buch mit Reden und Aufsätzen Ho Chi Minhs aus den Jahren 1920 bis 1969. Rasch wurde mir klar. Er folgte sein ganzes Leben lang ohne zu schwanken einer Maxime: „Es gibt nichts Wertvolleres als Unabhängigkeit und Freiheit!“

In seinem Testament legte er fest, daß nach seinem Tod weder große Gedenkveranstaltungen abgehalten werden sollten und weder Zeit noch Geld des Volkes dafür verwendet werden dürften.

Entlang der Bahnstrecke fuhren wir auf der danebenliegenden Straße in Richtung China. In den Gräben lagen zahlreiche Maschinen und Ausrüstungen, darunter viele aus der DDR, die die Vietnamesen bei den ständigen Bombardements aus den Waggons kippen mußten, um sie möglichst vor der Vernichtung zu retten. Nun waren sie bemüht, das Material zu sichten und möglichst seiner ursprünglichen Bestimmung zuzuordnen, soweit es noch verwertbar war. Das war offenkundig eine Sisyphusarbeit.

Mein Entsetzen wich – vorübergehend – erst, als ich auf einem Küstenschutzboot als Gast der vietnamesischen Seestreitkräfte die Halong-Bucht bis zum chinesischen Meer befahren durfte. Sie ist mit ihren wundervollen Kalkinseln und ihrem grünlich schimmernden Wasser eine der schönsten Landschaften, die ich je in meinem Leben sah. Der Kontrast zu den im ganzen Land sichtbaren fürchterlichen Verwüstungen war überwältigend.

Vor meinem Rückflug zeichneten die vietnamesischen Genossen mich zu meiner großen Überraschung und Freude mit der Medaille der Kämpfer von Dien Bien Phu aus. Sie gilt als das Gardeabzeichen Vietnams. Auf diese Medaille bin ich sehr stolz. Sie bedeutet mir mehr als all die anderen Orden, die ich in meinem Leben erhielt. Die Auszeichnung bezog sich nicht nur

auf meinen Vietnam-Besuch in schwieriger Zeit. Es gibt dazu eine Vorgeschichte, die ich kurz umreißen will.

Meine sehr innige Verbindung mit Vietnam war schon lange vor meinem Besuch geprägt durch die damals in der DDR kraftvolle und sehr lebendige Solidaritätsbewegung mit diesem heldenhaften Volk. Was mich betrifft, kann ich darauf verweisen, daß es dabei nicht nur um die regelmäßigen Solidargelder ging, die von der Mehrheit der Bürger unseres Landes gespendet wurden. Meine Motivation wies einige Besonderheiten auf. Nach dem Abitur war ich von 1959 bis 1961 Soldat der Nationalen Volksarmee und zwar bei den Luftstreitkräften, genauer bei den Radartruppen. Ich verfügte also über solide Kenntnisse auf dem Felde der Luftverteidigung. Als die USA dann während meiner Studentenzeit an der Humboldt-Universität in Berlin ihren verbrecherischen Luftkrieg gegen die Sozialistische Republik Vietnam begannen und ständig ausweiteten, hatte ich die Idee, unter den Mitstudenten nach Kameraden zu suchen, die über eine ähnliche Ausbildung verfügten. Ich hoffte, daß wir – nach dem Beispiel des Spanischen Bürgerkriegs – eine Keimzelle für eine internationale Brigade zur Unterstützung Vietnams im Luftkrieg schaffen könnten. In der Tat gelang es relativ rasch, ein Dutzend gleichgesinnte Mitstreiter zu finden.

Wir traten in Kontakt zur vietnamesischen Botschaft. Wir alle waren uns von Beginn an im klaren, daß es wenig sinnvoll sei, als Infanteristen in den vietnamesischen Dschungel zu ziehen. Doch in der Luftabwehr zu kämpfen, schien uns sinnvoll. Doch es kam anders. Auf einer Versammlung der SED-Parteioorganisation der Historiker der Humboldt-Universität, der Studenten und auch die Lehrkräfte angehörten, gab es scharfe und prinzipielle Kritik. Der Tenor war: Es sei völlig unverantwortlich, ohne vorherigen Beschluß der Parteiführung eine derartige Initiative zu ergreifen. Solche anarchistischen Eskapaden könnten nicht geduldet werden. Eine klare Selbstkritik meinerseits sei die mindeste Forderung, die ich zu befolgen hätte. Weitergehende Konsequenzen seien nicht auszuschließen. Ich habe damals, wie es üblich war, Selbstkritik geübt. „Geübt“ ist wohl die treffende Bezeichnung. Dennoch hatte ich auch damals unterschwellig das Gefühl, viele meiner Lehrer und Kommilitonen hielten meine Haltung eigentlich für gut.

Meine Mitstreiter und ich gelangten also Ende der 60er Jahre nicht in jenes Land, um dort unser Brudervolk im Kampf zu unterstützen. 1975, bei meiner Mission in Vietnam, war ich dann natürlich überrascht, daß die vietnamesischen Genossen so viel später noch wußten, was ich und meine Mitstreiter Jahrzehnte zuvor geplant hatten.

Auch deshalb wird mir dieses Land, solange ich lebe, immer sehr nahe sein.

Prof. Dr. Götz Dieckmann

„ROTFUCHS“ DOKUMENTIERT

Über Recht, Rechte und Regeln

Beitrag des Außenministers der Russischen Föderation Sergej Lawrow für die russische Zeitung „Kommersant“ vom 28. Juni 2021



Sergej Lawrow

(© www.mid.ru/)

Ein offenes und im ganzen genommen konstruktives Gespräch auf dem Gipfeltreffen der Präsidenten Wladimir Putin und Joe Biden am 16. Juni 2021 in Genf ist mit der Vereinbarung abgeschlossen worden, einen sachlichen Dialog über strategische Stabilität aufzunehmen – mit der äußerst wichtigen Feststellung, daß ein Atomkrieg nicht zugelassen werden darf, sowie dem Einverständnis, daß Konsultationen zum Thema Cybersicherheit, Tätigkeit der diplomatischen Missionen, Schicksal der Staatsbürger Russlands und der USA, die Strafen abbüßen, und zu einer Reihe regionaler Konflikte zweckmäßig sind. Dabei wies das russische Staatsoberhaupt deutlich darauf hin, auch öffentlich, daß ein Ergebnis in allen Richtungen ausschließlich durch das Finden eines gegenseitig annehmbaren Gleichgewichts der Interessen – strikt auf paritätischer Grundlage – möglich ist. Bei den Verhandlungen wurden keine Einwände zum Ausdruck gebracht. Doch fast unmittelbar nach ihrem Abschluß begannen US-Offizielle, darunter Teilnehmer des Genfer Treffens, damit, ihre früheren Positionen mit Nachdruck zu verteidigen – man habe Moskau „gezeigt, eindeutig gewarnt, auf die Forderungen hingewiesen“. Alle diese „Warnungen“ wurden von Drohungen begleitet – falls Moskau „innerhalb von einigen Monaten“ die ihm in Genf dargelegten „Spielregeln“ nicht annehme, werde es einem neuen Druck ausgesetzt. Natürlich wird man noch sehen, wie die erwähnten Konsultationen zur

Konkretisierung der Herangehensweisen zu den in Genf erreichten Positionen tatsächlich verlaufen werden. Wie Wladimir Putin auf der Pressekonferenz nach den Verhandlungen sagte: „Es gibt Dinge, an denen gearbeitet werden sollte.“ Die nach den Verhandlungen blitzschnell erläuterte frühere verkrustete Position Washingtons ist sehr anschaulich, zumal die europäischen Hauptstädte sofort damit begannen – indem sie die Stimmung des „Großen Bruders“ aufnahmen – ihm aktiv und gerne nach dem Munde zu reden. Das Wesen der Aussagen: Man ist bereit zur Normalisierung der Beziehungen zu Moskau, aber zunächst soll es sein Verhalten ändern.

Will der Westen nach wie vor nur das machen, was er für richtig hält?

Es gibt so ein Gefühl, daß der Chor zur Unterstützung des Solisten im voraus vorbereitet wurde und dieser Vorbereitung gerade die vor den russisch-amerikanischen Verhandlungen stattgefundenen Serie westlicher Veranstaltungen auf höchster Ebene gewidmet war – der G-7-Gipfel in Cornwall in Großbritannien und das NATO-Treffen in Brüssel sowie das Treffen Joe Bidens mit EU-Ratspräsident Charles Michel und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Diese Sitzungen wurden sorgfältig vorbereitet, so daß keine Zweifel mehr bleiben: Der Westen wollte, daß alle verstehen: Er ist wie nie zuvor einig und wird in den internationalen Angelegenheiten nur das machen, was er für richtig hält, und andere – vor allem Rußland und China – dazu bringen, dem von ihm angegebenen Kurs zu folgen. In den Dokumenten von Cornwall und Brüssel ist die Förderung des Konzeptes der „regulierten Weltordnung“ als Gegengewicht für universelle Völkerrechtsprinzipien, die vor allem in der UN-Charta festgeschrieben sind, fixiert.

„Regeln“ statt Völkerrecht?

Der Westen meidet die Deutung seiner „Regeln“ sowie der Fragen danach, wozu sie notwendig sind, während Tausende Instrumente des Völkerrechts vorhanden sind, zu denen sich alle verpflichteten und die eindeutige Verpflichtungen der Staaten und transparente Mechanismen der Prüfung ihrer Erfüllung enthalten. Das „Schönste“ an westlichen Regeln ist, daß sie gerade nichts Konkretes enthalten – sobald jemand gegen den Willen des Westens vorgeht, spricht er sofort von „Verletzung der Regeln“ (es werden keine Fakten vorgelegt) und von seinem „Recht, den Verletzer zu bestrafen“. Also, je weniger es konkrete Aspekte gibt, desto mehr Handlungsspielraum für Willkür gibt es zwecks Abschreckung der Konkurrenten mit unsauberen Methoden. In den „wilden“

neunziger Jahren hieß so etwas in Rußland, „nach den Regeln der kriminellen Welt vorzugehen“.

Wiedervereinigung der „westlichen Familie“

Die Reihe der Gipfeltreffen der G7, NATO und USA-EU-Treffen kennzeichnete nach Einschätzung ihrer Teilnehmer die Rückkehr der USA nach Europa und Wiederherstellung des Zusammenschlusses Europas unter Schutzherrschaft der neuen Administration Washingtons. Von der Mehrheit der Mitglieder der NATO und der EU wurde eine solche Wende nicht nur mit Erleichterung wahrgenommen, sondern waren von begeisterten Kommentaren begleitet. Die Ideengrundlage der Wiedervereinigung der „westlichen Familie“ war die Verkündung der liberalen Werte als „Leitstern“ der Entwicklung der Menschheit. Washington und Brüssel nannten sich selbst ohne überflüssige Bescheidenheit „Anker der Demokratie, des Friedens und der Stabilität“ als Gegengewicht zum „Autoritarismus in jeder seiner Formen“, indem unter anderem die Absicht angekündigt wurde, die Nutzung der Sanktionen im Interesse der „Unterstützung der Demokratie in der ganzen Welt“ zu verstärken. Für diese Ziele wurde Kurs auf die Umsetzung der US-Idee der Einberufung eines „Gipfels für Demokratie“ genommen. Es wird nicht verheimlicht, daß der Westen die Teilnehmer eines solchen Gipfeltreffens selbst auswählen und seine Aufgaben selbst bestimmen wird, die von den speziell ausgewählten Eingeladenen kaum bestritten werden. Es wird erwähnt, daß die „Spenden-Länder der Demokratie“ die „erhöhten Verpflichtungen“ zur flächendeckenden Festsetzung der „demokratischen Standards“ übernehmen und eigene Kontrollmechanismen für diese Prozesse ausarbeiten werden.

Neue englisch-amerikanische Atlantik-Charta

Zudem sollte man auch auf die am Rande des G-7-Gipfeltreffens am 10. Juni dieses Jahres von Joe Biden und Boris Johnson gebilligte neue englisch-amerikanische Atlantik-Charta aufmerksam machen. Sie wurde als aktualisierte Version des von Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill 1941 unterzeichneten Dokuments, das damals eine wichtige Rolle bei der Suche nach den Konturen der Nachkriegsweltordnung spielte, mit einem ähnlichen Namen präsentiert. Doch weder Washington noch London sagten etwas über eine sehr wichtige historische Tatsache: Der „ursprünglichen“ Charta schlossen sich vor 80 Jahren die Sowjetunion und mehrere europäische Exilregierungen an, weshalb sie anschließend

einer der Programmgrundsätze der Anti-Hitler-Koalition wurde und als einer der rechtlichen Prototypen der UN-Charta gilt. Die neue Atlantik-Charta ist ebenfalls als eine Art „Ausgangspunkt“ für den Bau der Weltordnung konzipiert, aber ausschließlich nach westlichen „Regeln“. Ihre Fassung ist ideologisch auf die Vertiefung der Trennungslinie zwischen den „liberalen Demokratien“ und allen anderen Staaten gerichtet und soll die „regelbasierte Weltordnung“ legitimieren. Die neue Charta enthält keine Erwähnungen der Vereinten Nationen bzw. OSZE, fixiert strikt das Festhalten des kollektiven Westens an den Verpflichtungen im Rahmen der NATO als de facto „einzig legitimen Zentrums für das Treffen von Entscheidungen“ (genau so bezeichnete der ehemalige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen 2014 die Bedeutung der NATO). Es ist klar, daß diese Philosophie auch als Fundament für die Vorbereitung des erwähnten „Gipfels für Demokratie“ gelegt wird.

Rußland und China – „Träger des Autoritarismus“?

Als größtes Hindernis auf dem Weg zur Umsetzung des auf den Gipfeltreffen im Juni erklärten Kurses sind Rußland und China als „Träger des Autoritarismus“ genannt worden. Zusammengefaßt werden zwei Gruppen von Ansprüchen erhoben – äußere und innere. Was äußere Ansprüche betrifft, wird Peking ein zu beharrliches Durchsetzen der eigenen Wirtschaftsinteressen (One Belt, One Road-Projekt), ein Ausbau der militärischen und insgesamt der technologischen Stärke zur Erhöhung seines Einflusses zum Vorwurf gemacht. Rußland wird „aggressive Politik“ in einer Reihe von Regionen vorgeworfen, wobei als solche de facto der Kurs Moskaus bei der Bekämpfung von ultraradikalen und neonazistischen Tendenzen in der Politik der Nachbarländer, die die Rechte der Russen sowie anderer nationalen Minderheiten unterdrücken, die russische Sprache, Bildung und Kultur ausrotten, dargestellt wird. Es gefällt auch nicht, daß Moskau sich für die Länder einsetzt, die zum Opfer westlicher Abenteuer und zum Ziel von Angriffen des internationalen Terrorismus mit dem drohenden Verlust der Staatlichkeit wurden, wie es in Syrien der Fall war. Doch das größte Pathos der angekündigten Herangehensweisen des Westens zielt ab auf den inneren Aufbau „nicht demokratischer“ Länder und die Entschlossenheit, diese nach dem eigenen Muster zu ändern, indem solche Änderungen im gesellschaftlichen Leben angestrebt werden, die der Vision der Demokratie, die von Washington und Brüssel vorangetrieben wird, entsprechen würden. Daraus ergeben sich Forderungen an Moskau und Peking (und alle anderen), den westlichen Anweisungen bei Fragen der Menschenrechte, Zivilgesellschaft, Opposition, Massenmedien, Funktionieren der Staatsstrukturen und dem Zusammenwirken zwischen den Instanzen mit Macht im Land zu folgen. Indem das eigene „Recht“, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zum Aufdrängen einer eigens

interpretierten Demokratie einzumischen, ausgerufen wird, verliert der Westen das Interesse am Gespräch, sobald wir vorschlagen, die Demokratisierung der internationalen Beziehungen zu besprechen, darunter Verzicht auf Hochmut und Bereitschaft zur Arbeit auf Grundlage allgemein anerkannter Völkerrechtsprinzipien statt „Regeln“. Mit dem Ausbau der Sanktionen und anderer Maßnahmen des illegalen Druckausübens auf souveräne Regierungen drängt der Westen einen Totalitarismus in den globalen Angelegenheiten auf, nimmt eine imperiale, neokoloniale Position gegenüber anderen Ländern ein – sie sollen bei sich zu Hause das notwendige Modell der Demokratie implementieren, und bei äußeren Angelegenheiten sollten sie sich keine Sorgen über Demokratie machen – wir werden alles selbst entscheiden, sie sollen sich gehorsam verhalten, andernfalls werden sie bestraft.

So ist der Kurs des Westens aussichtslos

Die Aussichtslosigkeit eines solchen kompromißlosen Kurses wird von vernünftigen Politikern in Europa und Amerika verstanden. Sie beginnen damit – wenn auch nicht immer öffentlich – pragmatisch zu reden, indem zugegeben wird, daß es in der Welt nicht nur eine Zivilisation gibt. Rußland, China und andere große Mächte haben eine eigene jahrtausendlange Geschichte, eigene Traditionen, Werte, Lebensweisen. Es ist aussichtslos, die Frage in den Mittelpunkt zu rücken, welche Werte besser bzw. schlechter sind, man sollte einfach das Vorhandensein anderer Formen der Gesellschaftsordnung als der westlichen als Gegebenheit anerkennen und wahrnehmen, sollte sie respektieren. Probleme mit den Menschenrechten sind überall zu finden, doch es ist die Zeit gekommen, die Position der eigenen Überlegenheit aufzugeben – ganz nach dem Sinne: Wir im Westen werden sie selbst regeln, weil wir Demokratien sind und sie noch unterlegen sind, man sollte ihnen noch helfen, womit wir uns ja befassen.

Messianismus hilft nicht weiter bei der Lösung realer Probleme

Vor dem Hintergrund der tiefgreifenden Veränderungen in der internationalen Arena, die ausnahmslos alle betreffen und deren Folgen bislang nicht vorausgesagt werden können, stellt sich die Frage, welche Form des staatlichen Aufbaus am effektivsten ist: nicht für Messianismus, sondern zur Eindämmung und Beseitigung der Bedrohungen, die keine Grenzen kennen und alle Menschen unabhängig von ihrem Lebensort betreffen. Im politologischen Umgang wird allmählich das Thema des Vergleichs der Instrumente der „liberalen Demokratien“ und „autokratischen Regime“ (bislang zwar bescheiden, doch es wird der Begriff „autokratische Demokratien“ genutzt) aufgenommen. Das sind nützliche Überlegungen, die natürlich auch von amtierenden seriösen Politikern berücksichtigt werden sollten. Denken, analysieren – das schadet nie. Die Entstehung einer multipolaren Welt ist Realität. Die Versuche, sie zu ignorieren, indem man

von sich behauptet, „einzig legitimes Zentrum für das Treffen von Entscheidungen“ zu sein, werden bei der Regelung nicht erfunder, sondern wahrer Probleme nicht helfen, zu deren Überwindung ein gegenseitig respektvoller Dialog unter Teilnahme der führenden Länder und unter Berücksichtigung der Interessen aller anderen Teilnehmer der Weltgemeinschaft notwendig ist. Das setzt voraus, sich bedingungslos auf die allgemein anerkannten Normen und Prinzipien des Völkerrechts abzustützen – Respekt vor der souveränen Gleichheit der Staaten, Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten, friedliche Regelung der Streitigkeiten, Anerkennung des Rechtes der Völker, ihr Schicksal selbständig zu bestimmen.

Der Westen will den Prozeß der Bildung einer polyzentrischen Welt bremsen ...

Der kollektive historische Westen, der innerhalb von 500 Jahren über alles dominierte, begreift sicher, dass diese Epoche unwiederbringlich vorübergeht, doch er möchte seine schwindenden Positionen bewahren, den objektiven Prozeß der Bildung einer polyzentrischen Welt bremsen. Daraus ergibt sich der Versuch, die neue Deutung der Multilateralität ideologisch zu begründen – wie das sich in der französisch-deutschen Initiative zur Förderung des „effektiven Multilateralismus“ zeigt, der nicht in der universellen Multilateralität der Vereinten Nationen, sondern in Idealen und Handlungen der EU verkörpert ist und als Vorbild für alle anderen dienen soll.

... und zwar mit seinen „Regeln“

Mit der Implementierung seines Konzeptes der „regelbasierten Weltordnung“ verfolgt der Westen das Ziel, die Diskussionen zu den wichtigsten Themen in die für ihn bequemen Formate zu verlagern, wo Nicht-einverstandene nicht eingeladen werden. Es werden enge „Plattformen“ und „Aufrufe“ gebildet, um im eigenen Kreis Anweisungen abzustimmen, die man anschließend allen anderen aufoktroiert. Zum Beispiel der „Aufruf zur Sicherheit im Cyberraum“, „Aufruf zum Respektieren des internationalen humanitären Rechts“, „Partnerschaft zur Unterstützung der Informationsfreiheit“. In jedem dieser Formate jeweils einige Dutzend Länder, die Minderheit der internationalen Gemeinschaft. Bei allen erwähnten Themen gibt es universelle Verhandlungsplattformen im UN-System, doch dort werden natürlich alternative Positionen zum Ausdruck gebracht, und sie sollten berücksichtigt werden. Es sollte nach einem Konsens gesucht werden, aber der Westen hält es für nötig, seine „Regeln“ festzusetzen.

Sanktionen in Mißachtung der UN-Charta

Gleichzeitig schafft die EU für jedes solche „Format von Gleichgesinnten“ den eigenen Mechanismus horizontaler Sanktionen – natürlich auch in Mißachtung der UN-Charta. Das Schema sieht so aus – die Teilnehmer der „Aufrufe“ und „Partnerschaften“ beschließen in ihrem engen Kreis, wer ihre Forderungen

in einem jeweiligen Bereich verletzt, und die EU belegt sie bereits mit Sanktionen. Bequem – man legt selbst Vorwürfe vor, man bestraft selbst, und man muß nicht in den UN-Sicherheitsrat gehen. Es gibt ja auch eine Erklärung – wir haben doch eine „Allianz der effektivsten Multilateralisten“, und wir bringen den anderen fortgeschrittene Erfahrungen bei. Und was die Frage angeht, daß es nicht demokratisch ist und den Prinzipien der wahren Multilateralität widerspricht, sagte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron am 11. Mai dieses Jahres, daß der Multilateralismus nicht die Notwendigkeit bedeute, Einstimmigkeit zu erreichen, die Position der „Zurückgebliebenen“ solle nicht ein Hindernis für die „ambitionierte Avantgarde“ der Weltgemeinschaft sein. Es sollte hervorgehoben werden: An Regeln an sich gibt es nichts Schlechtes. Im Gegenteil: Die UN-Charta ist ein Regelwerk, doch das sind die Regeln, die von allen Ländern der Welt und nicht im Rahmen eines engen Zirkels gebilligt wurden.

„Recht“ und „Regel“

Es gibt übrigens ein interessantes Detail: Im Russischen haben die Wörter „Recht“ und „Regel“ denselben Stamm. Für uns ist eine richtige und faire Regel untrennbar vom Recht. In den westlichen Sprachen ist es anders. Im Englischen sind das die Wörter „law“ („Recht“) und „rule“ („Regel“). Spüren Sie den Unterschied? „Rule“ gilt nicht mehr für „Recht“ (ich meine für allgemein anerkannte Gesetze), sondern dafür, welche Entscheidungen derjenige trifft, der regiert. Wir können auch sagen, daß „rule“ das stammverwandte Wort „ruler“ hat, und eine von seinen Bedeutungen ist „Lineal“. Das bedeutet, daß der Westen mit seiner Konzeption der „Regeln“ alle zwingen will, sich nach seinem „Lineal“ zu richten. Im Kontext der linguistischen und weltanschaulichen Traditionen sowie der Gefühle verschiedener Völker ist auch erwähnenswert, wie der Westen die rücksichtslose NATO-Erweiterung in Richtung der russischen Grenzen rechtfertigt. Wenn wir daran erinnern, daß der Westen der Sowjetunion einst versprochen hatte, dies würde nie passieren, antwortet man uns: Na, das waren doch nichts als mündliche Versprechen – es wurden keine Dokumente unterzeichnet. Naja, es ist nun einmal so: Im Westen gilt die sehr alte russische Tradition des Handschlags nicht: Man einigt sich ohne jegliche Dokumente auf etwas und hält auch Wort. Unter den Bemühungen um den Ersatz des Völkerrechts durch die westlichen „Regeln“ läßt sich die sehr gefährliche Tendenz zur Umdeutung der Geschichte bzw. der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs, der Beschlüsse des Nürnberger Tribunals beobachten, die das Fundament der modernen Weltordnung bildeten. Der Westen weigert sich, in der UNO Rußlands Resolution über Unzulässigkeit der Heroisierung des Nazismus zu unterstützen, lehnt unsere Aufrufe zur Verurteilung des Abrisses von Denkmälern für Europas Befreier ab. Man will auch die schicksalhaften Ereignisse der Nachkriegszeit vernachlässigen, unter anderem die

Verabschiedung der UN-Deklaration über Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, die von unserem Land initiiert wurde. Die einstigen Kolonialmächte wollen die Erinnerungen daran „ausradieren“ und sie durch in Hektik ausgedachte Zeremonien ersetzen, beispielsweise durch das Niederknien vor Beginn von sportlichen Wettbewerben, indem sie das Ziel verfolgen, Menschen von ihrer historischen Verantwortung für die Verbrechen des Kolonialismus abzulenken.

Die „regelbasierte Weltordnung“ verkörpert Doppelstandards

Die „regelbasierte Weltordnung“ verkörpert Doppelstandards. Wenn es für einen nützlich sein kann, wird das Recht der Völker auf Selbstbestimmung als absolute „Regel“ anerkannt. In diesem Zusammenhang sind die Malwinen-Inseln erwähnenswert, die 12 000 Kilometer weit weg von Großbritannien liegen, oder die Ansprüche von Paris und London auf ihre entlegenen Ex-Kolonien, die sie trotz zahlreicher Beschlüsse der UNO und des Internationalen Gerichtshofs haben, und dabei haben sie gar nicht vor, diese Territorien zu befreien; erwähnenswert ist auch das „unabhängige“ Kosovo – wider die Resolution des UN-Sicherheitsrats. Aber wenn das Selbstbestimmungsprinzip den geopolitischen Interessen des Westens widerspricht (wie das nach der freien Willensäußerung der Krim-Einwohner für das gemeinsame Schicksal mit Rußland der Fall war), „vergißt“ man es und verurteilt die freie Wahl der Menschen, die dafür mit Sanktionen bestraft werden.

Gefährdete Menschennatur

Die Konzeption der „Regeln“ kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß nicht nur das Völkerrecht, sondern auch die Menschennatur gefährdet wird. In manchen westlichen Ländern wird Schulkindern erzählt, daß Jesus Christus bisexuell gewesen wäre. Die Versuche vernünftiger Politiker, Kinder vor der aggressiven LGBT-Propaganda zu schützen, stoßen im „aufgeklärten Europa“ auf kampflustige Proteste. Dabei werden die Grundlagen aller Religionen, der Gencode der wichtigsten Zivilisationen der Welt angegriffen. Die USA führen die offene Einmischung des Staates in die Angelegenheiten der Kirche an, indem sie sich unverhohlen für eine Spaltung der globalen Orthodoxie einsetzen, deren Werte sie als großes geistiges Hindernis bei der Umsetzung der liberalen Konzeption der grenzenlosen Freizügigkeit betrachten. Die Beharrlichkeit, ja, die Sturheit, mit der der Westen seine „Regeln“ aufzwingt, ist einfach unglaublich. Es ist ja klar, daß es innenpolitische Überlegungen gibt, daß man den Wählern im Vorfeld von neuen Wahlen (und in den USA finden sie alle zwei Jahre statt) zeigen will, wie „cool“ man in der Außenpolitik ist, wenn es um Widerstand gegen „autoritäre Gegner“ geht. Aber das alles – „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ – geht doch auch aus der westlichen Phraseologie hervor. Ich weiß allerdings nicht, wie politisch korrekt es in Europa

inzwischen ist (im Genderkontext), das Wort „Brüderlichkeit“ zu verwenden, aber die „Brüderlichkeit“ hat vorerst niemand angegriffen. Und indem der Westen Gleichheit und Demokratie innerhalb von Staaten propagiert und von anderen verlangt, seinem Beispiel zu folgen, weigert er sich (das wurde schon früher erwähnt), die Aufgaben zur Sicherung der Gleichberechtigung und Demokratie in den internationalen Angelegenheiten zu besprechen.

„Diese Vorgehensweise ist den Idealen der Freiheit total fremd“

Diese Vorgehensweise ist den Idealen der Freiheit total fremd. Hinter dem Gefühl der eigenen Überlegenheit zeichnen sich Schwäche und Angst vor offener Diskussion nicht nur mit denjenigen ab, die einem immer nur gehorchen, sondern auch mit Opponenten, die andere Überzeugungen und Werte haben – nicht ultraliberale oder „Neokons“-Werte, sondern solche Werte, Traditionen und Glauben, die sie mit der Muttermilch einsogen bzw. von ihren Vorfahren geerbt haben. Die Konkurrenzfähigkeit von Ideen über die Weltentwicklung zu akzeptieren ist viel schwerer, als in einem engen Kreis (wo es keine grundsätzlichen Diskussionen gibt und wo dementsprechend die Wahrheit nicht entstehen kann) Rezepte für die ganze Menschheit auszudenken. Aber wenn man sich auf universalen Plattformen einigt, macht das solche Vereinbarungen viel zuverlässiger, stabiler und objektiv prüfbar.

Komplex der eigenen Außerordentlichkeit

Die westlichen Eliten, die den Komplex der eigenen Außerordentlichkeit haben, können diese Tatsache nur sehr schwer einsehen. Wie bereits erwähnt, haben die EU- und NATO-Spitzenpolitiker gleich nach den Verhandlungen der Präsidenten Wladimir Putin und Joe Biden Erklärungen gemacht, daß ihre Vorgehensweise gegenüber Rußland konstant bleibe. Mehr noch: Sie seien angeblich zur weiteren Verschlechterung der Beziehungen mit Moskau bereit. Dabei wird die EU-Politik immer häufiger von einer aggressiven antirussischen Minderheit bestimmt, was sich beim EU-Gipfel am 24. und 25. Juni in Brüssel voll und ganz bestätigte, auf dem die Perspektiven der Beziehungen mit Rußland besprochen wurden. Die Initiative Angela Merkels und Emmanuel Macrons zu einem Treffen mit Wladimir Putin wurde sofort begraben. Beobachter verwiesen darauf, daß die USA mit dem russisch-amerikanischen Treffen in Genf dieser Initiative quasi „grünes Licht“ gegeben haben, doch die baltischen Länder und Polen haben die Eigeninitiative von Berlin und Paris unterbunden (und die Botschafter Deutschlands und Frankreichs in Kiew wurden ins ukrainische Außenministerium einbestellt und gezwungen, sich für diese Eigeninitiative zu rechtfertigen). Zum Abschluß der Diskussionen in Brüssel wurde der Auftrag an die EU-Kommission und den Europäischen Außenpolitischen Dienst gegeben, neue Sanktionen gegen Moskau zu entwickeln – vorerst ohne Hinweise auf diese

oder jene „Sünden“, aber die Sanktionen sollen für alle Fälle parat sein. Und eventuell könnte man sich noch etwas einfallen lassen.

Auf die Unterwerfung anderer Regionen der Welt ausgerichtet

Weder die NATO noch die EU wollen ihre Politik verändern, die auf Unterwerfung anderer Regionen der Welt ausgerichtet ist, und schreiben sich selbst die globale „Messias“-Rolle zu. Die Nordatlantische Allianz beteiligt sich aktiv an der US-Strategie der „Indopazifischen Region“ (zwecks Eindämmung Chinas), die die zentrale Rolle des Asean in der sich seit Jahrzehnten etablierten offenen Architektur der asiatisch-pazifischen Kooperation zerstört. Die EU arbeitet ihrerseits an Programmen zur „Erschließung“ von benachbarten (und auch nicht gerade benachbarten) geopolitischen Räumen, ohne sich mit eingeladenen Ländern besonders zu beraten. So beispielsweise die „Östliche Partnerschaft“ und das von Brüssel vor kurzem gebilligte Programm in Bezug auf Zentralasien. Solche Vorgehensweisen widersprechen grundsätzlich den Vorgehensweisen der Integrationsvereinbarungen unter Beteiligung Rußlands: der GUS, der OVKS, der Eurasischen Wirtschaftsunion, der SOZ, die die Beziehungen mit ihren äußeren Partnern nur paritätisch und für beide Seiten nützlich entwickeln. Der Hochmut gegenüber anderen Mitgliedern der Weltgemeinschaft läßt den Westen auf der „falschen Seite der Geschichte“.

Rußland besteht auf einem gleichberechtigten Dialog

Ernsthafte und sich selbst achtende Länder lassen sich solche Ultimaten nicht gefallen und bestehen auf einem gleichberechtigten Dialog über alle möglichen Fragen. Was Rußland angeht, so hätte man schon längst verstehen müssen, daß unter den Hoffnungen darauf, daß man mit uns nur „in eine Richtung“ spielen kann, endgültig der Schlußstrich gezogen worden ist. Alle Beteuerungen der westlichen Hauptstädte, sie wären zu einer Normalisierung der Beziehungen mit Moskau bereit, wenn es Reue zeigt und sein Verhalten ändert, sind inzwischen sinnlos; und die Tatsache, daß man immer noch einseitige Forderungen an uns stellt, zeugt nur von der Unfähigkeit, die Situation adäquat zu bewerten.

Schutz der eigenen nationalen Interessen

Der Kurs in Richtung selbständiger und unabhängiger Entwicklung, nach dem Schutz der eigenen nationalen Interessen bei gleichzeitiger Bereitschaft zu gleichberechtigten Vereinbarungen mit äußeren Partnern bildet schon seit langem die Basis aller grundlegenden Dokumente der Russischen Föderation auf den Gebieten Außenpolitik, nationale Sicherheit und Verteidigung. Aber das praktische Vorgehen des Westens in den letzten Jahren (auch seine hysterische Reaktion auf Moskaus Verteidigung der Rechte von Russen nach dem blutigen Umsturz in der Ukraine 2014, den die USA, die NATO und die EU unterstützt hatten) zeugt davon, daß

man dort offenbar gedacht hatte, dies alles wäre nicht so ernsthaft – Rußland hätte seine Prinzipien verkündet, doch das wäre egal, und man müßte nur noch die Interessen der Eliten beschränken und personenbezogene finanzielle und andere branchenbezogene Sanktionen ausbauen – und Moskau würde sich besinnen und begreifen, daß es ohne „Veränderung des eigenen Verhaltens“ (sprich ohne Gehorsam gegenüber dem Westen) immer größere Schwierigkeiten bei der eigenen Entwicklung haben würde. Und selbst als wir klar und deutlich sagten, daß wir diese Linie der USA und Europas als neue Realität wahrnehmen und deshalb unsere Arbeit in der Wirtschaft und in anderen Bereichen unter Berücksichtigung der Unzulässigkeit unserer Abhängigkeit von unzuverlässigen Partnern fortsetzen werden, dachte man dort, Moskau würde sich am Ende des Tages besinnen und Zugeständnisse akzeptieren, um davon materiell zu profitieren. Ich muß abermals das betonen, was Präsident Putin schon häufiger sagte: Einseitige Zugeständnisse, wie das in den späten 1990er Jahren der Fall war, gab es seit dieser Zeit nie mehr und wird es auch nie mehr geben. Wer kooperieren und seine versäumten Profite und den verlorenen geschäftlichen Ruf zurückerobern will, muß am Verhandlungstisch Platz nehmen und darüber reden, wie wir aufeinander zukommen könnten, um faire Entscheidungen und Kompromisse zu finden.

Was der Westen verstehen sollte

Für den Westen wäre es prinzipiell wichtig zu verstehen, daß das russische Volk schon längst diese Lebensanschauung hat, welche die Ansichten der absolut meisten Einwohner Rußlands widerspiegelt. Diejenigen der „unversöhnlichen“ Opponenten der russischen Macht, auf die der Westen setzt und die Russlands Probleme in der „antiwestlichen“ Einstellung sehen und von uns einseitige Zugeständnisse verlangen, damit die Sanktionen abgeschafft werden und damit wir mit hypothetischen materiellen Profiten rechnen dürften, vertreten ein absolut marginales Segment unserer Gesellschaft. Auf der Pressekonferenz in Genf am 16. Juni erläuterte Präsident Putin klar und deutlich, welche Ziele der Westen bei der Unterstützung dieser marginalen Kreise verfolgt. Sie widersprechen der historischen Nachhaltigkeit unseres Volkes, das immer – und besonders in schweren Zeiten – seine Reife, seinen Selbstrespekt, seine Würde und seinen Nationalstolz sowie seine Fähigkeit zum selbständigen Denken zeigte und dabei offen für die restliche Welt blieb, wenn das gleichberechtigt und beiderseitig nützlich ist. Gerade diese Eigenschaften der Russen bildeten nach den Irrungen und Wirrungen der 1990er Jahre das Fundament der außenpolitischen Konzeption Rußlands im 21. Jahrhundert. Sie sind imstande, das Vorgehen ihrer Führung ohne Hinweise aus dem Ausland einzuschätzen.

Plattformen des Dialogs

Was die Perspektiven für die weiteren Beziehungen in der internationalen Arena angeht, so hat es immer Leader gegeben – und

es wird sie immer geben, aber sie sollten ihre Autorität unter Beweis stellen, Ideen vorschlagen und Menschen anführen, doch mit Hilfe ihrer Überzeugungskraft und nicht durch Ultimaten. Die natürliche Plattform für allseitig akzeptable Vereinbarungen ist und bleibt unter anderem die G20, die die alten und neuen führenden Wirtschaften vereinigt, insbesondere die G7, die Brics und deren Gleichgesinnte. Ein großes konsolidierendes Potential hat Rußlands Initiative zur Bildung der Großen eurasischen Partnerschaft durch Bündelung der Kräfte aller Länder und Organisationen des Kontinents. Für ein ehrliches Gespräch über die Schlüsselprobleme der globalen Stabilität hat Präsident Putin für die Einberufung eines Gipfeltreffens des „Quintetts“ der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats plädiert, die eine besondere Verantwortung für Frieden und Stabilität in der Welt tragen.

Demokratisierung der internationalen Beziehungen

Zu den Aufgaben zur Demokratisierung der internationalen Beziehungen und zur Festigung der Realität der polyzentrischen Weltordnung gehört die Reform des UN-Sicherheitsrats, der durch Länder aus Asien, Afrika und Lateinamerika gefestigt werden sollte, so daß die anomale Repräsentanz des kollektiven Westens in diesem wichtigsten Gremium der Vereinten Nationen ein Ende finden sollte. Unabhängig von den Ambitionen dieser oder jener Länder und von den Gefahren, die von diesen oder jenen Ländern ausgehen, wird unser Land auch weiter eine souveräne und unabhängige Außenpolitik ausüben, aber gleichzeitig immer eine vereinigende Tagesordnung in den internationalen Angelegenheiten auf Basis der Realität der kulturellen und zivilisatorischen Vielfalt der Welt voranbringen. Konfrontation – egal wie sie motiviert ist – ist nicht unsere Wahl. Präsident Putin betonte in seinem Artikel „Offen sein trotz der Vergangenheit“ vom 22. Juni 2021: „Wir können es uns einfach nicht leisten, die Bürde von früheren Mißverständnissen, Ärgernissen, Konflikten und Fehlern herumzuschleppen“ – und rief zur Sicherheit ohne Trennungslinien, zum einheitlichen Raum der gleichberechtigten Zusammenarbeit und der gemeinsamen Entwicklung auf. Diese Vorgehensweise ist durch die jahrtausendelange Geschichte Rußlands bedingt und entspricht voll und ganz den Aufgaben seiner heutigen Entwicklung. Wir werden auch künftig eine solche Kultur der zwischenstaatlichen Beziehungen fördern, die sich auf die höchsten Werte der Gerechtigkeit stützen und sowohl großen als auch kleinen Ländern eine friedliche und freie Entwicklung ermöglichen würde. Wir bleiben immer für einen fairen Dialog mit allen offen, die zur Suche nach einem Interessenausgleich bereit sind – auf der festen und unerschütterlichen Basis des Völkerrechtes. Das sind unsere Regeln.

Quelle: Außenministerium Moskau

Antikommunistische Legende entlarvt

Ein Buch Holger Michaels über den „Hitler-Stalin-Pakt“

2008 erschien die erste Auflage eines Buches von „RotFuchs“-Autor Holger Michael, das der Essener Verlag Neue Impulse nun unter dem Titel „Der ‚Hitler-Stalin-Pakt‘. Historische Wirklichkeit gegen propagandistische Täuschung“ neu herausbrachte. Der Autor hat den Band um zwei wichtige Kapitel erweitert.

Seine Grundthesen hatte er 2008 so zusammengefasst: Der Nichtangriffsvertrag zwischen dem faschistischen Deutschen Reich und der sozialistischen Sowjetunion von 1939 sei im Westen Grundlage für eine Legende geworden, „die zum ständigen Repertoire des weltweiten Antikommunismus wurde und inzwischen einen festen Platz im Geschichtsbewusstsein von Millionen Menschen eingenommen hat.“ Aus dem Vertrag wurde dabei ein „Pakt“, obwohl er keinerlei militärische Zusammenarbeit vorsah, die Vertragsunterzeichner Molotow und Ribbentrop wurden durch Stalin und Hitler ersetzt. Das suggeriere eine Kumpanei, die es nie gab. Der Vertrag habe aber von Anfang auch unter Kommunisten, Linken und Freunden der Sowjetunion nicht nur Befürworter gefunden. Heute lässt sich sagen: Je mehr die NATO Hetze und militärischen Aufmarsch gegen Rußland steigert, desto mehr wird diese Legende fundamentalistisch vertreten. Das fand 2019 mit der Ausrufung des 23. August zum „Europäischen Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nazismus“ durch das EU-Parlament seinen vorläufigen Höhepunkt.

Der Autor handelt sein Thema in sieben Kapiteln ab. Er beginnt mit einem Überblick über die sowjetische Außenpolitik vom März 1918, als „die russischen und ausländischen Konterrevolutionäre bis auf ein Fünftel“ das Staatsgebiet Sowjetrußlands besetzt hatten, bis zum März 1939, als die Hakenkreuzfahne über Prag wehte und Nazideutschland das litauische Memel (Klaipėda-)gebiet besetzte. Ermöglicht hatten das Frankreich und Großbritannien mit dem Münchner Abkommen vom September 1938. Im

zweiten Kapitel geht Michael dem polnisch-russischen Konflikt jener beiden Jahrzehnte nach und umreißt im Kapitel „Von Prag nach Moskau“ die unmittelbare Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages. Er weist die westlichen Darstellungen, Stalin habe eine Wahl gehabt, oder der Vertrag sei überraschend zustande gekommen, zurück, vielmehr sei „Polen den westlichen Interessen geopfert“ worden. Zudem vertritt er die Auffassung, das Geheime Zusatzprotokoll, dessen Existenz die Sowjetunion lange bestritt, habe kein Zusammenwirken von Wehrmacht und Roter Armee nach sich gezogen. Das Abstecken von Einflusssphären, das keine Annexion bedeute, sei legitim. Sein Fazit: „Hätte die UdSSR den Einmarsch unterlassen, so hätte man sie allein deshalb kritisieren müssen“ – trotz der tragischen Folgen für die polnische Bevölkerung.

Seine wichtigste neue Erkenntnis gibt Michael im Kapitel unter dem Titel „Der Ostslawische Volksaufstand in Ostpolen“ wieder. Dieser Aufstand werde in Polen und der BRD totgeschwiegen. Er nennt den Vormarsch der Roten Armee ab dem 17. September 1939 einen „Befreiungsfeldzug“ für die Ostslawen, d. h. Belorussen und Ukrainer, die es nach heutiger polnischer Betrachtungsweise nicht gegeben hat, sowie für Juden und Litauer. Ukrainische Nationalisten der OUN haben demnach am 12. September 1939 den Aufstand begonnen und dabei Massaker an ethnischen Polen verübt. Die Rote Armee sei vom größten Teil der von der OUN beeinflussten Bevölkerung herzlich begrüßt worden. Am 17. September 1939 hätten dann Belorussen unter Führung linker Politiker zu den Waffen gegriffen und mehrere Städte vor dem Eintreffen der Roten Armee erobert, wobei das Zentrum des Aufstandes auf dem Lande lag. Es habe sich nicht, wie oft dargestellt, um von der Sowjetunion entsandte „Diversanten“ gehandelt, sondern um Einheimische. Wo die polnischen Behörden dazu in der Lage waren,

reagierten sie brutal mit Niederbrennen von Dörfern und Erschießungen. Bis heute werde von der polnischen Rechten die antisemitische Lüge verbreitet, Juden seien beim Aufstand führend gewesen.

Als „Geschichtsfälschung“ entlarvt Michael sowohl das angebliche Militärabkommen zwischen Moskau und Berlin vom 20. September 1939 als auch die „Siegesparade“ von Wehrmacht und Roter Armee im belorussischen Brest: Nach anfänglicher Weigerung hatten demnach die Deutschen in der Festungsstadt einem Abzug zugestimmt, verlangten aber eine gemeinsame „Parade“. Das wurde abgelehnt, es gab einen Vorbeimarsch der beteiligten Truppen vor ihren Kommandeuren Kriwoschein und Guderian. Dennoch gehört die angebliche „Waffenbrüderschaft“ von Brest als Beleg für die Legende vom „Hitler-Stalin-Pakt“. Zugleich räumt Michael ein, daß es bei aller Illusionslosigkeit über die deutschen Absichten zu verbalen Freundschaftsbekundungen Moskaus kam, die „politisch, ideologisch und moralisch der UdSSR unwürdig“ waren – von ungerechtfertigten Äußerungen über den polnischen Staat bis zu Lobpreisungen Hitlers. Der Verfasser erinnert zugleich daran: „Faktisch ganz Europa arbeitete für die deutsche Kriegsindustrie, und massiver Widerstand dagegen war noch nicht erkennbar.“

Es gibt kaum eine andere deutschsprachige Publikation zu diesem Themenkomplex, die so kenntnisreich und detailliert den westlichen Geschichtsmethoden entgegentritt. Die Neuauflage von Michaels Buch entlarvt ein Kernstück der Propaganda, mit der die imperialistische Aggression gegen Rußland begleitet wird.

Arnold Schölzel

Holger Michael: Der „Hitler-Stalin-Pakt“. Historische Wirklichkeit gegen propagandistische Täuschung. Neue Impulse Verlag, Essen 2021, 260 Seiten, 14,80 Euro

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats September!

Zum 95. Geburtstag

Prof. Dr. Erich Kundel (Eggersdorf/Petershagen) am 23. September

Zum 93. Geburtstag

Erika Vetter (Dresden) am 5. September

Zum 92. Geburtstag

Heinz Herzog (Leipzig) am 8. September

Zum 91. Geburtstag

Wolfgang Supke (Gera) am 16. September
Werner Renkwitz (Berlin) am 22. September

Zum 90. Geburtstag

Dr. Horst Kirchner (Halle) am 7. September
Frank Röhner (Petershagen/Eggersdorf) am 12. September

Zum 85. Geburtstag

Ella Schleese (Frankfurt/Oder) am 6. September
Dieter Knoderer (Berlin) am 7. September
Joachim Engler (Erfurt) am 15. September
Gerhard Dollwetzel (Dresden) am 22. September
Dr. Klaus Blessing (Zeuthen) am 24. September
Roland Steinert (Bahretal, OT Nentmannsdorf) am 28. September

Zum 80. Geburtstag

Dieter Pfannenberger (Berlin) am 6. September
Uwe Becker (Camburg) am 13. September
Jürgen Richter (Crivitz) am 22. September
Dietrich Großmann (Berlin) am 24. September
Siegfried Heinrich (Gräfenhainichen) am 25. September

Heide Kranz (Lutherstadt Wittenberg)

am 26. September
Monika Ricker (Lüssow) am 28. September

Zum 75. Geburtstag

Wolfgang Selz (Bernau bei Berlin) am 3. September
Hans Sauer (Berlin) am 5. September
Bernd Großer (Hainichen) am 28. September

Zum 70. Geburtstag

Ditmar Hanke (Altendiez) am 1. September
Peter Möller (Rostock) am 2. September
Ralf Kauschke (Berlin) am 17. September
Dr. Peter Werth (Chemnitz) am 18. September
Gisela Vierrath (Cottbus) am 23. September

Zum 65. Geburtstag

Paul-Friedrich Köhn (Berlin) am 19. September

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

BUCHTIPS

Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben Zeitzeugen und Dokumente geben Auskunft

Für die führenden DDR-Militärs ist die Frage von der Geschichte beantwortet worden: Ohne die Maßnahmen des östlichen Bündnisses am 13. August 1961 wäre es zum Konflikt gekommen. Sie bewiesen dies mit Fakten und Dokumenten. Inzwischen sind sich alle, die sich ernsthaft mit dem 13. August 1961 und seinen Ursachen befassen, darin einig, daß die Maßnahmen eine latente Krise in Zentraleuropa beendeten, welche in einen Krieg zwischen West und Ost hätte münden können. Und ebenso darüber, daß die DDR-Regierung im Auftrag des Warschauer Vertrages und seiner Führungsmacht, der Sowjetunion, handelte.

Aus Anlaß des Jahrestages dieser Operation äußerten sich 2011 Heinz Kessler und Fritz Streletz, die Zeugen darüber ablegen konnten.



Edition Ost, aktualisierte Neuauflage mit
Abbildungen, 240 Seiten, 15 Euro,
ISBN 978-3-360-01897-7

Bei der NVA. Dienen bei der Fahne

Fast pünktlich zum 65. Jahrestag der NVA erschien im Berliner Verlag Bild und Heimat ein viertes Buch, welches sich mit Alltagserfahrungen des Lebens in der DDR befaßt. Diesmal nun „Bei der Fahne“. Spätestens seit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der DDR 1962 betraf das Thema (fast) jeden männlichen Einwohner über 18 Jahren. Ab 1964 wurden dann, als Wehersatzdienst, die sogenannten Spatensoldaten-Einheiten aufgestellt. 1990 ging das Kapitel NVA ziemlich unrühmlich zu Ende. Die überwältigende Mehrheit der Soldaten wurden in die neue kapitalistische Welt entlassen und Waffen und Ausrüstung von der Bundesrepublik in alle Welt verscherbelt. In fünfzehn Kapiteln werden von sehr unterschiedlichen Autoren, darunter Berufssoldaten, Grundwehrdienstleistenden, Zeitsoldaten und Wehrdienstverweigerern ihre persönlichen, sehr unterschiedlichen Erfahrungen geschildert. Ein sehr vielschichtiges Bild „unserer Armee“ ist dadurch entstanden. Wie schon die Vorgänger der Reihe sehr lesenswert.



Uli Jeschke

Verlag Bild und Heimat, Berlin 2021, 160
Seiten mit vielen Abbildungen, 14,99 €,
ISBN 978-3-95958-284-1

Erich Buchholz – Kleines Traktat über den Rechtsstaat

Erich Buchholz hat als Hochschullehrer Hunderte Juristen ausgebildet, von denen noch viele tätig sind, und er hat als Verteidiger nach 1990 die Interessen vieler Ostdeutscher vor bundesdeutschen Gerichten vertreten. Als Verteidiger in sogenannten „Mauerschützenprozessen“ wurde er schließlich selbst attackiert, seine Parteinarbeit für die DDR sah man ihm nicht nach. Die DDR hat viele bedeutende Anwälte und Strafverteidiger hervorgebracht, zu denen er unbedingt zu rechnen ist. Seine Erfahrungen als Jurist in zwei politischen Systemen vermittelte er in verschiedenen Publikationen. Im Jahr nach seinem Ableben hat sein Schüler und Verehrer Ralph Dobrawa eine Sammlung von Texten zusammengestellt, die prononciert die Unterschiede zwischen BRD- und DDR-Justiz zeigen und erklären, was dafür die Ursachen sind.



Ralph Dobrawa (Hrsg.), Verlag am park 2021,
133 Seiten, 12 €, ISBN 978-3-947094-99-8

Christ und Marxist Miszellen zu einem Dialog

Die gesellschaftliche Zielsetzung des Marxismus ist grundsätzlich der Kommunismus, der als eine der ältesten Ideen der Menschheit nicht im Widerspruch zur Christlichen Botschaft steht. Der seit 2013 im Amt befindliche Papst Franziskus greift auf diese Botschaft zurück, wenn er sich für eine Gesellschaft ohne Armut und Elend, ohne Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg einsetzt.

Von dieser revolutionären Haltung wird in zehn kleinen Aufsätzen zu verschiedenen Anlässen geschrieben. Das Denken von Konrad Farner, der als Marxist in Europa einer der Initianten des Dialogs Christ – Marxist war, wird in drei Texten über Atheismus, Karl Marx und Blaise Pascal dokumentiert. „Der Prozeß gegen die Neun von Catonsville“ (Daniel Berrigan SJ) beleuchtet die Rolle der Justiz im bürgerlichen Rechtsstaat und gibt zur Frage Anstoß, was von der Friedens- und Pflugscharbewegung in den USA und in Deutschland mit ihren Aggressionskriegen übriggeblieben ist. Der Artikel über den wegen seines Einsatzes für Gerechtigkeit vom indischen Faschismus inhaftierten P. Stan Swamy SJ handelt von der Ausstrahlung der lateinamerikanischen Befreiungstheologie nach Indien. Daß sich das „deutsche Wesen“ von Papst Benedikt XVI. in seiner Herrentheologie widerspiegelt und das katholische Verbot der Abtreibung auf dem Hintergrund der Unterscheidung von menschlicher



Würde und menschlichem Leben gesehen werden kann, wird erörtert. Zwei kleinere Artikel erläutern „Weihnachten“ und die Besitznahme der Peterskirche im Zentrum von Wien durch opus dei.

Gerhard Oberkofler, trafo Wissenschaftsverlag
2021, 221 Seiten, 16,80 €,
ISBN 978-3-864-64085-8

75 Jahre Potsdamer Konferenz – Höchste Zeit für Neubesinnung auf Entspannung und friedliche Zusammenarbeit

Aus Anlaß des 75. Jahrestages der Potsdamer Konferenz hat der Initiativkreis ein Sammelband zu der am 29. August 2020 in Potsdam durchgeführten Tagung herausgebracht. Die Teilnehmer wollen angesichts der seit Jahren wieder wachsenden zwischenstaatlichen Spannungen in der Welt, auch in Europa, ein politisches Signal aussenden: Wir brauchen internationale Verständigung, ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem und Abrüstung – in Gang zu setzen durch eine neue Entspannungspolitik.



WeltTrends, Potsdam 2021, 156 Seiten, 9,80 Euro,
ISBN 978-3-947802-77-7

Horst Stolarski Unterwegs in Südrussland

2019 machten sich zwei Männer 87- und 86jährig auf den Weg in den Süden Rußlands. Von Grozny über die Mineralwasserkurorte, den Elbrus hinauf, führte sie ihr Weg in das schöne Dombaital. Doch es ging noch weiter bis in die Olympiastadt Sotschi, nach Abchasien zum Riza-See, dem Neu-Athos Kloster und anderen Orten. Ein besonderes Erlebnis war die Fahrt über die neuerbaute Brücke auf die Krim, wo sie Jalta, Sewastopol und weitere Sehenswürdigkeiten und Gedenkstätten besuchten. Neben vielem Bekanntem gab es so manches Neue, das es zu entdecken gilt. Einzelne geschichtliche Einlässe sollen das Verständnis für das Leben vieler Völker auf engstem Raum und das Werden ihrer gesellschaftlichen Strukturen unterstützen. Das Buch weckt so manche Erinnerung bei denen, die das eine oder andere Mal in dieser Gegend weilten, und soll jene neugierig auf ein schönes und geschichtsträchtiges Stück Rußlands machen, in dem man sich ohne Barrieren wohlfühlen kann.



Paperback, 192 Seiten, davon 83 Farbseiten,
34,50 €, ISBN: 978-3-347-16766-7

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Über Theorie und Praxis des Klassenkampfes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Teil 1)

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

21. April 1977

Im Februar 1848 war das Kommunistische Manifest, die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Kommunismus, erschienen. Damit war der grundlegende Schritt von der Utopie zur Wissenschaft vollzogen, wenngleich das Manifest nur die ersten, noch sehr allgemeinen und dennoch prinzipiellen Vorstellungen vom Aufbau der neuen Gesellschaft enthielt, die gesetzmäßig durch den Kampf der Arbeiterklasse die kapitalistische Ausbeuterordnung ablösen würde.

Unter dem unmittelbaren Eindruck der Ergebnisse der 48er Revolution in Europa, vor allem in Frankreich und in Deutschland, vervollkommneten Karl Marx und Friedrich Engels in den folgenden Jahren das wissenschaftliche Kommunismusbild. In den Mittelpunkt rückten sie dabei die Rolle des proletarischen Staates als Hauptinstrument der Arbeiterklasse für die Ausübung der Macht.

1852 wurde Karl Marx' Arbeit „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ veröffentlicht, eine Streitschrift gegen Napoleon III., der 1851 durch einen Staatsstreich zur Macht gelangt war. In dieser Arbeit äußerte Marx in Fortsetzung der Ideen des Kommunistischen Manifests über die historische Mission der Arbeiterklasse zum ersten Mal jene berühmte Erkenntnis, daß das siegreiche Proletariat den alten Staatsapparat nicht einfach übernehmen kann, sondern ihn zerschlagen muß. Am 5. März 1852 – Marx beendete gerade die Arbeit am „Achtzehnten Brumaire“ – schrieb er in einem Brief an Joseph Weydemeyer, den Kampfgefährten aus der 48er Revolution: „... Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt, 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang

zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet.“¹ Die Revolutionstheorie der Arbeiterklasse war in entscheidender Weise bereichert, der grundlegende Gesichtspunkt in der Lehre vom Staat eindeutig formuliert worden.

Die Revolution von 1848/49 hatte aber nicht nur Karl Marx und Friedrich Engels zu neuen Erkenntnissen hinsichtlich ihres wissenschaftlichen Weltbildes verholfen. Unter ihrer Leitung war auch die erste revolutionäre Partei des Proletariats, der Bund der Kommunisten, entstanden. Die revolutionären Arbeiter hatten sich als eigene, von der Bourgeoisie unabhängige proletarische Bewegung mit eigenem Programm und Statut organisiert. Damit waren die beiden entscheidenden Voraussetzungen für den siegreichen Kampf um die neue Gesellschaftsordnung geschaffen: die wissenschaftliche Weltanschauung und die revolutionäre Partei.

Doch das Kommunistische Manifest kannten erst wenige; und der Bund der Kommunisten zählte zwischen 400 und 500 Mitglieder, verteilt vor allem über Deutschland, Frankreich und einige andere westeuropäische Länder. Im Ringen um die Verwirklichung des neuen, wissenschaftlich geprägten Bildes von der zukünftigen Gesellschaft ging es deshalb seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts zuerst einmal darum, die Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern und die wissenschaftliche Weltanschauung miteinander zu verbinden. Karl Marx und Friedrich Engels und bald auch einige ihrer unmittelbaren Schüler wie Wilhelm Liebknecht und später auch August Bebel in Deutschland konzentrierten darauf ihre Hauptaufmerksamkeit.

Der entscheidende Anteil fiel dabei Marx und Engels zu. Ihre Arbeiten seit den fünfziger Jahren waren dafür eindeutiger Beweis. Karl Marx und Friedrich Engels schrieben ihre großen Werke, in denen die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterbewegung weiter ausgeprägt und vertieft wurde, „Das Kapital“ zum Beispiel und den „Anti-Dühring“, Werke, die Inhalt späterer Sendungen sein werden. Sie entwickelten das wissenschaftliche Bild von der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft in solchen Arbeiten weiter wie in denen zur Würdigung der Pariser Kommune und zur Kritik des Gothaer

Parteiprogramms von 1875, über die gleichfalls an anderer Stelle zu berichten sein wird. Und sie rangen vor allen Dingen auch darum, die Kraft schaffen zu helfen, die diese neue Gesellschaft an der Spitze der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu erkämpfen in der Lage war: die revolutionäre Partei des Proletariats.

Nach der Revolution von 1848/49 war immer deutlicher geworden, daß die bisherigen Organisationsformen und die Kampfmethoden der revolutionären Arbeiterbewegung nicht mehr ausreichten. Marx und Engels selber hatten dafür gestimmt, den Bund der Kommunisten als die internationale Organisation der Arbeiterklasse aufzulösen, da er den neuen Klassenkampfbedingungen nicht mehr entsprach. Im Gefolge der kapitalistischen Industrialisierung war die Arbeiterklasse in einer Reihe von Ländern so angewachsen, daß in rascher Folge nationale Organisationen des Proletariats entstanden, nämlich Arbeiterbildungsvereine, Gewerkschaftsorganisationen, Konsumgenossenschaften und Arbeiterorganisationen anderer Art. Sie alle strebten danach, ihre Vorstellungen von einem besseren Leben, von einer zukünftigen gerechten und freiheitlichen Gesellschaftsordnung zu verwirklichen.

Die meisten dieser Organisationen aber standen unter dem Einfluß der liberalen Bourgeoisie, die solche Ziele durch pädagogische Experimente, durch Verbreitung von Bildung zum Beispiel, das heißt ohne Veränderung der Machtverhältnisse, zu verwirklichen trachtete. Doch so geleitete Organisationen konnten den Weg in die neue Gesellschaft nicht bahnen, konnten die Arbeiterklasse nicht zur Verwirklichung ihrer historischen Mission befähigen.

Auf die Tagesordnung der Geschichte war eine ganz andere Aufgabe getreten: Das Proletariat eines jeden Landes benötigte eine revolutionäre nationale Arbeiterpartei mit klarem internationalistischem, wissenschaftlichem Programm. Dieser großen historischen Aufgabe, deren Lösung über den Ausgang des Klassenkampfes zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie entscheiden mußte, stellten sich Karl Marx und Friedrich Engels. Durch ihre wissenschaftlichen Arbeiten und durch ihr politisches Wirken in den fünfziger und

sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts schufen sie die politischen und organisatorischen Grundbedingungen dafür. Zu diesem Zweck gründeten sie 1864 die Internationale Arbeiter-Assoziation, die I. Internationale. In der Inauguraladresse der IAA erklärte Karl Marx: „Um die arbeitenden Massen zu befreien, bedarf das Kooperativsystem der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und der Förderung durch nationale Mittel.“² Und an anderer Stelle: „Ein Element des Erfolges besitzt sie (*die Arbeiterklasse, RF*), die Zahl. Aber Zahlen fallen nur in die Waagschale, wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet.“³ Marx schloß die Inauguraladresse mit den berühmten Worten aus dem Kommunistischen Manifest: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“⁴

Drei große Aufgaben stellten Marx und Engels Mitte der sechziger Jahre in den Vordergrund, um der internationalen Arbeiterbewegung zum Kampf um die neue Gesellschaft die gehörige Grundlage zu geben:

1. Revolutionäre Organisation der Arbeiterbewegung auf nationaler Grundlage, das heißt Schaffung einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse in jedem Land.

2. Aneignung der wissenschaftlichen Weltanschauung des Proletariats durch diese Partei. Nur gründliche Kenntnis ermöglicht es ihr, die Arbeiterklasse zur Verwirklichung ihrer historischen Mission zu befähigen.

3. Eroberung der politischen Macht als Grundbedingung allen Erfolges beim Aufbau der neuen Gesellschaft.

Diese drei Aufgaben, die zutiefst internationalistischen Charakter hatten, mußten von der Arbeiterklasse jeweils im eigenen Land verwirklicht werden.

Die Aneignung dieser Erkenntnisse bestimmte den Hauptinhalt der revolutionären Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Das war die Periode der Herausbildung, des Wachstums und des Reifens sozialistischer Massenparteien mit klassenmäßiger proletarischer Zusammensetzung in vielen Ländern, die Periode der raschen Ausbreitung der kommunistischen Ideologie.

Auch in Deutschland wuchs nun die Arbeiterbewegung nach vorübergehender Stagnation auf Grund der Niederlage in der 48er Revolution stürmisch in die Breite; aber vielerorts – in den Arbeiterbildungsvereinen, den Konsumgenossenschaften und Gewerkschaftsorganisationen – besaßen vorläufig noch immer Vertreter der liberalen Bourgeoisie entscheidenden Einfluß. Langsam nur löste sich die Arbeiterbewegung von der Bourgeoisie. Das war vor allem Marx und Engels und unter ihrem Einfluß Wilhelm Liebknecht, August Bebel und anderen zu danken. Im Ergebnis dieser vielfältigen Anstrengungen erschien dann Ende der sechziger Jahre in Deutschland jenes Programm, in dem die revolutionären Arbeiter zum ersten Mal nach dem Kommunistischen Manifest und gestützt auf diesen Wegweiser ihre Vorstellungen von der neuen Gesellschaft entwickelten, das Eisenacher Programm. Im August 1869 war nach Eisenach ein Kongreß einberufen worden, um nach längerer Vorbereitungsarbeit, nach heftigen ideologischen Auseinandersetzungen eine revolutionäre Partei des deutschen Proletariats zu gründen, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. August Bebel hatte von den Einberufern des Kongresses den Auftrag erhalten, einen Programmentwurf auszuarbeiten. Der Parteitag nahm diesen Entwurf mit geringfügigen Änderungen an.

Das Eisenacher Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtete die Mitglieder, unter anderem für folgende Grundsätze einzutreten: Abschaffung aller Klassenherrschaft durch die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise; politische Freiheit zu erkämpfen als unentbehrliche Vorbedingung für die ökonomische Befreiung der arbeitenden Klassen; die Lösung der sozialen Frage als untrennbar von der Lösung der politischen Frage zu begreifen. Zu all dem sei erforderlich: eine einheitliche revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse, nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus aufgebaut, die sich selbst als Teil der internationalen Arbeiterbewegung betrachtet. Damit hatten die Grundideen des Kommunistischen Manifests, die Grundideen

der I. Internationale erstmalig in einer nationalen Arbeiterbewegung ihren programmatischen Ausdruck gefunden. Die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse hatte in den Grundzügen ihr Bild von der neuen Gesellschaft, die erkämpft werden sollte, formuliert.

Mit dem Eisenacher Programm beantwortete also die Sozialdemokratische Arbeiterpartei prinzipiell die viel diskutierte Frage: „Wie soll die neue, die sozialistische Gesellschaft aussehen?“ Das Sozialismusbild war zwar zunächst nur in groben Zügen skizziert, aber es wurde dennoch zum Inhalt des ideologischen und politischen Klassenkampfes des Proletariats. Karl Marx und Friedrich Engels hatten seit Bestehen der Internationalen Arbeiter-Assoziation dafür Sorge getragen, daß auf deren jährlich stattfindenden Kongressen sowohl die Grundfragen des Klassenkampfes zwischen Arbeit und Kapital als auch die des Aufbaus der neuen Gesellschaft beraten wurden. Das betraf solche Probleme wie die Notwendigkeit der Überführung der großen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, die Bedeutung des gesellschaftlichen Eigentums an Grund und Boden, die Staatsfrage, die Rolle der Partei im Klassenkampf, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und andere. Die Arbeiterklasse in jedem Land verlangte für ihren Kampf konkrete Antworten. Die Eisenacher unter Führung August Bebels und Wilhelm Liebknechts gaben sie für die deutschen Arbeiter mit ihren Mitteln – in vielerlei Hinsicht richtig, doch noch nicht in allen Grundfragen und noch nicht ausgereift. Dennoch: Karl Marx und Friedrich Engels bezeichneten die Eisenacher als „ihre Partei“. Der Grundstein zum Sieg des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung war gelegt worden.

Anmerkungen

- 1 Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 28, S. 508
- 2 Ebenda, Bd. 16, S. 12
- 3 Ebenda
- 4 Ebenda, S. 13

Kaltes DKP-Verbot vorerst gescheitert

Am 8. Juli entschied der Bundeswahlausschuß, daß die DKP nicht zur Bundestagswahl zugelassen wird. Sein Vorsitzender, der langjährige Beamte im Bundesinnenministerium und seit Oktober 2017 Chef des Bundesamtes für Statistik, der Jurist Georg Thiel, griff zum Vorwand, zu spät eingereichte Rechenschaftsberichte der DKP seien juristisch keine. Dem folgten bis auf einen die übrigen Mitglieder des Ausschusses – zwei Richter des Bundesverwaltungsgerichts und acht auf Vorschlag der Parteien berufene Beisitzer. Nur der Vertreter der Grünen stimmte dagegen, weil Thiels Standpunkt nicht vom Parteiengesetz gedeckt sei. Die Vertreterin der Partei Die Linke Constanze Portner, Leiterin des Bereichs Parteifinanzien in der Bundesgeschäftsstelle stimmte zu. Da mit der Nichtzulassung auch die Anerkennung der DKP als Partei bedroht

war, nannte deren Vorsitzender Patrik Köbele die Entscheidung ein „kaltes Parteiverbot“. Die DKP erhob Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht, das am 27. Juli mitteilte, es habe den Beschluß kassiert. Die Gefahr für die DKP ist damit nicht vorüber. Im Interview mit der DKP-Zeitung „Berliner Anstoß“ 3/2021 erklärte Patrik Köbele: „Wir wissen mittlerweile, daß es eine Verständigung zwischen dem entsprechenden Referat des Bundestags und dem Bundeswahlleiter gab. Da wurde quasi abgesprochen, uns den Parteienstatus zu entziehen.“

Nach dem 8. Juli erhielt die DKP in vielfältiger Weise Solidarität aus dem In- und Ausland. Gewerkschaften und Parteien aus rund 50 Ländern, Künstler, Juristen, Wissenschaftler und Gliederungen der Partei Die Linke forderten die Rücknahme des kalten Parteienverbots.

Die Solidaritätserklärung des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. lautete: „Die Ankündigung, die DKP nicht zur Bundestagswahl zuzulassen, ist Teil des reaktionären Staatsumbaus. Mit dem faktischen Parteiverbot wird ein großer Schritt zur autoritären Machtausübung getan, es handelt sich um einen Schlag gegen alle Demokraten der Bundesrepublik, gegen Gewerkschaften und Friedensbewegung. Wer Kommunisten verfolgt, will die Arbeiterklasse und letztlich jede Opposition unterdrücken. In einem imperialistischen Staat bedeutet das zugleich, daß die Herrschenden Krieg vorbereiten. Der ‚RotFuchs‘-Förderverein erklärt seine Solidarität mit der DKP. Das Verbot muß sofort zurückgenommen werden.“ Letzteres ist geschehen, aber es wird nicht bei diesem Versuch bleiben.

Arnold Schölzel

Worin unsere Stärke besteht ...

Für den historischen Übergang zu einem höheren Zivilisationstyp hat Karl Marx 1864 die zwei wichtigsten objektiven Anforderungen formuliert: „Um die arbeitenden Massen [3] zu befreien, bedarf das Kooperationsystem der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und der Förderung durch nationale Mittel. Aber die Herren von Grund und Boden [2] und die Herren vom Kapital [1] werden ihre politischen Privilegien stets gebrauchen zur Verteidigung und zur Verewigung ihrer ökonomischen Monopole. Statt die Emanzipation der Arbeit zu fördern, werden sie fortfahren, ihr jedes mögliche Hindernis in den Weg zu legen. [...]

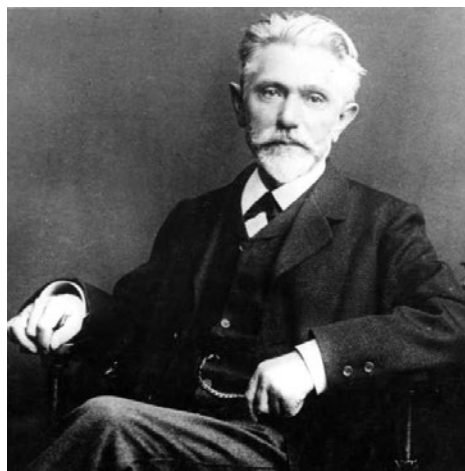
Politische Macht zu erobern ist daher jetzt die große Pflicht der Arbeiterklassen [in jedem Lande – E. K.]. Sie scheinen dies begriffen zu haben, denn in England, Frankreich, Deutschland und Italien zeigt sich ein gleichzeitiges Wiederaufleben und finden gleichzeitige Versuche zur Reorganisation der Arbeiterpartei [in Bezug auf die revolutionäre Entwicklung von 1848/49 – E. K.] statt. Ein Element des Erfolges besitzt sie, die Zahl. Aber Zahlen fallen nur in die Waagschale, wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet. Die vergangene Erfahrung hat gezeigt, wie Mißachtung des Bandes der Brüderlichkeit, welches die Arbeiter der verschiedenen Länder verbinden und sie anfeuern sollte, in allen ihren Kämpfen für Emanzipation fest beieinanderzustehen, stets gezüchtigt wird durch die gemeinschaftliche Vereitelung ihrer zusammenhangslosen Versuche.“¹

Die mit [1], [2] und [3] markierten Kräfte entsprechen in gewissem Maße den ersten drei Teilen oder Büchern von Marx' Plan der Kritik der Politischen Ökonomie von 1859: „Ich betrachte das System der bürgerlichen Ökonomie in dieser Reihenfolge: *Kapital, Grundeigentum, Lohnarbeit; Staat, auswärtiger Handel, Weltmarkt*.“²

Planmäßig und *bewußt* – so lauten die mit anderen Worten zusammengefaßten Hauptanforderungen an das Ringen um die Schaffung einer die kapitalistische Gesellschaftsformation ablösenden Gesellschaftsordnung der Zukunft.

Friedrich Engels hat als erster Anfang 1844 darauf aufmerksam gemacht. Er schrieb in seiner Abhandlung „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“, die er an Karl Marx nach Paris zur Veröffentlichung in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“ sandte: „Natürlich bestätigen diese Handelsrevolutionen [gemeint waren die seit 80 Jahren in England auftretenden Handelskrisen – E. K.] das Gesetz, sie bestätigen es im vollsten Maße, aber in einer andern Weise, als der [bürgerliche – E. K.] Ökonom uns glauben machen möchte. Was soll man von einem Gesetz denken, das sich nur durch

periodische Revolutionen durchsetzen kann? Es ist eben ein Naturgesetz, das auf der Bewußtlosigkeit der Beteiligten beruht. Wüßten die Produzenten als solche, wie viel die Konsumenten bedürften, organisierten sie die Produktion, verteilten sie sie unter sich, so wäre die Schwankung der Konkurrenz und ihre Neigung zur Krisis unmöglich. [...] Die Wahrheit des Konkurrenzverhältnisses



August Bebel entwarf 1869 das marxistische Programm der „Eisenacher“

nisses ist das Verhältnis der Konsumtionskraft zur Produktionskraft. In einem der Menschheit würdigen Zustände wird es keine andre Konkurrenz als diese geben. Die Gemeinde [oder Gemeinschaft – E. K.] wird zu berechnen haben, was sie mit den ihr zur Gebote stehenden Mitteln erzeugen kann, und nach dem Verhältnis dieser Produktionskraft zur Masse der Konsumenten bestimmen, inwieweit sie die Produktion zu steigern oder nachzulassen, inwieweit sie dem Luxus nachzugeben oder ihn zu beschränken hat.“³

Diese Grundposition erläuterte der junge Engels auch im Frühjahr 1845 in einer Versammlung in Elberfeld [heute ein Stadtteil von Wuppertal – E. K.]: „Solcher Handelskrisen haben wir in England seit dem Anfange dieses Jahrhunderts eine ganze Reihe und in den letzten zwanzig Jahren alle fünf oder sechs Jahre eine gehabt. Die letzten, die von 1837 und 1842, werden den meisten von Ihnen, meine Herren, noch deutlich in Erinnerung sein. [...]

Meine Herren, was ist der eigentliche Grund dieser Übelstände? Woraus entspringt der Ruin der Mittelklasse [d. h. Kapitalistenklasse – E. K.], der schroffe Gegensatz von arm und reich, die Stockung des [Handels-] Verkehrs und die daraus entstehende Verschwendung von Kapital? Aus keiner andern Ursache als aus der Zersplitterung der Interessen. Wir arbeiten alle, ein jeder für seinen eigenen Vorteil, unbekümmert um

das Wohl der anderen, und es ist doch eine augenscheinliche, eine sich von selbst verstehende Wahrheit, daß das Interesse, das Wohl, das Lebensglück jedes einzelnen mit dem seiner Mitmenschen [539] unzertrennlich zusammenhängt. [...]

In der kommunistischen Gesellschaft, wo die Interessen der einzelnen nicht einander entgegengesetzt, sondern vereinigt sind, ist die Konkurrenz aufgehoben. [...] Da man weiß, wie viel ein einzelner im Durchschnitt braucht, so ist es leicht zu berechnen, wie viel von einer gewissen Anzahl Individuen gebraucht wird, und da die Produktion alsdann nicht mehr in den Händen einzelner Privaterwerber, sondern in den Händen der Gemeinde [oder Gemeinschaft – E. K.] und ihrer Verwaltung ist, so ist es eine Kleinigkeit, die Produktion nach den Bedürfnissen zu regeln.“⁴

Etwa 1875/1876 schrieb Engels in der „Alten Einleitung“ zu seinem geplanten Werk „Dialektik der Natur“: „Mit dem Menschen treten wir ein in die Geschichte. Auch Tiere haben eine Geschichte, die ihrer Abstammung und allmählichen Entwicklung bis auf ihren heutigen Stand. Aber [...] soweit sie selbst daran teilnehmen, geschieht es ohne ihr Wissen und Wollen. Die Menschen dagegen, je mehr sie sich vom Tier im engeren Sinn entfernen, desto mehr machen sie ihre Geschichte selbst, mit Bewußtsein, desto geringer wird der Einfluß unvorhergesehener Wirkungen, unkontrollierter Kräfte auf diese Geschichte, desto genauer entspricht der geschichtliche Erfolg dem vorher festgestellten Zweck. [...] [324] [...] Erst eine bewußte Organisation der gesellschaftlichen Produktion, in der planmäßig produziert und verteilt wird, kann die Menschen ebenso in gesellschaftlicher Beziehung aus der übrigen Tierwelt herausheben, wie dies die Produktion überhaupt für die Menschen in spezifischer Beziehung getan hat. Die geschichtliche Entwicklung macht eine solche Organisation täglich unumgänglicher, aber auch täglich möglicher. Von ihr wird eine neue Geschichtsepoche datieren, in der die Menschen selbst, und mit ihnen alle Zweige ihrer Tätigkeit, namentlich auch die Naturwissenschaft, einen Aufschwung nehmen werden, der alles Bisherige in tiefen Schatten stellt.“⁵ Das ist eine bemerkenswerte Charakteristik der kommunistischen Gesellschaftsordnung mit ihrer sozialistischen Entwicklungsstufe.

Bewußt und *planmäßig* sind die hauptsächlichen Anforderungen für alle, die aktiv zum gesellschaftlichen Fortschritt beitragen wollen. Andere Bezeichnungen dafür sind z. B.: *kenntnisreich, folgerichtig organisierte* oder *klug kombiniert organisierte, vereinte und kenntnisreich geleitete notwendige Masse von Betroffenen oder Interessenten*.

1 K. Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation [Oktober 1864]. In: MEW, Bd. 16, S. 12/13.

2 K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort [1859]. In: MEW, Bd. 13, S. 7.

3 F. Engels: Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie [1844]. In: MEW, Bd. 1, S. 515, 516.

4 F. Engels: Zwei Reden in Elberfeld. I. [1845] In: MEW, Bd. 2, S. 538, 539.

5 F. Engels: Dialektik der Natur. Einleitung [1877]. In: MEW, Bd. 20, S. 323/324.

Das setzt eine massenverbundene begründete und einleuchtend dargelegte theoretische Einsicht in das Werden, Sein und Wesen der Lage der betreffenden Menschengruppen voraus.

Ist in der bürgerlichen Gesellschaft – im Gegensatz zur feudalen – das selbstbewußte *Ich* die grundlegende, wichtigste Ausgangstatsache, so ist dies in der sozialistischen, dem Anfangsstadium der kommunistischen Gesellschaft – im Gegensatz zur bürgerlichen – das klug kombinierte tätige und aneignende *Wir*.

Die Bewußtheit, Kenntnis oder theoretische Einsicht fällt mit der *modernen Weltanschauung* (oder Ideenlehre, Ideologie) zusammen, die aus *philosophischen, ökonomischen* und *politischen* Grundlehren über die gewordene Lage besteht, in der man sich aktiv verhalten will.

Der historische und logische Ausgangspunkt von Karl Marx und Friedrich Engels war die moralische Ausgangsposition, daß die Theorie den arbeitenden, werktätigen Massen helfen muß; Arbeiterklasse und Philosophie müssen ein Verhältnis haben wie Herz und Verstand (Intellekt, Vernunft).

Eine Weltanschauung oder Ideologie ist nur überzeugend, wirksam, wenn sie imstande ist, alle Dinge und Beziehungen einheitlich darzulegen, beginnend von ein und demselben Ausgangspunkt. Das heißt, eine solche einheitliche (monistische) Ideenlehre (Ideologie) hat eine größere Wirkung, einen größeren Einfluß als eine dualistische oder pluralistische Ideologie.

Der Ausgangspunkt des Marxismus, der modernen Weltanschauung, lautet: Es gibt eine objektive Realität (Materie), die sich in Zusammenhängen und Bewegung (Veränderung) befindet, die wir erkennen und zielgerichtet verändern können.

In diesem Satz haben wir drei philosophische Elemente ausgedrückt:

1. Philosophischen Materialismus
2. Materialistische Dialektik
3. Dialektisch-materialistische Erkenntnistheorie (dieses letzte Element ermöglicht den Übergang von der Philosophie zur Praxis.)

Wenn wir diese drei grundlegenden philosophischen Theorien für die Analyse der menschlichen Gesellschaft anwenden, erhalten wir die entsprechenden Elemente der allgemeinen marxistischen Soziologie oder den sogenannten Historischen Materialismus.

4. Soziales (Gesellschaftliches) Sein und seine Strukturen
5. Gesellschaftliches Sein und seine Veränderungen
6. Gesellschaftliches Bewußtsein

Ausgehend davon entwickelten und nutzten Marx und Engels in ihrer Analyse der menschlichen Gesellschaft folgende theoretische Positionen, die wir heute methodisch nutzen können, nämlich: a) Materialismus; b) Dialektik; c) Erkenntnisoptimismus; d) Humanismus; e) Naturalismus; f) spezifischen Individualismus; g) Solidarität, Demokratismus und Kommunismus; h) Internationalismus. Diese Positionen findet man in den Schriften von Marx und Engels seit Ende 1843. So hat man überblicksartig die *philosophische* Theorie des Marxismus erlangt.

Das Resultat dieser Theorie, daß die menschliche Gesellschaft Basis und Überbau besitzt, ist der Ausgangspunkt für die *ökonomische* Theorie des Marxismus, das heißt, die Theorie von der Herstellung (Produktion), dem Verkauf (Zirkulation) und der Verteilung (Distribution) der Produkte oder Mittel zum Leben.

Sie schließt die Erkenntnis ein, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse auf der einen Seite Armut und Elend für eine große Mehrheit der Gesellschaft hervorbringen und auf der anderen Seite Reichtum für eine relativ kleine Minderheit.

Dieses Resultat ist der Ausgangspunkt für die *politische* Theorie des Marxismus von der Vorbereitung, Durchführung und Sicherung der sozialistischen Revolution oder der Umwandlung einer kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft.

Auf diese logisch folgerichtige Struktur hat Friedrich Engels zum ersten Mal 1874 hingewiesen, nachdem 1869 in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands gegründet worden war: „Man muß den deutschen Arbeitern nachsagen, daß sie die Vorteile ihrer Lage mit seltnem Verständnis ausgebeutet haben. Zum ersten Mal, seit eine Arbeiterbewegung besteht, wird der Kampf nach seinen drei Seiten hin – nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen die Kapitalisten) – im Einklang und Zusammenhang und planmäßig geführt. In diesem sozusagen konzentrischen Angriff liegt gerade

die Stärke und Unbesiegbarkeit der deutschen Bewegung.

[...] Es wird namentlich die Pflicht der Führer sein, sich über alle theoretischen Fragen mehr und mehr aufzuklären, sich mehr und mehr von dem Einfluß überkommener, der alten Weltanschauung angehöriger Phrasen zu befreien und stets im Auge zu behalten, daß der Sozialismus, seitdem er eine Wissenschaft geworden, auch wie eine Wissenschaft betrieben, d. h. studiert werden will.“⁶

Vor allem nach dem Erscheinen von Engels' Artikelserie „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring)“ verband sich die Wirkungsgeschichte des „Kapitals“ von Karl Marx mit der anderer Schriften von Marx und Engels und wurde zur Wirkungsgeschichte des Marxismus überhaupt. Marx und Engels wurden spätestens nach Marx' Tod 1883 als bedeutendste Führer der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung anerkannt bzw. bekämpft. Nach dem Abbruch des „Kulturkampfes“ seitens Bismarcks gegen die katholische Kirche erließ Papst Leo XIII. 1878 die Enzyklika „Quod apostolici muneris“, in der zur „Abwehr der Pest des Socialismus“ und zur Ausrottung der „Giftpflanze des Socialismus mit der Wurzel“ aufgerufen wurde.⁷

Prof. Dr. Eike Kopf

6 F. Engels: Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu „Der deutsche Bauernkrieg“, 1874. In: MEW, Bd. 18, 516/517

7 Die von Marx und Engels begründete Weltanschauung bleibt in der öffentlichen Diskussion. Ende November 2007 veröffentlichte Papst Benedikt XVI. seine zweite Enzyklika „Spe salvi (Gerettet durch die Hoffnung)“. Seit der Entdeckung Amerikas und den Auffassungen von Francis Bacon seien in Europa die Kategorien Vernunft und Freiheit immer stärker in das Zentrum des Fortschrittsglaubens getreten, wie das anhand der Aufklärung, der Französischen Revolution oder der Philosophie von Immanuel Kant zu ersehen sei. „Das 19. Jahrhundert hielt am Fortschrittsglauben als neuer Gestalt menschlicher Hoffnung fest und sah weiterhin Vernunft und Freiheit als die Leitsterne an, denen man auf dem Weg der Hoffnung folgen mußte. Das immer schnellere Vorgehen der technischen Entwicklung und die damit verbundene Industrialisierung schuf aber nun eine gänzlich neue gesellschaftliche Situation: Es entsteht die Klasse der Industriearbeiter und das ‚Industrieproletariat‘, dessen grauenvolle Lebensbedingungen Friedrich Engels 1845 in einer erschütternden Weise geschildert hat [Gemeint ist das Buch „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ – E. K.]. Dem Leser mußte klar sein: Dies darf nicht bleiben. Veränderung ist nötig. Aber die Veränderung wird die ganze Struktur der bürgerlichen Gesellschaft erschüttern und umkehren. Nach der bürgerlichen Revolution von 1789 war eine neue, die proletarische Revolution fällig: Der Fortschritt konnte nicht einfach in kleinen Schritten linear weitergehen. Es brauchte den revolutionären Sprung. Karl Marx hat diesen Anruf der Stunde aufgenommen und mit sprachlicher und denkerischer Kraft diesen neuen großen – und wie er meinte – endgültigen Schritt der Geschichte zum Heilen hin – zu dem, was Kant ‚Reich Gottes‘ bezeichnet hatte – auf den Weg zu bringen versucht. Nachdem die Wahrheit des Jenseits verschwunden sei, gelte es nun, die Wahrheit des Diesseits zu etablieren. Die Kritik des Himmels verwandelt sich in die Kritik der Erde, die Kritik der Theologie in die Kritik der Politik [Gemeint: Marx' „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“ von 1844 – E. K.]. Der Fortschritt zum Besseren, zur endgültig guten Welt, kommt nun nicht mehr einfach aus der Wissenschaft, sondern von der Politik – von einer wissenschaftlich bedachten Politik, die die Struktur der Geschichte und der Gesellschaft erkennt und so den Weg zur Revolution, zur Wende aller Dinge weist. Marx hat mit eingehender Genauigkeit, wenn auch parteilich einseitig, die Situation seiner Zeit beschrieben und mit großem analytischen Vermögen die Wege zur Revolution dargestellt [Anspielung auf „Das Kapital“ – E. K.] – nicht nur theoretisch, sondern mit der kommunistischen Partei, die aus dem kommunistischen Manifest von 1848 hervorging, sie auch auf den Weg gebracht. Seine Verheißung hat mit der Klarheit der Analysen und der eindeutigen Angabe der Instrumente für die radikale Veränderung fasziniert und tut es noch immer wieder. Die ‚Revolution‘ ist denn auch eingetreten, am radikalsten in Rußland.“ (§ 20) Noch nie zuvor waren in einem päpstlichen Rundschreiben ausdrücklich z. B. die Namen von Engels oder Marx genannt und deren Standpunkt so ausführlich dargestellt worden. – Siehe zu dem gesamten Komplex der Wirkungsgeschichte des „Kapitals“ und des Marxismus überhaupt im 19. Jahrhundert das Buch von Eike Kopf: „Ein Buch geht um die Welt“. Zur Wirkungsgeschichte von „Das Kapital“. PapyRossa Verlags GmbH Köln 2016. ISBN: 978-3-89438-598-9, 307 Seiten.

Ehrfurcht vor dem Leben

Zum 100. Geburtstag des Gerichtsmediziners Otto Prokop

Wer sich mit der moderneren Rechtsmedizin der zurückliegenden 100 Jahre beschäftigt, kommt an ihm nicht vorbei: Otto Prokop, der am 29. September 1921 in St. Pölten in Österreich geboren wurde, prägte wie nur wenige dieses Fachgebiet und hinterließ bleibende Spuren.

Bereits 1940 begann er in Wien das medizinische Studium, was er durch den bald folgenden Einzug in die Wehrmacht erst nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus beenden konnte und mit einer Dissertation 1948 seine wissenschaftliche Laufbahn begann. Bereits fünf Jahre später habilitierte er sich und erhielt nach weiteren drei Jahren einen Ruf an die Berliner Humboldt-Universität, um dort nur wenige Monate später die Leitung des Instituts für Gerichtliche Medizin zu übernehmen. Diese Aufgabe erfüllte Prokop mit großem persönlichen Engagement bis zu seiner Emeritierung 1987. Dazwischen liegen mehr als drei Jahrzehnte Tätigkeit als Lehrstuhlinhaber, Fachbuchautor, Sachverständiger ...

Durch ihn und sein Wirken wuchs die Bedeutung der Rechtsmedizin ganz ohne Zweifel. Er verschaffte auch auf internationaler Ebene der DDR große Anerkennung auf seinem Fachgebiet. Von den zahlreichen Veröffentlichungen seien hier nur beispielhaft sein „Lehrbuch der gerichtlichen Medizin“ (1960) und der zusammen mit Waldemar Weimann herausgebrachte „Bildatlas der gerichtlichen Medizin“ (1963), der in mehreren Auflagen in der DDR und in der BRD erschien, genannt. Erst kürzlich wurde dieses Buch neu herausgegeben und stellt noch immer ein Standardwerk auf dem Gebiet der forensischen Medizin dar. Prokop hat hier seine wissenschaftlichen Erfahrungen bei der Sektion tausender Leichen mit seinem Hobby, dem Fotografieren, kombiniert. Auch das zusammen mit Wolfgang Reimann erstmals 1973 publizierte „Vademecum der Gerichtsmedizin“ wird in Gerichtsmedizinerkreisen noch heute gern benutzt.

Weit über die Fachweltgrenzen hinaus erlangte Otto Prokop Bekanntheit durch seine Tätigkeit als Sachverständiger in dem sogenannten Kälberstrick-Fall, dem Fall Hetzel. Dieser war 1955 in der Bundesrepublik wegen Mordes an einer jungen Frau verurteilt worden. Hetzel hatte sie zufällig kennengelernt und sich mit ihr zu einem „Schäferstündchen“ zusammengefunden. Hierbei verstarb diese plötzlich. Hetzel betonte stets seine Unschuld. Der damals bekannte Münsteraner Rechtsmediziner Ponsold hatte in dem Prozeß ein Gutachten zur Todesursache erstattet und kam zu dem Schluß, Hetzel habe die junge Frau mit einem Kälberstrick erdrosselt. Ein Wiederaufnahmeverfahren war erst erfolgreich, nachdem Professor Prokop mehr als ein Jahrzehnt später als Sachverständiger hinzugezogen wurde und dort wissenschaftlich fundiert

nachweisen konnte, daß kein Fremdverschulden am Tod der jungen Frau vorlag und die damals an ihr vorgefundenen Spuren durch seinen Kollegen Ponsold völlig falsch gedeutet wurden. Daraufhin mußte Hetzel 1969 freigesprochen werden. Nicht nur in Fachkreisen war das Gutachten von Prokop eine schallende Ohrfeige für seinen Kollegen aus Münster, was noch dadurch besondere Brisanz erlangte, daß Prokop aus der DDR kam und der zwischen in beiden deutschen Staaten bestandene Kalte Krieg zusätzlich für Zündstoff sorgte. Seine österreichische Staatsbürgerschaft spielte dabei nahezu keine Rolle.

Otto Prokop war ein erklärter Gegner von Okkultismus und Parapsychologie. Sein wissenschaftliches Wirken fand unter anderem darin Anerkennung, daß ihm mehrere Ehrendoktor-Titel verschiedener in- und ausländischer Universitäten verliehen wurden, er Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Leopoldina war. Er erhielt einige hohe staatliche Auszeichnungen, darunter auch den Nationalpreis.

Obgleich Otto Prokop österreichischer Staatsbürger war, lebte und arbeitete er seit 1956 in der DDR, der er sich auch innerlich sehr verbunden fühlte. Nach 1990 gab es leider auch aus Fachkreisen Menschen, die ihm gerade das übelnahmen.

Ich hatte bereits seit 1986 zu ihm Kontakt, der bis kurz vor seinem Tod anhielt. Während meines Studiums der Rechtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin gehörte auch das Gebiet der Rechtsmedizin im vierten Studienjahr überblicksmäßig zur Ausbildung. Auf diese Weise kam ich zusammen mit meinen Kommilitonen für mindestens ein Semester regelmäßig in das Institut für Gerichtliche Medizin.

Nach 1990 übernahm ich in meiner Eigenschaft als Strafverteidiger die Vertretung mehrerer ehemaliger Angehöriger der Grenztruppen der DDR, die wegen ihrer hoheitlichen Tätigkeit durch die bundesdeutsche Strafjustiz verfolgt wurden. Darunter auch ein Thüringer, der zusammen mit zwei weiteren damaligen Soldaten Anfang der 60er Jahre an der Staatsgrenze der DDR zu West-Berlin Dienst tat. Bei einem ungesetzlichen Grenzübertritt kam es zum Einsatz der Schusswaffe auf der Grundlage der geltenden Bestimmungen. Dafür sollten sich die drei mehr als 30 Jahre später vor dem Berliner Landgericht verantworten. Otto Prokop hatte seinerzeit den Leichnam obduziert, und so war es naheliegend, daß das Gericht ihn auch jetzt, 1995, hinzugezogen hatte. Zu dieser Zeit war er längst emeritiert und selbst zum Gegenstand politischer Diskriminierung geworden. An einem der angesetzten Prozeßtage wurde er, wie üblich, zu seinen Personalien befragt. Die damals relativ junge Vorsitzende des Schwurgerichts ließ ihn doch

tatsächlich seinen Namen buchstabieren und sich auch noch erklären, was der Zusatz „mult.“ bei einem Ehrendoktor bedeuten würde. Man merkte deutlich, daß sie offenbar von diesem weltweit bekannten Gerichtsmediziner noch nichts gehört hatte und erlaubte sich, ihn „wie einen Schuljungen“ zu behandeln. Otto Prokop ertrug dies mit seinem sprichwörtlichen österreichischen Charme und hielt eine etwa einstündige Vorlesung über Schusswaffenverletzungen, ihre Erkennbarkeit und die Bewertung der vorgefundenen Spuren. Ich war begeistert, wobei mir allmählich klar wurde, daß er auf diese Weise dem Gericht für die ungezogene Behandlung eine symbolische Ohrfeige verpaßte. Als ich mit Fragen an ihn an der Reihe war, nutzte ich die Gelegenheit, die Wertschätzung seiner Person in Fachkreisen mit einfließen zu lassen. Am Ende des Verhandlungstages kamen wir noch ins Gespräch. Mit Verbitterung erzählte er mir, daß auch er durch die neuen Machthaber mit Strafrechte bedacht worden war. Später gehörte er zu den Klägern gegen diese Diskriminierung vor dem Bundesverfassungsgericht.

Für mich war besonders wichtig, daß er mir beim Auseinandergehen vor dem Berliner Landgericht nicht nur seine Verbundenheit, sondern auch seine Unterstützung im Bedarfsfall zusicherte. Bereits 1998 kam die Situation, in der ich diese benötigte. Ich verteidigte damals in einem Mordprozeß, wo es maßgeblich auf die Feststellung des möglichst genauen Todeszeitpunktes ankam, da mein Mandant für weite Teile des in Betracht kommenden Zeitraumes ein Alibi hatte. Prof. Prokop schrieb: „Ihre wichtige Frage will ich sofort beantworten, denn ich sehe darin ganz einfach eine humanistische Pflicht. Ich habe Erfahrung nach etwa 45 000 Leichenuntersuchungen, oder sogar darüber.“ Dem Brief fügte er Kopien aus relevanten Fachbüchern zur Untermauerung seiner Position bei.

In einem Brief ein reichliches Jahr später klagte er, daß er im Institut, das er so lange geleitet hatte, inzwischen sehr stiefmütterlich behandelt werde. In einigen weiteren Verfahren gegen ehemalige DDR-Grenzer war er als Sachverständiger aufgetreten. Ich war fassungslos, daß der international renommierte Gerichtsmediziner dafür nur mit Zeugengeld entschädigt wurde – wie es etwa eine Kassierererin erhielt, die einen Ladendiebstahl beobachtet hatte und dazu vor Gericht gehört wurde –, obgleich er ein wissenschaftliches Gutachten erstattete. Ich erinnere mich gern an diesen großartigen Menschen und Wissenschaftler, dessen Verbundenheit auch meine Entwicklung auf besondere Weise bereichert hat. Nahezu sein Leben lang beschäftigte er sich mit dem Tod und doch war es für ihn zugleich die Ehrfurcht vor dem Leben.

RA Ralph Dobrawa

Deutschland braucht eine geschlossene Arbeitsrechtskodifikation

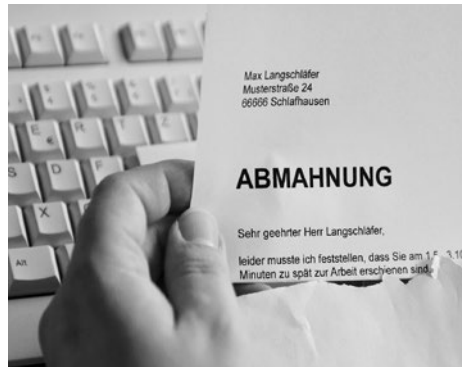
Die Geschichte der untauglichen Versuche, das bürgerliche Arbeitsrecht in Deutschland im allgemeinen, speziell das Arbeitsvertragsrecht, einheitlich zu regeln, läßt sich bis zum Ausgang des vorigen Jahrhunderts zurückverfolgen. Allen Kodifizierungsversuchen ist eines gemeinsam: Sie scheiterten oder wurden nicht weiterverfolgt, da der bürgerliche Staat letztlich kein Interesse an einer einheitlichen und übersichtlichen Kodifizierung des Arbeitsrechts hat.

Die notwendige Vereinheitlichung des Arbeitsrechts ergibt sich aus dem gespenstischen Bild, welches das Arbeitsrecht der Bundesrepublik gegenwärtig noch immer spiegelt.

Denn:

- Eine in sich geschlossene Kodifikation des gesamten Arbeitsrechts fehlt. Verschiedene Versuche, diesen Mangel zu beheben, sind bislang immer kläglich gescheitert.
- Wesentliche Grundrechte auf dem Gebiet der Arbeit, so das Recht auf Arbeit, das Streikrecht einschließlich des politischen Streiks, fehlen grundsätzlich im Grundgesetz.
- Tragende Überlegungen zum Arbeitsrecht werden von den bürgerlich-rechtlichen Leitgedanken des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Dienstvertrag bestimmt. Das Arbeitsverhältnis wird als schuldrechtliches Austauschverhältnis betrachtet. Das wird indessen dem Charakter der Arbeit und der Bedeutung der Arbeit in der Gesellschaft für die Entfaltung der Individuen und für die soziale Sicherheit und Geborgenheit in keiner Weise gerecht.
- Der Gesetzgeber nimmt seine Aufgaben auf dem Gebiet des Arbeitsrechts äußerst unvollkommen wahr. So ist z.B. die im Einigungsvertrag getroffene Festlegung bis heute, also seit über 30 Jahren, nicht verwirklicht, „...das Arbeitsvertragsrecht möglichst bald einheitlich neu zu kodifizieren ...“ (Art. 30, Abs. 1).
- Das Arbeitsrecht existiert in einer unübersehbaren Zahl von Einzelregelungen. Diese Zersplitterung macht es dem einzelnen Beschäftigten unmöglich, sich über Rechte, Ansprüche etc. zu informieren. Aber auch Unternehmer kleinerer Betriebe können sich eine Übersicht über ihre Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit der Betriebsführung kaum verschaffen.
- Die Regelungen selbst sind schwer verständlich. Von einer sprachlichen Kultur der Gesetzgebung kann ebenfalls nicht die Rede sein.
- Die Vernachlässigung der Gesetzgebung zwingt die Arbeitsgerichtsbarkeit, die zudem wie in Brandenburg weiter eingeschränkt werden soll, selbst rechtschöpferisch tätig zu werden. (...) Darunter leidet aber auch die Überschaubarkeit und Berechenbarkeit der

Rechtsprechung. Der Ausgang von Streitfällen mit vergleichbaren Sachverhalten kann von Gericht zu Gericht sehr unterschiedlich sein. Hinzu kommt aber auch



die oft zweifelhafte Vergleichspraxis vor allem in Kündigungsschutzprozessen.

- Unternehmensverbänden wie auch Gebietskörperschaften ist es möglich, sich von der Tarifbindung loszusagen. Betroffen sind davon besonders die neuen Bundesländer. Das führt unter anderem zu Lohnbedingungen, die trotz Vollbeschäftigung eine soziale Sicherung des Lebensunterhalts des Beschäftigten und seiner Familie nicht gewährleisten.
- Um die Einführung flächendeckender Mindestlöhne gibt es politische Auseinandersetzungen, die bislang eine einheitliche erforderliche Regelung verhindert haben.
- Das System der Leiharbeit und der befristeten Arbeitsverträge hat sich in bedrohlicher Weise ausgebreitet.

Das Arbeitsrecht ist heute auf ganz besondere Weise konfrontiert mit den Widersprüchlichkeiten und Konfliktfeldern der globalen Welt. Die Arbeitsrechtsentwicklung ist weitestgehend den „Selbstläufen“ der freien Marktwirtschaft überlassen.

Wie sieht die Realität aus?

Heute wird fast alles neben dem Recht verwirklicht. Willst du Arbeit haben und sie behalten, mußt du dich nicht um das Arbeitsrecht kümmern. Du unterschreibst den Arbeitsvertrag ohne vernünftigen Lohn, Hauptsache, du hast die Arbeit. Du streitest bei einer Kündigung vor Gericht, der Arbeitsplatz wird dir dennoch nicht zugesprochen. Du bekommst vielleicht eine Abfindung, die du dann versteuerst. Du traust dich nicht krank zu sein usw.

Gerade aus der Bedeutung des Arbeitsrechts für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse ergibt sich der politische Auftrag zur Schaffung eines einheitlichen arbeitsrechtlichen Gesetzeswerkes zumindest als mittelfristiges Projekt der Linken. Das sich jetzt neu

bildende Bewußtsein für Veränderungen des Arbeitsrechts erfordert ein gestaltendes Eingreifen in die Arbeitsrechtsentwicklung und das Wiederfinden in neuen Regelungen. Unser Arbeitskreis, dem viele ehemalige DDR-Juristen, wie z.B. Dr. Walter Rudelt, Vorsitzender des Senats für Arbeitsrecht beim Obersten Gericht der DDR, ehemalige Wissenschaftler, wie Prof. Schneider und Dr. habil. Hultsch, aktive Gewerkschafter, wie Jürgen Müller, Bundestagsabgeordnete wie Jens Petermann (ehem. MdB) aus Thüringen, Kommunalpolitiker wie Michael Reimann, dem Sohn des früheren Vorsitzenden der KPD Max Reimann, aber auch viele andere Sympathisanten und Mitstreiter angehörten und angehören, hat sich mehr als ein Jahrzehnt der Aufgabe gewidmet, ein einheitliches Arbeitsrecht in Form eines Arbeitsgesetzbuches anzustreben und als linkes Projekt durchzusetzen. Es gab dabei durchaus Lichtblicke, vor allem mit dem von unserem Gremium erarbeiteten Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Mindestbedingungen im Arbeitsverhältnis, den wir in der Bundestagsfraktion der Partei Die Linke, in einigen Landtagsfraktionen, aber auch auf dem Juristentag in München zur Diskussion stellen konnten. Zahlreiche Rückschläge bei der Umsetzung dieses Projektes, so die fast völlig fehlende Unterstützung durch die Partei Die Linke und deren Bundestagsfraktion, mit haltlosen Argumenten, wie die fehlende Mehrheit im Parlament oder die Überschrift „AGB“ erinnere an DDR-Verhältnisse, haben uns nicht von unserer Zielvorstellung abbringen können. Wir werden sie im Rahmen unserer Arbeit als Gesprächskreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung beharrlich weiterverfolgen.

Dr. Steffen Hultsch
Berlin

Redaktionell geringfügig gekürzt

Lebensbekenntnis

Jüngst meinte jemand, er sei so frei
Und müsse sich gar nicht bekennen.
Ich weiß nicht, wovon frei er sei?
Er mag vom Gewissen sich trennen.

Die großen Geister bekannten sich
Zur Wahrheit und Wissenschaft.
Vertraten diese öffentlich
Trotz Verfolgung, Schafott und Haft.

Sich heute bekennen muß jeder doch
Auch gegen Gesetze vom Staat,
Die am Lebensrecht üben Verrat.

Der Reichtum der wenigen immer noch
Sich stets auf die Ausbeutung gründet
Beweist, daß in Kriegen er mündet.

E. Rasmus

Die Akropolis im „besseren Teil von Deutschland“

Der Frühsommer 1954 kam in der Kalkgemeinde Rüdersdorf mit den üblichen Winden, die den weißgrauen Staub einer Dunstglocke gleich, auf alles was in seinem Einzugsbereich lag, verteilte. Auf dem Hasenberg, dem späteren Leninplatz und heutigen Kalkberger Platz war der kalkhaltige Staubbiederschlag geringer und genau an dieser Stelle erfolgte am 15. Juli 1954 die feierliche Grundsteinlegung für das Kulturhaus. Diesem Ereignis ging ein Besuch des späte-

Ernst Reißmann, beteiligten sich an freiwilligen Arbeitseinsätzen. Allein 350 000 Ziegelsteine wurden für das Fundament verbaut.

27 Monate später war die Eröffnung des repräsentativen Kulturpalastes, der den Namen „Martin Andersen Nexö“ erhielt. Als „Kulturhaus neuen Typs“ sollte es die Bedeutung der sozialistischen Kulturrevolution demonstrativ zum Ausdruck bringen. Anwendung fanden dabei die Projekte, die

Kulturschaffende aller Branchen verewigten sich im Gästebuch. Der Sänger Gunter Gabriel schrieb am 12. Oktober 1996 die inhaltsstarken Worte in das Buch: „Wie gerne ich doch bei Euch bin – hier im besseren Teil von Deutschland“. Insofern ist die Rüdersdorfer „Akropolis“, wie der Kulturpalast wegen seiner griechischen Säulenfassade auch genannt wird, ein unauslöschbares Symbol aus hoffnungsvollen Zeiten. Wie andere Bauwerke auch, hilft das Kulturhaus beim Blick auf die DDR, sich vor allem jener Schritte zu erinnern, die vorher niemand gegangen war.

Der erste Kulturhausleiter Kurt Groll erinnerte sich an die Eröffnung: „Es war ein feierlicher, historischer Augenblick, als das Werkorchester ‚Weihe des Hauses‘ von Beethoven spielte.“ Der Schriftsteller Willi Bredel, ein Freund von Martin Andersen Nexö, hielt die Festansprache. Herzlichst begrüßter Gast war die Witwe des dänischen Dichters. Mit der Ouvertüre zur Oper „Die Zauberflöte“ vollzog sich der festliche Einweihungsakt.“

Der erste Film, der im Haus lief, war Thorndikes „Du und mancher Kamerad“, und das Kleist-Theater Frankfurt (Oder) gastierte mit „Gasparone“ von Millöcker. Der Wunsch Willi Bredels, das Kulturhaus möge ein echtes Volkshaus werden, ging in Erfüllung. 70 000 bis 80 000 Besucher zählte die Einrichtung jährlich bis 1989.

Mit der Übernahme aller Immobilien der VEB Zementwerke Rüdersdorf durch die Readymix Zement GmbH erhielt auch das Kulturhaus diesen neuen Eigentümer. Gewinn war aber mit dem Kulturtempel nicht zu machen, so daß 1994 das Haus als „Schenkung“ ins Eigentum der Gemeinde überging. Bis auf 10 000 reduzierte sich die Gästezahl zu Beginn der 90er Jahre. Doch die engagierte Kulturhausleiterin Marina Krüger und andere brachten wieder Leben in das inzwischen sanierungsbedürftige Gebäude.

Das Kulturhaus gehört zu den größten seiner Art und hat es als solches schwer, dauerhaft am Leben zu bleiben. Ursprünglich waren diese DDR-typischen Bauten an Großbetriebe angebunden und lebten vom staatlichen Kulturbetrieb.

Als ein Zeugnis der DDR-Baukultur hat es das Kulturhaus allerdings in das Bundesprogramm „National wertvolle Kulturdenkmäler“ geschafft und wird entsprechende Fördermittel erhalten.

Die aktuelle Sanierung soll rund neun Millionen Euro (zwei Drittel aus Fördergeldern) kosten und 2022 beginnen. Nach der Fertigstellung sollen auch Tagungen im Kulturhaus stattfinden können und traditionelle Nutzungen wie der Karneval, Bälle und Veranstaltungen des Landkreises wieder in das Haus zurückkehren.

Heinz Pocher



Akropolis Rüdersdorf

ren Staatsratsvorsitzenden der DDR voraus. Es war am 6. September 1953 beim Arbeiter- und Bauerntag, als Walter Ulbricht in Rüdersdorf weilte und tausenden begeisterten Kundgebungsteilnehmern versprach, daß die Zementwerker bald ein eigenes Kulturhaus erhalten werden, gewissermaßen als Dankeschön für ihre schwere und erfolgreiche Arbeit. Zur gleichen Zeit hatte die Bauakademie einen Wettbewerb für Kulturhäuser ausgeschrieben und der Architekt Emil Leibold Modelle entworfen. Das Modell des künftigen Rüdersdorfer Kulturhauses wurde dann in allen Abteilungen des Zementwerkes ausgestellt und Meinungen dazu von den Werkträgern eingeholt.

Ab Frühjahr 1954 mußte Baufreiheit geschaffen werden, denn der zu dieser Zeit unbebaute Hasenberg war mit einem undurchdringlichen Dornengebüsch bewachsen. Allein die Freiwillige Feuerwehr Kalkberge rodete davon etwa 1200 Quadratmeter. Mit schwerer Technik des Zementwerkes erfolgte der Aushub des ebenen Fundamentes und am 15. Juli 1954, die Grundsteinlegung. Zahlreiche Schaulustige fanden sich täglich auf der Baustelle ein, um den Fortgang der Arbeiten zu beobachten. Viele Rüdersdorfer, unter ihnen auch der damalige Direktor des Werkes

das Kulturhaus als kompakten, ortsbildbeherrschenden Baukörper mit einem den Haupteingang betonenden Portikus unter Verwendung klassizistischer Architekturformen konzipiert hatten. Das so entstandene, auch als „Akropolis“ von Rüdersdorf bezeichnete Kulturhaus, ist ein geradezu beispielhaftes Zeugnis des repräsentativen Kulturpalastes in Anlehnung an klassizistische Theaterbautraditionen. Der tempelartige Eindruck wird dabei durch die in weißem Kunststein ausgeführten Fassadendetails, die eine Verwendung von Marmor suggerieren, verstärkt. So ist das Rüdersdorfer Kulturhaus mit seinen Pilastern, Kapitellen und Friesen ein „gebautes Denkmal“, dessen historische und baukünstlerische Bedeutung für die Architekturentwicklung in den 50er Jahren der DDR-Geschichte ebenso unumstritten ist, wie seine städtebaulich dominante Wirkung.

Ganz gleich aus welcher Richtung der A 10 man sich Rüdersdorf nähert, stets überragt unübersehbar das Kulturhaus „Martin Andersen Nexö“ die Silhouette.

Vor 1990 sind im Gästebuch Eintragungen von Willi Bredel und Christel Bodenstein ebenso zu finden, wie die von Helga Hahnenmann, Ireen Sheer oder den Wiener Sängerknaben. Auch Peter Sodann ist dabei.

Entscheidung mit bitterem Beigeschmack

„Wir bauen für Sie um“ prangt es neuerdings in großen Lettern aus den Schaufenstern des Kaufhauses der Galeria Karstadt Kaufhof (GKK) am Berliner Alexanderplatz. Das stimmt so nicht ganz. Eigentlich müsste es heißen: „Wir bauen für Sie an.“ Denn bis zum Jahr 2025 soll an der Hausecke Karl-Liebknecht-Straße/Dircksenstraße ein 134 Meter hoher Gebäudeturm herausgewuchert sein. Der Kapitalismus meißelt sich also an prominenter Stelle einmal mehr ein Denkmal mit Glasfassade, die sich leider nur allzu oft gleichen wie ein Ei dem anderen. Nach dem Abriß des Palastes der Republik wird künftig auch am Alexanderplatz mit diesem weiteren Umbauschritt immer weniger an das Stadtzentrum Berlins, wie es zu DDR-Zeiten existierte, erinnern. Und das dürfte pure Absicht sein.

Immerhin wird das neue Hochhaus 15 Meter flacher ausfallen als ursprünglich geplant. Sonst hätte es aus einigen Winkeln wohl den Blick auf den Fernsehturm versperrt. Gleichfalls soll das Hotel „Park Inn“, das einst legendäre Hotel Stadt Berlin mit dem höchstgelegenen Casino Europas, das größte Haus am Platze bleiben. Mehr war für den rot-rot-grünen Senat bei den Verhandlungen mit dem österreichischen Immobilienmagnaten Signa, der Eigentümer der GKK ist, nicht rauszuholen. Dabei hatte sich die Berliner Landesregierung jahrelang gegen einen solchen Anbau an das einstige Centrum Warenhaus gewehrt. Doch die virale

Weltwirtschaftskrise namens Corona sollte der Signa in die Hände spielen. Karstadt und Galeria Kaufhof befanden sich nach der Fusion und den damit verbundenen kostenintensiven Werbemaßnahmen nämlich auf dem aufsteigenden Ast. Bis über Berlin im März des vergangenen Jahres der erste

Kaufhäusern hingestellt. Dabei ist deren Bestand nun auch nicht bis in alle Ewigkeit garantiert. Denn die ausgehandelten Weiterführungsfristen für die Warenhäuser belaufen sich auf drei bis zehn Jahre. Davon sind die ersten zwölf Monate bereits um.

Nun gab es für den Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) und seine Mannschaft leider undichte Stellen beim Verhandlungspartner. Denn mehrere Vertreter der Signa haben eindeutig durchblicken lassen, daß sie die vier Kaufhäuser nur weiter hätten betreiben wollen, wenn sie im Gegenzug die Baugenehmigung für das Hochhaus am Alexanderplatz erhalten würden. Damit bleibt für den Senat in der ganzen Angelegenheit ein ganz bitterer Beigeschmack, nämlich der einer geglückten Erpressung durch die Wirtschaft. Die nach eigenen Angaben etwa 44 Milliarden schwere Signa hat der Berliner Landespolitik eindeutig gezeigt, wer in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung den Taktstock in der Hand hält. Und hier wäre es an der Zeit, gerade

auch für die Partei Die Linke, glasklare Alternativen aufzuzeigen. Für die Stadt Berlin bleibt am Ende nur das Fünkchen Hoffnung, daß der Alexanderplatz in Zukunft nicht noch mehr bautechnisch verschandelt und auch an diesem ganz zentralen Punkt der Hauptstadt Einwohnern und Besuchern Raum zum Durchatmen gegeben wird.

Rico Jalowietzki



„Centrum“ am Berliner Alexanderplatz: Einst sozialistisches Warenhaus, jetzt Spekulationsobjekt eines Immobilienhais

Lockdown verhängt wurde, der eine Schließung der Kaufhäuser nach sich zog. Und so schnell konnte kaum einer gucken, wie sich die GKK in der Insolvenz befand. Im Zuge der Firmensanierung sollten in der Hauptstadt sieben Filialen des Unternehmens geschlossen werden, am Ende waren es nun nur drei. Vertreter des Berliner Senats hatten sich im Sommer 2020 als die großen Retter der Arbeitsplätze in den betroffenen

Ohne Skrupel

Hinweise auf die Cum-Ex-Machenschaften gab es schon zu Amtszeiten des Finanzministers Eichel (1999–2005). Der politische Wille, diesem dubiosen Treiben ein Ende zu setzen, ist bis in heutige Zeiten schwerlich zu erkennen, was vermutlich an Verfilzungen mit dem Kerngewerbe im real existierenden Kapitalismus und kaum vorhandener bzw. zur Gegenseite abgewandelter Qualifikation zu erklären ist. Welcher Verachtung des eigenen „Rechts- und Sozialstaats“ bedarf es, solch asoziale Strategien ohne Skrupel zu betreiben, zumal die Branche sich nach global geplatzten Immobilienspekulationen (genannt Weltfinanzkrise) ungerührt mit Steuergeldern stützen ließ. Die Exekutive verharrte nicht

nur in Ignoranz, sondern ermunterte die Finanzjongleure mit Beurlaubungen u.a. gegen vier hessische Steuerfahnder, die hochkarätigen Steuerdieben auf die Spur kamen. Oder die Fälle des Hinweisgebers Gustl Mollath, der für Jahre in die Psychiatrie kam und nur zähneknirschend rehabilitiert wurde.

Jüngstes Beispiel ist der Auftritt des Ministers Scholz vor dem Hamburger Senatsausschuß betreffs der Warburg Bank, bei der er eine plötzliche Amnesie erlitt und nach Aussagen von Beisitzern nichts mehr zum Steuerraub der Bank in seiner Zeit als Hamburgs Oberbürgermeister sagen konnte oder wollte. Die Justiz wird jetzt gelobt, ob der Schaffung von Gerechtigkeit, aber

wie kann sie ohne kompetente Steuerverwaltung, die doch zuerst Kläger sein müßte, diese erreichen? Langjährige bewährte, zumindest formal rechtsstaatliche Abläufe sind bewußt mißachtet worden, und schwerstkriminelle Banker trieben ungehört die zuständigen Behörden vor sich her, anstatt umgekehrt. Viele Verantwortliche sitzen mittlerweile mit stattlichen Pensionen, vom Steuerzahler ganz automatisch alimentiert, im hochverdienten Ruhestand und empören sich gelegentlich noch über eine wachsende Politikverdrossenheit, die scheinbar auch „falsches“ Wahlverhalten größerer Teile der Bundesbürger auslöst.

Richard Jawurek
Markkleberg

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Monat September

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 4. September um 10 Uhr spricht Prof. Dr. Carsten Gansel (Literaturwissenschaftler und Hochschullehrer) zum Thema:

Beziehungen Rußland – Deutschland – Von der Historie bis zur Gegenwart

Ort: Mehrgenerationenhaus, Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Mecklenburg-Vorpommern – Nord/West

Am 8. September um 15 Uhr – Meinungsaustausch zu aktuell politischen Fragen und der bevorstehenden Bundestagswahl

Ort: Saal des Technologiezentrums, Alter Hafen 19, 23966 Wismar

■ Regionalgruppe Berlin-Lichtenberg

Am 8. September um 18 Uhr – Meinungsaustausch zu aktuell politischen Fragen und der bevorstehenden Bundestagswahl

Ort: Seniorentreff Miteinander-Wohnen e. V., Volkradstraße 8, 10319 Berlin

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am 10. September um 15 Uhr

– Podiumsdiskussion mit dem Bundestagdirektkandidaten der Partei Die Linke Stefan Kunath, Wahlkreis Frankfurt (Oder)/Oder-Spree

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstr. 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ „RotFuchs“-Gruppe Zwickau

Am 11. September um 10.30 Uhr spricht Prof. Dr. Eike Kopf zum Thema: **Chinas wachsender internationaler Einfluß – Wie positionieren wir uns zur VR China?**

Ort: Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 08056 Zwickau

■ „RotFuchs“-Gruppe Luckenwalde

Am 18. September um 10 Uhr spricht Dr. Ulryk Gruschka zum Thema: **Chinas Kampf um den Sozialismus, eine Herausforderung für die westliche Welt**

Ort: Begegnungsstätte „Haus Sonnenschein“, Schützenstraße 37, 14943 Luckenwalde

■ Regionalgruppe Rostock

Am 18. September um 10 Uhr – Podiumsdiskussion mit Raimund Ernst (Publizist) zum Thema: Bundestagswahlen 2021 & Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern – Kampf um den Frieden zentrales Anliegen

Ort: Haus der Vereine Evershagen, Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 21. September um 18 Uhr – Aussprache zu den inhaltlichen

Schwerpunkten der nächsten Bildungsveranstaltungen

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Bitterfeld-Wolfen

Am 22. September um 13 Uhr spricht Oberst a. D. Bernd Biedermann zum Thema: **Die militärische und politische Situation in der heutigen Welt. Kampf um den Frieden ist zentrales Anliegen.**

Ort: Kulturhaus der Stadt Bitterfeld-Wolfen(Vereinszimmer), Puschkinplatz 3, OT Wolfen, 06766 Bitterfeld-Wolfen

■ Regionalgruppe Schwerin

Am 23. September um 16 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Verlässliche Friedenspolitik in der Einheit von Wort und Tat muß der gemeinsame Nenner für das Zusammenwirken aller Linken sein.**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Harz

Am 24. September um 15 Uhr spricht Peter Jehnichen zum Thema: **Aktuelle Lage in Kuba und Venezuela**

Ort: Burchadikloster, Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Erfurt-Weimar

Am 25. September um 11 Uhr spricht Dr. Jörg Hoffmann zum Thema: **Die ökonomischen Kräfteverhältnisse in der Welt und die daraus folgenden Einflüsse auf die internationale Politik.**

Ort: ClubgaststätteTC Erfurt 93, Binderslebener Landstraße 140, 99092 Erfurt

■ Regionalgruppe Berlin-Hohenschönhausen

Am 29. September um 18 Uhr spricht Oberst a. D. Bernd Biedermann zum Thema: **Die militärische und politische Situation in der heutigen Welt. Kampf um den Frieden zentrales Anliegen**

Ort: Nachbarschaftshaus im Ostseeviertel, Ribnitzer Straße 1 B, 13051 Berlin

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 29. September um 18 Uhr spricht Prof. Dr. Ekkehard Lieberam, Vorsitzender des Marxistischen Forums Sachsens, zum Thema: **Ergebnisse der Bundestagswahl 2021. Schlußfolgerungen für die politische Bildungsarbeit**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Potsdam

Am 7. Oktober um 18.30 Uhr – Wahlversammlung der Regionalgruppe Potsdam

Ort: Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstattcenter), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

Bitte die aktuellen Hygienevorschriften beachten

Barlach: Der Schwebende

Die Zeit stand still
Als Bomben fielen
Kanonen dröhnten
Soldaten schossen
Menschen starben
So war der Krieg
Die Zeit war leer
Die Luft war grau
Die Himmel rot
Die Flüsse schwarz

Millionenfacher Tod
Ich schwebe hier
Die Augen zu
Ich schau in mich
Ich sehe die Zeit
Unendlich Leid
Und mahnt den Mensch
Zur Friedlichkeit

Karin Schumann, Bremen





In der Knebelung fortschrittlicher Kräfte haben deutsche Behörden inzwischen Routine. Ich erinnere an die VVN-BdA, die Rote Hilfe oder die Tageszeitung junge Welt. Zugleich sollte man nicht vergessen, daß die Partei „Der III. Weg“ vom gleichen Wahlausschuß zur Bundestagswahl zugelassen wurde, obwohl der Verfassungsschutz sie als rechtsextrem einstuft. Er bescheinigt ihr einen deutlichen Einfluß von Neonazis.

Wie sich jüngst zeigte, dauert diese Hexenjagd gegen links bis heute an. 80 Tage vor der Bundestagswahl 2021 beschloß der sogenannte Wahlausschuß, die DKP nicht zur Bundestagswahl zuzulassen, weil sie die Rechtsstellung als Partei verloren habe. Offensichtlich muß die Angst vor ihr in diesem kapitalhörigen Staat doch groß sein. Das zeigt aber, daß die DKP mit ihrer Politik richtig agiert.

Für mich war die Ankündigung, die DKP nicht zu den Wahlen zuzulassen, ein drohendes Parteiverbot durch die Hintertür. Da kann es nur heißen: Jetzt erst recht! **Wilfried Steinfath, Berlin**

„Eine Kämpferin gegen das Vergessen ist tot“, titelte die FP am 12. Juli.

Wie Tausende andere hatte ich das Glück, Esther Bejarano, der Kämpferin gegen das Vergessen, mehrfach zu begegnen. „Gemeinsam traten sie auch vor Schulklassen auf, was Esther Bejarano immer besonders am Herzen lag: ‚Ich sage immer: Ihr seid nicht schuld an dieser schrecklichen Zeit, aber ihr macht euch schuldig, wenn ihr nichts über die Geschichte wissen wollt‘“, schrieb das Blatt. Das hat die zierliche, so großartige Esther Bejarano, die Mitglied und Ehrenpräsidentin der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) sowie 1982 Mitbegründerin des Auschwitz-Komitees der Bundesrepublik war, öffentlich den heutigen Rechtstechnikern vorgehalten, als diese drohten, der VVN-BdA e.V., der größten deutschen antifaschistischen Organisation, die Gemeinnützigkeit zu verwehren.

In ihrem Offenen Brief vom 25. November 2019 an den Bundesfinanzminister Olaf Scholz stellt sie die Frage: „Was ist gemeinnützig? Unsere Arbeit gegen das Vergessen, für ein ‚Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus‘, unser Kampf gegen alte und neue Nazis ... Und nun frage ich Sie: Was kann gemeinnütziger sein, als diesen Kampf zu führen?“ Eine Fragestellung, die aktueller nicht sein kann. **Paul Jattke, E-Mail**

Wie die Konterrevolution in den sozialistischen Staaten vorbereitet wurde, konnte man schon 1962 in der westdeutschen Zeitschrift „Außenpolitik“, Heft 11, lesen: „Unser Gedankengut ist in das öffentliche Leben der kommunistischen Staaten

mit allen Mitteln moderner Propaganda geschickt einzuschleusen. Unter Ausnutzung nationaler Verschiedenheiten, religiöser Überlieferungen, auch menschlicher Schwächen wie der Neugier, der weiblichen Eitelkeit, der Sehnsucht nach Vergnügungen ist die Indifferenz zu den Zielen der kommunistischen Staatsführung zu fördern. Wirtschaftliche, moralische und andere Mißstände, die für die kommunistische Staatsführung typisch sind, sind schonungslos aufzuzeigen mit dem Ziel, die Bevölkerung bis zum passiven Widerstand und zur Sabotage zu bringen.

Geht dann der kommunistische Staat gegen einzelne Abtrünnige vor, so sind seine Maßnahmen, die als ungerecht erscheinen, möglichst allgemein bekanntzumachen, damit Mitleid und neue Abneigung gegen das kommunistische System erweckt werden ...

Die Menschen in den kommunistischen Staaten werden auf diese Weise zu bewußten oder unbewußten Trägern westlicher Ideen. Es wird das Gefühl allgemeinen Unbehagens geschaffen, das Voraussetzung ist für die innere Veränderung und Umwälzung in diesen Staatswesen.

Durch pausenlose, den Gegner ermüdende Arbeit sind diese natürlichen Entwicklungen zu beschleunigen!“

Dieses Konzept liegt auch den jüngsten konterrevolutionären militanten Ausschreitungen in Kuba zugrunde.

Der sozialistische Inselstaat in der Karibik verdient unsere volle Sympathie und Solidarität! Jetzt erst recht! **Klaus Baltruschat, Berlin**

Im Deutschen Zeitungsmuseum Wadgassen (Saarland) widmet sich unter dem Titel „Making News – Breaking News – Faking News. Von Gutenberg zu Trump“ eine Ausstellung der Geschichte der Falschinformation im medialen Nachrichtenwesen und führt durch rund 600 Jahre Mediengeschichte. Die LÜGE baumelt dort von der Decke als Sprechblase auf Karton gedruckt. Sie hat bekanntlich viele Gesichter: die freche, die raffinierte, die schmutzige, die schamlose und die niederträchtige. Diesbezüglich hat Georg Christoph Lichtenberg bereits vor 200 Jahren folgende Variante favorisiert: „Die gefährlichste Unwahrheit ist die Wahrheit mäßig entstellt.“ Dies geschieht vor allem durch die Begriffsapologetik. Die Schau startet mit Johannes Gutenberg und dem Buchdruck und zeigt, wie Falschinformationen, Manipulationen und Lügen schon immer unter die Leute gebracht wurden. Darunter wird auch auf das erste „Betrugs-Lexikon“ von 1721 verwiesen. Das Wort „Fake News“ taucht erstmalig in einer Karikatur des Satiremagazins „Puck“ von 1894 auf. Der Essayist Prof. Ivan Nagel brachte im Berliner Taschenbuchverlag auf dem Höhepunkt der US-Aggression gegen Irak eine Publikation unter dem Titel „Das Falschwörterbuch – Krieg und Lüge am Jahrhundertbeginn“ heraus. Fazit des inzwischen verstorbenen Autors: „Dem Teppichbombardement eines fremden Volkes mit Raketen geht jedes Mal das Teppichbombardement mit Lügen voraus.“

Ich war 2004 als Journalist auf der Pressekonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung, auf der damals Sätze fielen wie: „Die Öffentlichkeit wird regelrecht mit Falschwörtern umstellt“ und „Falschwörter führen letztlich zu Falschbildern.“ Das Podiumsgespräch gipfelte in der Gretchenfrage: „Wieviel Desinformation trägt eigentlich eine Demokratie?“ Wissenschaftler aus dem englischsprachigen Raum haben dafür den Begriff „verbal warfare“ (Kriegführung mit Worten, semantische Kriegführung) geprägt. Zwei Jahre später, am 6. März 2006, erschien im

Springerblatt „Die Welt“ unter der Überschrift „Warum Nachrichten Waffen sind“ ein Artikel, in der damalige US-Kriegsminister Donald Rumsfeld mit den Worten zitiert wurde: „Wir führen heute den ersten Krieg im Zeitalter von E-Mail, Blogs, Internet, Mobiltelefonen und Digitalkameras rund um die Uhr.“ Winston Churchill hatte bereits im Zweiten Weltkrieg gesagt, ein Land im Krieg müsse sich „mit einer Leibgarde von Lügen umgeben“. Der Begriff „psychological war“ hat inzwischen weitere Untersetzungen gefunden. Sie sei die „vierte Dimension“ des Krieges – neben den drei bekannten Fronten zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Der Ausstellung ist zuzustimmen, wenn kommentiert wurde, wir hätten allen Grund, das Verhältnis von Staat, Medien und Öffentlichkeit immer wieder neu zu hinterfragen. Sie ruft zu recht in Erinnerung, daß Einflußnahme über die Medien gerade in Vorzeiten eines Krieges beliebte Praxis von Herrschenden war und weiter sein wird. Ich setzte dennoch auf die Hoffnung, die der frühere US-Präsident Abraham Lincoln bereits 1858 in die Worte faßte: „Man kann die Menschen eine Zeitlang hinters Licht führen, und manche Menschen auch die ganze Zeit. Aber man kann nicht alle Menschen die ganze Zeit hinters Licht führen.“ Sorgen wir dafür, daß das so bleibt.

Dr. Dieter Langer, Berlin

Ich bin noch Student. Meine Studienfächer sind u. a. Geografie und Geschichte. Mein Ziel ist es, einmal mit guten Kenntnissen mein erworbenes Wissen als Lehrer an andere junge Menschen weitergeben zu können.

Mit großer Begeisterung lese ich seit geraumer Zeit den „RotFuchs“, den mein Magdeburger Opa Damian meistens an mich weiterreicht. Darin sind stets Artikel verschiedener hochgebildeter Autoren enthalten, deren Inhalt ich so in meinem Studium bisher nicht zur Kenntnis nehmen konnte – zumal man im Alter von 22 Jahren ja selbst kaum eigene größere geschichtliche Lebenserfahrung vorweisen kann. Die umfassenden Themen zu vielen historischen Begebenheiten in den einzelnen Beiträgen sind auch fast immer sehr aufschlußreich mit politischen Begründungen versehen. Für diese zusätzliche Wissensvermittlung möchte ich mich sehr bei den Autoren und der Redaktion bedanken. Prima! Bitte mache Sie weiter so! **Marco, Greifswald**

Marx und Engels, die sich 1844 in Paris kennengelernt hatten, wurden schnell zu den bedeutendsten Theoretikern ihrer Zeit. Der Bund der Kommunisten, eine sozialistische Gesellschaft mit Sitz in London, fragte bei ihnen an, ob sie ihr Programm verfassen könnten. Das Resultat war das „Manifest der Kommunistischen Partei“, das 1848 in London erschien. Es beginnt mit dem heute geflügelten Wort: „Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus“ und endet mit dem bekannten Aufruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Rund 20 Jahre später schrieb Karl Marx „Das Kapital“. Der erste Band, „Der Produktionsprozeß des Kapitals“, erschien 1867 und zielte darauf ab, die Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktionsweise zu entschlüsseln. In seinen Thesen beschreibt Karl Marx den zunehmenden Klassengegensatz von Proletariat (Arbeit) und Bourgeoisie (Kapital) im Kapitalismus. Friedrich Engels stellte nach Marx' Tod 1883 aus dessen Manuskripten zwei weitere Bände zusammen. Die Originale beider Schriften sind verschollen. Für das UNESCO-Register „Memory of the World“ wurden daher die erste Seite eines handschrift-

lichen Manuskripts des „Manifests“ von Karl Marx und seine persönliche Ausgabe des „Kapitals“ mit eigenen Anmerkungen ausgewählt. Eine sozialdemokratische Familie hatte die Dokumente in den 30er Jahren in die Niederlande verkauft, um ihre Flucht aus Nazi-Deutschland finanzieren zu können. Auf gemeinsamen Vorschlag der Niederlande und Deutschlands hat die UNESCO die beiden Dokumente 2013 in das Weltregister des Dokumentenerbes aufgenommen. Sie werden im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam aufbewahrt.

Bruno Mahlow, Berlin

Ja, „in jeder Koalition wird geredet“, da hat Dietmar Bartsch recht. Speziell bei der Arbeit am gemeinsamen Regierungsprogramm, in dem es bestimmt wieder eine ganz scharfe Abgrenzung zur einzigen deutschen Friedensdiktatur geben soll. Dann werde man ja „sehen, wohin man kommt“. Nämlich, wenn zwei Parteien in der NATO bleiben und deutsche Truppen etwa im Dobass oder auf der Krim einsetzen wollen, wo ja auch Rußland das „Regelwerk“ gebrochen habe. Man wird behaupten, unter diesen Umständen wäre es leider, leider nicht möglich gewesen, sich als Dritte im Bunde durchzusetzen. Was man dann den Mitgliedern und Wählern nur noch vermitteln müßte, ohne alle Hemmungen.

Wenn es um die Forderung zur Auflösung der NATO bzw. ihrer Umwandlung in etwas völlig anderes geht, muß man wissen, daß dem weitere 29 Regierungen und Parlamente zustimmen müßten. Wetten, daß das erst am St.-Nimmerleins-Tag der Fall sein wird? Ist dann eine solche fiktive „Perspektive“ nicht Wählerbetrug? Bei einem Austritt oder zunächst einem „Einfrieren“ aller gemeinsamen militärischen Aktivitäten wäre das nicht der Fall! Aber genau bei diesem Thema wirkt die Linkspartei auf einmal sehr verschlossen. Warum? **Volker Wirth, Berlin**

Unser Verein „Erzgebirgsfreunde Rußlands“ führte am 22. Juni eine Mahnwache auf den Marktplatz der Garnisonsstadt Marienberg durch. Marienberger Jäger sind integraler Bestandteil der NATO-Truppen, die an Rußlands Westgrenze die Welt verunsichern. Der Standortkommandeur, den wir eingeladen hatten, ließ sich entschuldigen. Wir kamen mit einer Petition an die Bundesministerin für Verteidigung, das Unwesen der NATO im Baltikum zu unterbinden, mit Friedenstauben an Luftballons. Wir kamen auch mit Transparenten, auf denen wir unsere Forderungen nach freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland, für Abrüstung, gegen Waffenexporte, gegen Erhöhung der Rüstungsausgaben artikulierten.

Unterstützung erhielten wir von Vertretern der örtlichen Linken, der LAG Deutsch-Russische Freundschaft und anderen Friedensfreunden. Bei verhaltenem Interesse der Marktbesucher konnten wir dennoch viele Unterschriften für unsere Petition sammeln und zahlreiche Gespräche führen. Auch Vertreter der örtlichen Presse waren erschienen, um über das Ereignis zu berichten.

Norbert Staffa, Großolberdorf

In Anbetracht der gegenwärtigen politischen Lage ist es bemerkenswert, daß es gelang, in Zwickau am 22. Juni eine große Veranstaltung anläßlich des 80. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion durchzuführen. Auf ihr traten die gewerkschaftspolitische Sprecherin der Partei Die Linke Sabine Zimmermann sowie Sahra Wagenknecht auf. Ihre Rede wurde immer wieder durch Beifall unterbrochen, sie sprach aus, was die meisten der Anwesenden dachten.

Jetzt ist sie erneut Angriffen aus den eigenen Reihen ausgesetzt. Diejenigen, die den Antrag stellten, Sahra Wagenknecht aus der Partei auszuschließen, handeln unverantwortlich.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

„Nicht von vornherein verbrecherisch“ finden Politiker aus deutschen Amtsstuben den Überfall auf die Sowjetunion.

Das ist 2021 die deutsche, westliche und NATO-Antwort auf den Überfall auf die Sowjetunion vor 80 Jahren.

Es paßt ins Geschehen, wenn mit Ratsbeschluß der sächsischen Stadt Frankenberg am 19. Juli Kriegsmärsch Kramp-Karrenbauer persönlich dem Ort den Titel „Garnisonstadt“ verlieh. Die Fraktion der Linkspartei nennt es zutreffend eine „Vergewaltigung der Einwohnerschaft zu Kriegszwecken“.

Eine „Garnisonstadt Frankenberg“ soll zum Vorposten gegen Rußland werden. Deutsche Panzer und Truppen stehen heute wieder nahe Moskau und Leningrad, NATO-Militär bewegt sich durch Deutschland gen Osten. Nach Hindukusch, Balkan, Afrika soll nun nahe des Ural „verteidigt“ werden. Gegen wen? Für wen? In wessen Interesse? Zu wessen Ehre? Nach zwei Weltkriegen, nach dem Überfall auf die Sowjetunion, Fragen, die sich zu stellen sind.

Es dürften die Hoffnungen vieler auf linker Politik ruhen. Doch viele haben diese auch verloren, resignieren, wenden sich von jeglicher Politik ab oder suchen sich Heilsbringer von rechts. Von Parteitag zu Parteitag fragen wir uns, was linke Politik noch ist. Das muß allen erlaubt sein, die links noch Erwartungen hegen. Es hat nichts mit Linken-Bashing zu tun und ebenso wenig damit, eine reine Lehre von Parteitagen zu erwarten.

Was macht links aber noch aus, wenn Kapitalismus-Kritik nicht mehr vorkommt? Woher werden die Erklärungen genommen, wenn soziale Gegensätze sich vertiefen, Armut real, sichtbarer wird, Arbeitsverhältnisse mehr und mehr sklavenartigen Charakter annehmen, Willkür, Tariflosigkeit, Spaltung der arbeitenden Klasse verheerende Wirkungen hervorbringen? Welche wirkliche Hoffnung können Millionen in die Linke setzen, wenn sie um bezahlbare Mieten, Strom, Wohnung, Alterssicherung, auskömmlichen Lohn und Lebenshaltung bangen müssen ohne jede Umkehr, wesentliche Änderung außer Bekenntnissen, Beschlüssen und gelegentliche Almosen zu verspüren? Klassenkampf ist mit inflationierenden Unterschriftenaktionen bisher nicht erfolgreich ersetzt worden.

Was bleibt von linker Politik, wenn Friedenspolitik nur noch als Aushängeschild dient. Das machen alle bürgerlichen bis zu den rechtsten Parteien besser, Frieden zu beteuern.

Wer Kriege und Kriegstreiber pauschal beurteilt, wer nach Erklärungen sucht, welche militärischen Abenteuer alternativlos zu unterstützen seien und angeblich dem Frieden dienen, der weiß auch nichts mehr von Ursachen, Wurzeln, ökonomischen Zwängen und von Kapital – Krise – Krieg. „Meinst du, die Russen wollen Krieg?“ Auch dazu scheint jeder klare Blick verloren, von konkreter marxistischer Analyse ganz zu schweigen.

„Die Bundesregierung stellt die Weichen ganz offen auf die Vorbereitung eines Krieges gegen Rußland“, auch das sind Worte, die von links kommen, Worte der Linken-Politikerin Sevim Dagdelen. Es sind zu wenige!

Und was sind Forderungen nach Mindestlohn, -rente, Mietendeckel, Vermögensabgabe etc. wirklich mehr als etwas, was selbst konservativste Parteien des sozialen Friedens willen schon immer

zugestanden haben. Dazu braucht es keine Linke. **Roland Winkler, Aue**

Ein Deal drückt das aus, was erwartet wurde. Die Vereinbarung zwischen den USA und der BRD über Nord Stream 2 ist ein Dokument der Schande. Es strotzt von direkten und indirekten Beleidigungen und Zumutungen gegenüber Rußland. Der Ton, der angeschlagen wird, erinnert an die finsternis Zeit des Kolonialismus. Hier wird einem souveränen Staat diktiert, wie er seine Wirtschaft zu organisieren hat, um die Feindtätigkeiten seiner Gegner auch noch selbst zu finanzieren. Die Höhe der Zumutungen ist wohl, Rußland zwingen zu wollen, sofort in Verhandlungen einzutreten, um der Ukraine auch über 2024 hinaus gute Durchleitungsgebühren zu garantieren, andernfalls drohen Sanktionen und andere Repressionen. Der gesamte Deal ist eine Erpressung mit dem Ziel, die amerikanischen Interessen in der Ukraine mit deutschem und russischem Geld bezahlen zu lassen. Menschliche Vernunft gebietet doch eigentlich, daß derjenige, der etwas erwerben möchte, mit dem Geber verhandeln muß und zwar zum gegenseitigen Vorteil, aber nicht in dieser Art und Weise, wie es das deutsch-amerikanische Vorgehen dokumentiert. Der Preis, den die BRD für den Weiterbau der Gasleitung und den Verzicht auf Sanktionen gezahlt hat, gereicht ihr nicht zur Ehre. Die Geschichte wird darüber urteilen.

Gerhard Perlick, Bützow

Einst wurden „blühende Landschaften“ versprochen. Seitdem gibt es viele Kornblumen und Klatschmohn auf den Feldern. Modernste Anlagen wurden abgebaut bzw. verschleudert durch die Treuhand und Co. Ich denke da an Piesteritz, Bischofferode. Es wird viel von Demokratie gesprochen, die angeblich herrscht. Doch es gab in 30 Jahren keine Volksabstimmung, keine zur EU oder dem Euro, keine zum Anschluß an die BRD. Es wird vom Weltfrieden geredet, aber nichts dafür getan. Jeder halbwegs mitdenkende Mensch wußte, daß der Krieg in Afghanistan, Irak usw. falsche Zeichen setzte und nicht gewinnbar war, was nun bewiesen ist. Die politischen Entscheidungsträger hierzulande maßen sich an, Hongkong und Weißrußland belehren zu wollen, was Demokratie ist und weigern sich zugleich, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterschreiben. Bereits 2018 führte die Konrad-Adenauer-Stiftung in Schwerin eine Veranstaltung zum Thema „Nordkorea und die Atomwaffen“ durch. Einziges Ziel war es zu erklären, daß die BRD eigene Atomwaffen brauche. Die anwesenden Militärs jubelten.

Aus der SED wurde die PDS und dann Die Linke. Als Sympathisant habe ich sie immer wieder gewählt, aber von Wahl zu Wahl fiel mir das immer schwerer. Die Linken als Wahlsieger in Thüringen sah ich mit sehr gemischten Gefühlen. Es wurden Kompromisse eingegangen, die ich als Verrat an DDR-Bürgern betrachte. Es gab sicherlich auch Unrecht, aber ein Unrechtsstaat war die DDR nicht. Jetzt versucht man sogar, Sarah Wagenknecht aus der Linkspartei auszuschließen. In meinem Umfeld gehen wenig politische Initiativen von den Linken aus. Ich bin der einzige Hagenower Bürger, der zum Ostermarsch nach Schwerin fährt. Cuba Si, eine Arbeitsgemeinschaft der Linken, wird nur halbherzig oder gar nicht unterstützt.

Seit das „Neues Deutschland“ seinen Namen verlor, lese ich die „junge Welt“. Die wird nun vom Verfassungsschutz überwacht, wahrscheinlich, weil sie nicht in die Demokratie und Freiheit der Bundesrepublik paßt. Jetzt versucht man, die DKP kaltzustellen; und das auch noch mit Hilfe

der Linkspartei. Die DKP ist ein selbstbewußter Klassengegner des Kapitals. Die Herrschenden haben schnell erkannt, daß das eine Alternative für Linkswähler ist. Es ist die einzige Partei, die klar gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und für Frieden eintritt.

Uneinigkeit der Arbeiterklasse und rechter Druck führten zum Machtantritt Hitlers. „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ – wie weit sind wir davon weg. Das Kapital kann sich freuen.

Helmut Kohlmann, Hagenow

Zu Prof. Dr. Klaus Denecke: Klimakrise hat Klassencharakter, RF 282, S. 29

Vorausschicken muß man, daß das Wort Klasse bzw. Klassencharakter im Artikeltext leider nur noch einmal – und dann fast am Schluß – wieder auftaucht, wenn geschrieben steht: „Jede Klima- und umweltpolitische Maßnahme hat Klassencharakter“. Sonst zieht es der Autor vor, den Begriff „Lohnabhängige“ zu verwenden. Ja, damit kann man heute einen Großteil der Beschäftigten erfassen, die nicht über Eigentum an Produktionsmitteln verfügen und in der angewandten Bevölkerungsstatistik nicht zu den Selbständigen gehören. Die Begrifflichkeiten Proletariat und Arbeiterklasse sind wohl im 21. Jahrhundert überholt.

Der Autor nimmt sich aber einer sehr aktuellen Problematik an. Gegenwärtig muß es vor allem um die Beseitigung der Ursachen für die akuten Schäden an Klima und Natur gehen, die durch das stete Streben des Kapitals nach Wachstum verursacht worden sind. Die Lösung dieser Konflikte wird durch konkrete Maßnahmen baldige Erfolge aufweisen müssen. Prof. Denecke schreibt, daß es notwendig ist, daß „die wichtigsten Unternehmen vergesellschaftet und unter öffentliche Kontrolle gestellt werden“. Leider verrät er nicht, wie das geschehen soll und vermeidet den Begriff Enteignung. Warum? Wie sonst soll vergesellschaftet und unter Kontrolle gestellt werden? Enteignung ist heute der juristische Entzug des Eigentums an einer unbeweglichen oder beweglichen Sache durch den Staat, im Rahmen der Gesetze und gegen eine Entschädigung. Nach Artikel 14 Abs. 3 GG ist eine Enteignung nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Wenn das heute bestehende gesellschaftliche System einem grundlegenden und nachhaltigen Wandel unterzogen werden soll, muß sich auch die Struktur des Eigentums verändern. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen, die in den letzten 20 Jahren in großem Umfang erfolgt ist, muß überprüft und rückgängig gemacht werden. Im Artikel wird dafür plädiert, daß „die schon sehr aktive Klimabewegung ... mit der Arbeiterbewegung und den Organisationen der Lohnabhängigen vereinigt werden.“ Die Radikalität dieses ökosozialistischen Ansatzes überrascht keineswegs, wie der Autor zu befürchten scheint. Es geht um Gestaltungsmacht, wobei trotz aller Kompliziertheit und Komplexität hierfür ein breiter gesellschaftlicher Konsens notwendig ist. Leider wird im Artikel nur kurz auf das Netzwerk Ökosozialismus – eine Initiative Der Linken verwiesen. Von dieser müssen in gemeinsamen Aktionen mit den Vertretern der Klimabewegung die weitreichenden gesellschaftlichen Umgestaltungen auf einer breiten Basis direkter Demokratie mitgetragen werden.

Dr. Jens Möller, Rangsorf

Ich lese u.a. gern die Leserbriefe Ihrer Zeitschrift. Diese sind sehr sachlich und reflektieren sicher die Meinung vieler.

Die gegenwärtige politische Situation in Deutschland und weltweit halte ich für besorgniserregend. Ich

denke nur an die Kampagne, die gegen Rußland in Szene gesetzt wird, oder die Aufrüstungspläne der NATO. Ich war als Waffenmechaniker bei der Luftwaffe der NVA tätig und kenne diese Technik. Glauben die Politiker und die Militärs der Bundeswehr wirklich, daß man in der heutigen Zeit einen Krieg gewinnen kann? Auch das Beispiel Afghanistan zeigt: Fremde Mächte können mit noch so moderner Kriegstechnik keine Siege erringen! Dieser Einsatz war sinnlos! Die Taliban sind im Vormarsch. Auch in Mali wird es so kommen. Miteinander reden ist immer besser als die Waffen sprechen zu lassen! Den Artikel „Russische Helden im Wandel der Zeiten“ in der Doppelnummer Juli/August finde ich prima. Wir „Freunde der Raumfahrt Rostock Schmarl/Groß Klein“ halten die Erinnerungen an die Kosmonauten und Astronauten wach.

Am 13. und 14. September 2019 hatten wir Sigmund Jähn zu Gast. Eine Woche später ist er leider verstorben. Es für uns unverständlich, daß man in Halle das neue Planetarium nicht nach ihm benannt hat. Aber er wird immer in unseren Herzen bleiben, das ändert auch die Dame in Halle nicht!

Ich nutze die Gelegenheit und grüße an dieser Stelle Prof. Dr. Götz Dieckmann nachträglich zu seinem 80. Geburtstag. Ich kenne ihn vom Studium her. Auch bei der Durchführung des Nationalen Jugendfestivals 1979 in Berlin lernte ich Götz Dieckmann kennen. Ich selbst wurde am 29. August 80 Jahre alt, aber die ehrenamtliche Arbeit hält mich jung.

Hartmut Lindner, Rostock

Vor 70 Jahren, im August 1951, fanden in Berlin, der Hauptstadt der jungen DDR, die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten statt.

Einen Monat zuvor besuchte ich die Landesjugendschule Sachsen. Nach Abschluß dieses Lehrgangs halfen wir alle bei der weiteren Vorbereitung und Durchführung des Festivals, das die Bundesrepublik massiv zu stören suchte. So wurde z. B. die Durchfahrt der Sonderzüge aus Frankreich und Italien nicht gestattet. Sie erfolgten über den Balkan und hatten den ersten längeren Aufenthalt auf dem Bahnhof Dresden-Neustadt. Ich war zur Betreuung der Gäste im Einsatz und hatte danach jahrelang postalischen Kontakt zu vielen dieser jungen Menschen.

Die Teilnehmer meines Lehrgangs an der Jugendschule war im Zeltlager am Müggelsee untergebracht. Sie entschlossen sich, so wie ich, am 15. August der Einladung Ernst Reuters zu einem Besuch West-Berlin zu folgen. Nach wenigen Metern wurden wir von der Stumm-Polizei „empfangen“ Diese prügelte ohne Vorwarnung mit Holzknüppel auf uns ein. Das Ergebnis waren 976 Verletzte. Viele Freunde wurde zeitweilig im Polizeirevier 101 inhaftiert. Dort versuchte man, durch „Vernehmungsprotokolle“ Belastendes zu konstruieren.

Zur Abschlußkundgebung der Weltfestspiele am 18. August leisteten wir alle den Schwur, der Sache des Friedens treu zu bleiben.

Helmut Stefan, Stendal

„Den Jahren Leben geben“ Unter diesem Motto gründeten im September 1991 einige Seniorinnen den Verein „Miteinander Wohnen“ in Berlin Friedrichsfelde Süd.

Nach dem Anschluß der DDR an die BRD waren viele ältere Menschen auf Hilfe bei der Bewältigung ihrer Alltagsaufgaben, ja ihres Lebens überhaupt, angewiesen.

Diese Hilfe zu geben und ihnen zu ermöglichen, so lange es möglich ist, in ihren eigenen Wohnungen zu verbleiben – „Daheim statt Heim“ – war Ziel dieses Vereins.

Schnell wurde er regional bekannt, gefragt und

auch international anerkannt. Er wurde Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband sowie der EURAG (Bund der älteren Generation Europas) und arbeitete eng mit anderen Sozial- Wohlfahrts- und Seniorenverbänden und -einrichtungen zusammen. Im Rahmen der Seniorenvertretung Berlin-Lichtenberg vertrat der Verein die Interessen der älteren Bürger auf kommunaler Ebene und nahm auf die Erarbeitung und den Beschluß des Senats über das Senioren-Mitwirkungsgesetz, das erste in der BRD (!), Einfluß.

Ohne das Engagement sehr vieler ehrenamtlicher Helfer wäre die erfolgreiche Tätigkeit über Jahre nicht möglich gewesen. Seniorensport, Spiele-Nachmittage, Rätsel- und Gedächtnistraining sowie Gespräche am Runden Tisch, aber auch Fahrten ins Umland, Jahreszeitenfeste und anderes gehören zum Programm. Eine große Hilfe bietet der eigene Fahrdienst, um für Gehbehinderte die Wahrnehmung der Vereins-Freizeitangebote und Arzttermine abzusichern.

Gemeinsam mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und der Volkssolidarität beteiligt er sich an der Trägerschaft des benachbarten Seniorenheimes „Abendsonne“, sodaß den Senioren, wenn sie nicht mehr in ihrer Wohnung bleiben können, der Übergang in ein bekanntes Umfeld möglich ist. Kontakte zu Politikern auf kommunaler Ebene und zu Abgeordneten des Deutschen Bundestages, z. B. zu Gesine Löttsch, werden gepflegt.

Miteinander Wohnen e. V. stellt u. a. auch unserer „RotFuchs“-Regionalgruppe seine Räume für Bildungsveranstaltungen zur Verfügung, und einige Mitglieder sind Leser unserer Zeitschrift. Er feiert im September sein dreißigjähriges Bestehen. Mit unserer Gratulation verbinden wir ein herzliches Dankeschön und Wünsche für eine weitere erfolgreiche soziale Arbeit im Kiez, die wichtig und notwendig und aus unserem Stadtbezirk nicht mehr wegzudenken ist.

Dr. Helga Lange, Rostock

RotFüchse und Freunde unserer Singgruppe!

Auch an uns ist die Pandemie nicht spurlos vorübergegangen. Wir haben nicht mehr geprobt und hatten auch keine Auftritte. Unsere ersten Aktivitäten seit langer Zeit waren am 19. Juni zum Meeting anläßlich des 80. Jahrestages des Überfalls der Hitler-Wehrmacht auf die Sowjetunion am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin sowie am 22. August in Ziegenhals an der Thälmann Gedenkstätte.

Damit unsere Stimmen wieder klar und kräftig erklingen können, wenden wir uns nun mit einer Bitte an Euch. Wir suchen dringend Instrumentalisten (Akkordeon, Gitarre und andere mehr) und Männerstimmen.

Interessenten melden sich unter:

47810kobra@googlemail.com oder

per Handy: 0174 9 59 05 32

Konstantin Brandt, Berlin

Kürzlich verstarb die 76jährige tschechische Schauspielerin Libuse Safrankova. Sie wurde bei uns vor allem durch den Märchenfilm „Drei Haselnüsse für Aschenbrödel“ bekannt. Die Gemeinschaftsproduktion von DDR und unserem tschechischen Nachbarland aus dem Jahr 1973 ist als Kultfilm in die Filmgeschichte eingegangen und findet bis heute, egal ob jung oder alt, begeisterte Zuschauer. Der Streifen mit der winterlichen Traumlandschaft war ein Teil ihres Lebens, sagte die Schauspielerin einmal, und: „Der Schnee hat dem Märchen seine Reinheit gegeben.“

Günther Röska, Leipzig

Antikriegstag

1. September 2021



Netzwerk Friedenskooperative

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160 -238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout:

Rüdiger Serinek

Herstellung:

Druckerei Gottschalk

Internet:

www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke
Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Heinz Pocher
Hans Schoenefeldt
Peter Steiniger
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Verband und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 -983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net
oder Heiner Brendel
Tel. 030 -654 45 94
Gerald Umlauf, Aribert Schilling u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 -241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030 -427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.